

Bundesrat

Drucksache 155/91

11. 03. 91

Wi – AS – Fz

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 1991 der Bundesregierung

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (421) – 600 01 – Ja 1/91

Bonn, den 11. März 1991

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß § 2 Absatz 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582) den

Jahreswirtschaftsbericht 1991 der Bundesregierung.

Der Bericht wird gleichzeitig dem Präsidenten des Deutschen Bundestages zugeleitet.

Federführend ist der Bundesminister für Wirtschaft.

Kohl

Jahreswirtschaftsbericht 1991 der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Soziale Marktwirtschaft – Grundlage für eine weitere gesunde Wirtschaftsentwicklung	5
I. Neue nationale und internationale Herausforderungen	5
II. Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage	7
B. Herstellung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Einheit in Deutschland	12
I. Marktwirtschaftliche Wende in den neuen Bundesländern voranbringen	12
– Mit dem Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost Solidarität bekunden	12
– Die freiheitliche Wirtschaftsordnung stärken	12
– Eine leistungsfähige Verwaltung aufbauen	14
– Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern	14
– Verwaltungsverfahren vereinfachen	14
– Für den raschen Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur neue Wege beschreiten	15
– Private Investitionen fördern	15
– Fadenriß im Osthandel verhindern	16
– Den Dialog über den Aufbau in den neuen Ländern vertiefen	16
II. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der Bewährung	18
– Tarifpolitik in der Verantwortung	18
– Qualifizierungschancen ausbauen	18
– Differenzierte Strategie für Arbeitsmärkte in den neuen und alten Bundesländern erforderlich	19
– Soziale Sicherung in ganz Deutschland festigen	20

	Seite
III. Ökonomie und Ökologie versöhnen	20
– Ökonomisch handeln in ökologischer Verantwortung	20
– Marktwirtschaftliche Instrumente verstärkt für Umweltschutz einsetzen	20
– Weichen für eine gesunde Umwelt in den neuen Bundesländern stellen	21
– Umweltschutz weltweit zur Geltung bringen	21
IV. Wettbewerbsfähigkeit im vereinten Deutschland stärken	21
– Vorrang für strenge Ausgabendisziplin in der Haushaltspolitik ..	22
– Steuerpolitischen Reformkurs fortsetzen	22
– Geldwertstabilität im vereinten Deutschland bewahren	23
– Wettbewerb, Privatisierung und Deregulierung intensivieren ...	23
– Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Deutschland verbessern	23
– Die mittelständische Wirtschaft für zusammenwachsende Märkte in Deutschland und Europa stärken	24
– Mit Forschungs- und Technologiepolitik innovative Perspektiven eröffnen	25
– Durch regionale Wirtschaftsförderung den Strukturwandel flankieren und beschleunigen	25
– In der Wohnungspolitik marktgerecht Akzente setzen	26
– Für die Energiepolitik ein Gesamtkonzept schaffen	27
C. Europäische und weltwirtschaftliche Aufgaben	28
I. Arbeit an EG-Binnenmarkt vollenden	28
II. Europäische Wirtschafts- und Währungsunion parallel mit Politischer Union voranbringen	29
III. Freiheitliche Welthandels- und Wirtschaftsordnung stärken	29
IV. Marktwirtschaftliche Reformen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa unterstützen	30
V. Exportkontrollen verschärfen und international koordinieren	30
D. Gesamtwirtschaftliche Perspektiven für 1991	32
– Gespaltene Konjunktur in Deutschland	32
– Anhaltendes Wirtschaftswachstum in Westdeutschland	32
– Strukturbedingter Einbruch in den neuen Bundesländern	33
– Divergierende Beschäftigungsentwicklung	33
– Moderate Preisentwicklung	34
– Beitrag zum internationalen Zahlungsbilanzgleichgewicht	34
Anlage	
A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1990 sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung	35
B. Jahresprojektion 1991	41

155/91

Seite

Verzeichnis der Schaubilder und Übersichten

Schaubild 1: Entwicklung des Bruttosozialprodukts	5
Schaubild 2: Anteil der Unternehmensinvestitionen am Bruttosozialprodukt in %	6
Schaubild 3: Entwicklung der Erwerbstätigenzahl	7
Schaubild 4: Zahl der Arbeitslosen	8
Schaubild 5: Verarbeitendes Gewerbe: Geschäftsklima, Produktionspläne, Kapazitätsauslastung	10
Übersicht 1: Entwicklung des Sozialprodukts in den alten Bundesländern im längerfristigen Vergleich	6
Übersicht 2: Wirtschaftliche Fördermaßnahmen für die neuen Bundeslän- der im Rahmen des Gemeinschaftswerks Aufschwung-Ost ..	13
Übersicht 3: Wichtige wirtschaftliche Fördermaßnahmen in den neuen Bundesländern	17
Übersicht 4: Privatisierungsvorhaben des Bundes	24

Jahreswirtschaftsbericht 1991 der Bundesregierung

Die Bundesregierung legt hiermit dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) den Jahreswirtschaftsbericht 1991 vor.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat am 15. November 1990 sein Jahresgutachten 1990/91 (JG) vorgelegt. Es trägt den Titel „Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands“. Die Bundesregierung dankt dem Rat für seine umfassenden Darlegungen zur wirtschaftlichen Entwicklung im abgelaufenen Jahr und zu den Aussichten für 1991 sowie für seine Erörterung zentraler Fragen der Wirtschaftspolitik. Sie nimmt zum Jahresgutachten wiederum jeweils im Sachzusammenhang Stellung.

Mit dem Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung gemäß § 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 1991 zur Verfügung.

Zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts wurde die wachstums- und beschäftigungspolitische Strategie der Bundesregierung im Konjunkturrat für die öffentliche Hand mit den Ländern und Gemeinden erörtert; darüber hinaus wurde sie mit Vertretern der Gewerkschaften und dem Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft besprochen.

A. Soziale Marktwirtschaft – Grundlage für eine weitere gesunde Wirtschaftsentwicklung

I. Neue nationale und internationale Herausforderungen

1. Nach über 45 Jahren schmerzhafter Teilung ist Deutschland seit dem vergangenen Jahr wieder vereint. Die Menschen in der früheren DDR haben sich für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung entschieden, die ihnen Freiheit, Rechtssicherheit und die Perspektive auf Wohlstand in einer lebenswerten Umwelt bietet. Jetzt gilt es, die noch bestehenden Hindernisse „Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands“, so der Titel des Jahresgutachtens des Sachverständigenrates, zu beseitigen, die Wirtschaft in den neuen Bundesländern aus 45 Jahren sozialistischer Mißwirtschaft herauszuführen und einen schnellen Aufholprozeß in Gang zu setzen. Das Ziel, gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland herbeizuführen, hat höchste Priorität. Dabei sind alle gefordert – der Staat, die Unternehmer, die Arbeitnehmer und die Tarifvertragsparteien. Das Ziel ist der Aufbau einer neuen hochentwickelten und modern strukturierten europäischen Wirtschaftsregion, die nicht nur im Wettbewerb mit Standorten in den alten

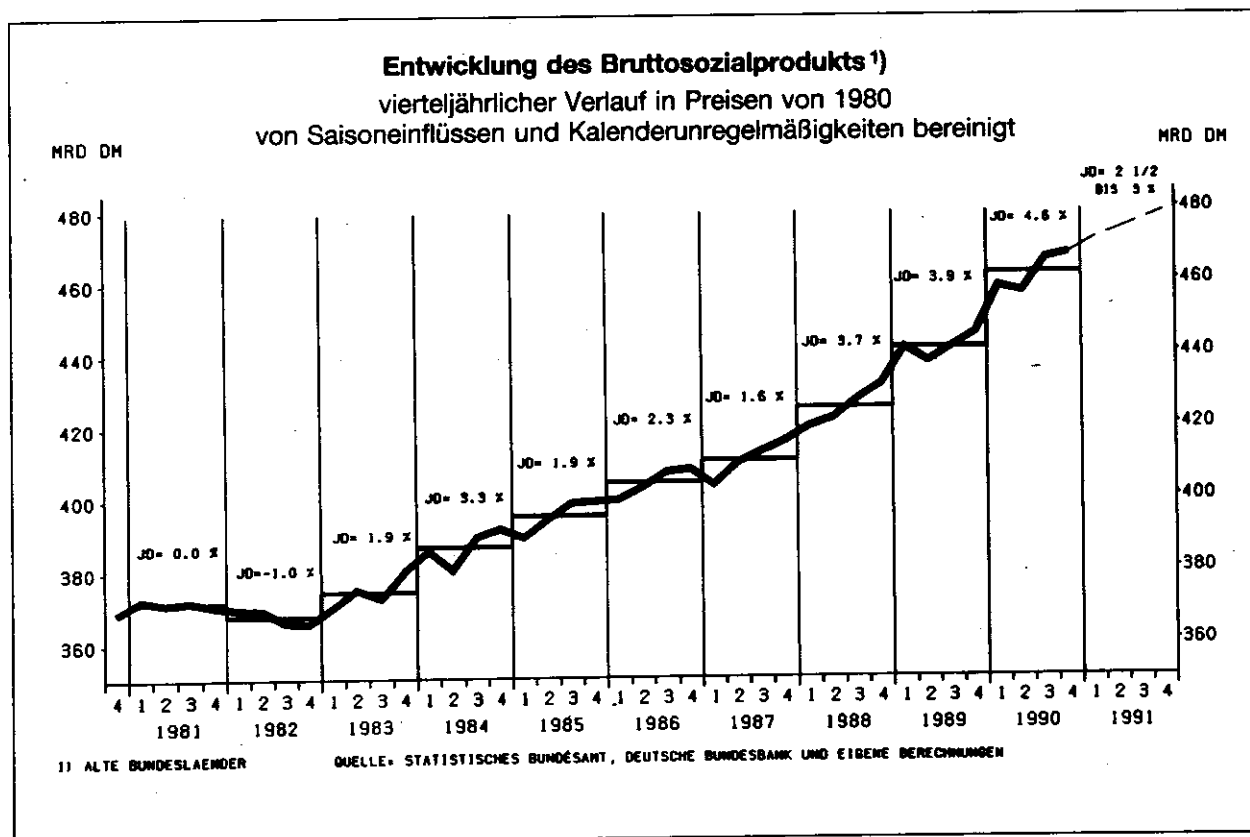
Bundesländern, sondern auch in Europa und darüber hinaus bestehen kann.

2. Mit der Wiedergewinnung der Einheit und der politischen Freiheit in der ehemaligen DDR wächst der Bundesrepublik Deutschland nicht nur mehr Handlungsfreiheit, sondern auch mehr Verantwortung in der Welt zu. Die jüngsten weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklungen stellen deshalb die Bundesrepublik Deutschland vor neue Herausforderungen, denen sie im Rahmen ihrer gewachsenen Verantwortung gerecht werden muß.

Damit steht die Bundesrepublik Deutschland vor einer Reihe großer Aufgaben:

- Die tiefgreifenden Strukturprobleme in den neuen Bundesländern nach 45 Jahren sozialistischer Mißwirtschaft müssen überwunden und ein schneller Aufholprozeß in Gang gesetzt werden, um den Menschen eine neue Perspektive für Freiheit, Beschäftigung und Wohlstand zu geben.
- Die Erhaltung der Umwelt gewinnt national wie international eine sehr viel größere Aktualität und

Schaubild 1



Dringlichkeit; Ökologie und Ökonomie dürfen dabei nicht im Gegensatz zueinander stehen.

- Der europäische Integrationsprozeß erhält durch die Vollendung des Binnenmarktes und durch die angestrebten Fortschritte auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion neue Impulse. Durch eine parallele Verwirklichung von Wirtschafts- und Währungsunion und Politischer Union ge-

winnt die Europäische Gemeinschaft eine neue, weltwirtschaftliche und weltpolitische Dimension. Deshalb ist es um so mehr erforderlich, daß die Gemeinschaft auch nach außen offen ist.

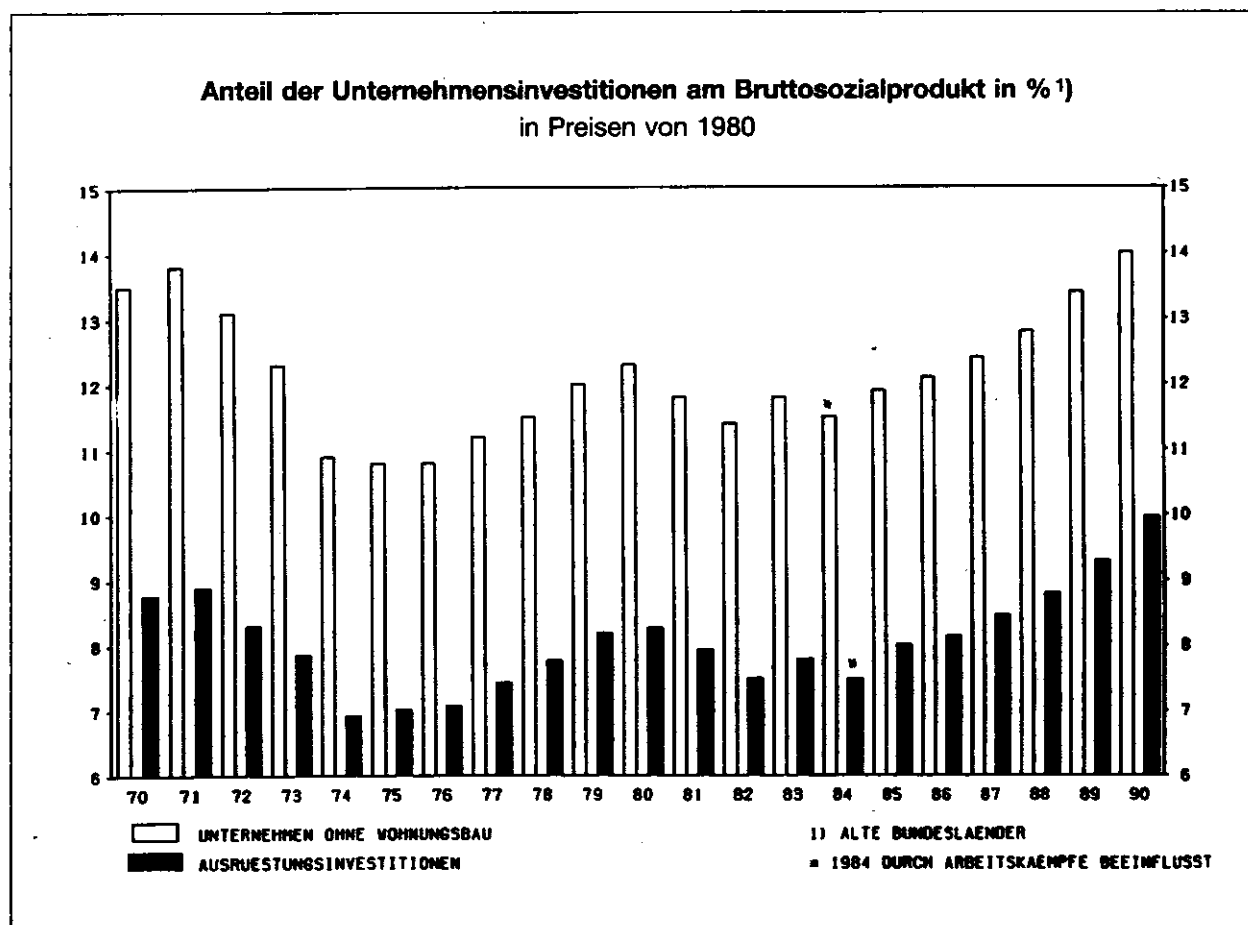
- Die Uruguay-Runde im GATT muß erfolgreich zum Abschluß geführt werden. Durch die damit verbundene Stärkung der multilateralen Welthandelsordnung wird weltweit der Wettbewerb inten-

Übersicht 1

Entwicklung des Sozialprodukts in den alten Bundesländern im längerfristigen Vergleich (Veränderungen in %, preis- und saisonbereinigt)

Indikatoren	seit Wiederbeginn des BSP-Anstiegs (IV/82–IV/90)		gleich langer Vorzeitraum (IV/74–IV/82)	
	Anstieg insgesamt	Jahresrate	Anstieg insgesamt	Jahresrate
Bruttosozialprodukt	27,5	3,1	13,8	1,6
Inlandsnachfrage	29,0	3,2	13,0	1,5
Privater Verbrauch	23,1	2,6	19,9	2,3
Ausrüstungen	67,3	6,6	21,8	2,5
Ausfuhr	58,6	5,9	32,8	3,6
Einfuhr	68,7	6,8	32,8	3,6

Schaubild 2



siviert, der Austausch von Gütern und Dienstleistungen erhöht und auf eine sicherere Grundlage gestellt. Als Ergebnis einer größeren internationalen Arbeitsteilung wird der Wohlstand in allen Ländern, nicht zuletzt in den Entwicklungsländern vermehrt.

- Die militärischen Auseinandersetzungen als Folge der irakischen Aggression in der Golfregion und der Wiederaufbau in diesem Gebiet fordern einen erheblichen deutschen Beitrag.
- Die Bemühungen in den Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, zu einer politischen, auf demokratische Freiheit gestützten Stabilität zu finden, müssen unterstützt werden. Dies wird nicht ohne beträchtliche wirtschaftliche Hilfe des Westens möglich sein.

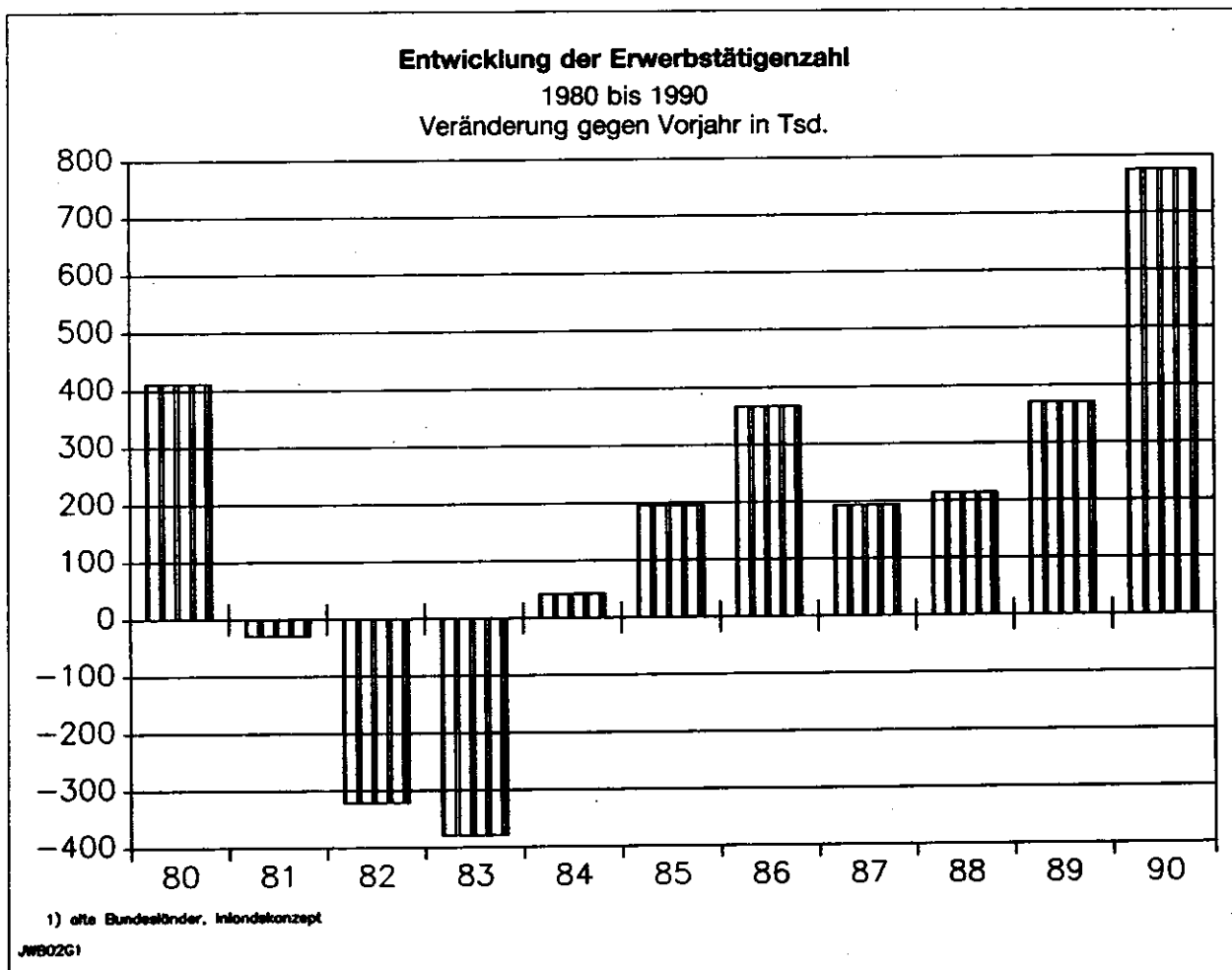
3. Diese großen Herausforderungen werden nur zu bewältigen sein, wenn jeder Einzelne bereit ist, sich den daraus entstehenden neuen Anforderungen aktiv zu stellen und wenn die Leistungsfähigkeit und die Dynamik der deutschen Wirtschaft erhalten und weiter gestärkt werden. Ein solides wirtschaftliches Fundament eröffnet politische, wirtschaftliche und soziale Handlungsspielräume.

Dazu bedarf es vor allem der Fortsetzung der erfolgreichen Politik der Sozialen Marktwirtschaft. Stetigkeit, Berechenbarkeit und Konsistenz der Wirtschaftspolitik sind unabdingbare Grundlage für in die Zukunft gerichtete, einzelwirtschaftliche Entscheidungen. Verlässliche Rahmenbedingungen, Preisniveaustabilität, ein investitionsfreundliches Klima und solide Staatsfinanzen bilden die Voraussetzung für Flexibilität und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, für Wohlstand der Bürger und für soziale Gerechtigkeit. Auf diese Weise kann auch die wirtschaftliche und soziale Integration der Bürger in den neuen Bundesländern am schnellsten erreicht werden.

II. Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage

4. Die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland zeigt nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit ein sehr differenziertes Bild. In den neuen Bundesländern durchläuft die Wirtschaft zur Zeit eine sehr schwierige Anpassungsphase, in der die gravierenden Systemmängel und Fehler der früheren sozialistischen Planwirtschaft beseitigt und der Übergang zu marktwirtschaftlichen Strukturen möglichst rasch vorangebracht werden müssen. In den alten

Schaubild 3



Bundesländern geht der wirtschaftliche Aufschwung nunmehr in sein neuntes Jahr und entfaltet nach wie vor eine hohe Eigendynamik. Die militärischen Auseinandersetzungen am Persischen Golf haben bislang zu keiner nennenswerten Belastung des Wirtschaftsklimas geführt. Die Ölversorgung ist gewahrt. Die wesentlichen Impulse kommen gegenwärtig von der Binnennachfrage, insbesondere von den Investitionen gehen starke Auftriebskräfte aus. Die Auslandsnachfrage trägt dagegen wegen der Abschwächung der Konjunktur in wichtigen Partnerländern derzeit nur wenig zum wirtschaftlichen Wachstum bei.

5. In den neuen Bundesländern ist der Übergang von der sozialistischen Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft mit einem tiefgreifenden Strukturumbruch verbunden. Die frühere Abschirmung der ostdeutschen Wirtschaft vor dem Wettbewerb des Weltmarktes ist mit Öffnung der Grenzen entfallen. Den dadurch erheblich gestiegenen Ansprüchen an ihre Produkte – z. B. in Bezug auf Qualität, Aufmachung und technisches Niveau – genügen die Firmen in der ehemaligen DDR vielfach noch nicht. Zwar sind die realen Einkommen nach der Währungsumstellung merklich gestiegen, doch richtet sich die wachsende Verbrauchsnachfrage bisher noch vor allem auf Güter aus den alten Bundesländern und dem Ausland. Vor allem in der Industrie sehen sich die Unternehmen deshalb einem starken Nachfragerückgang gegen-

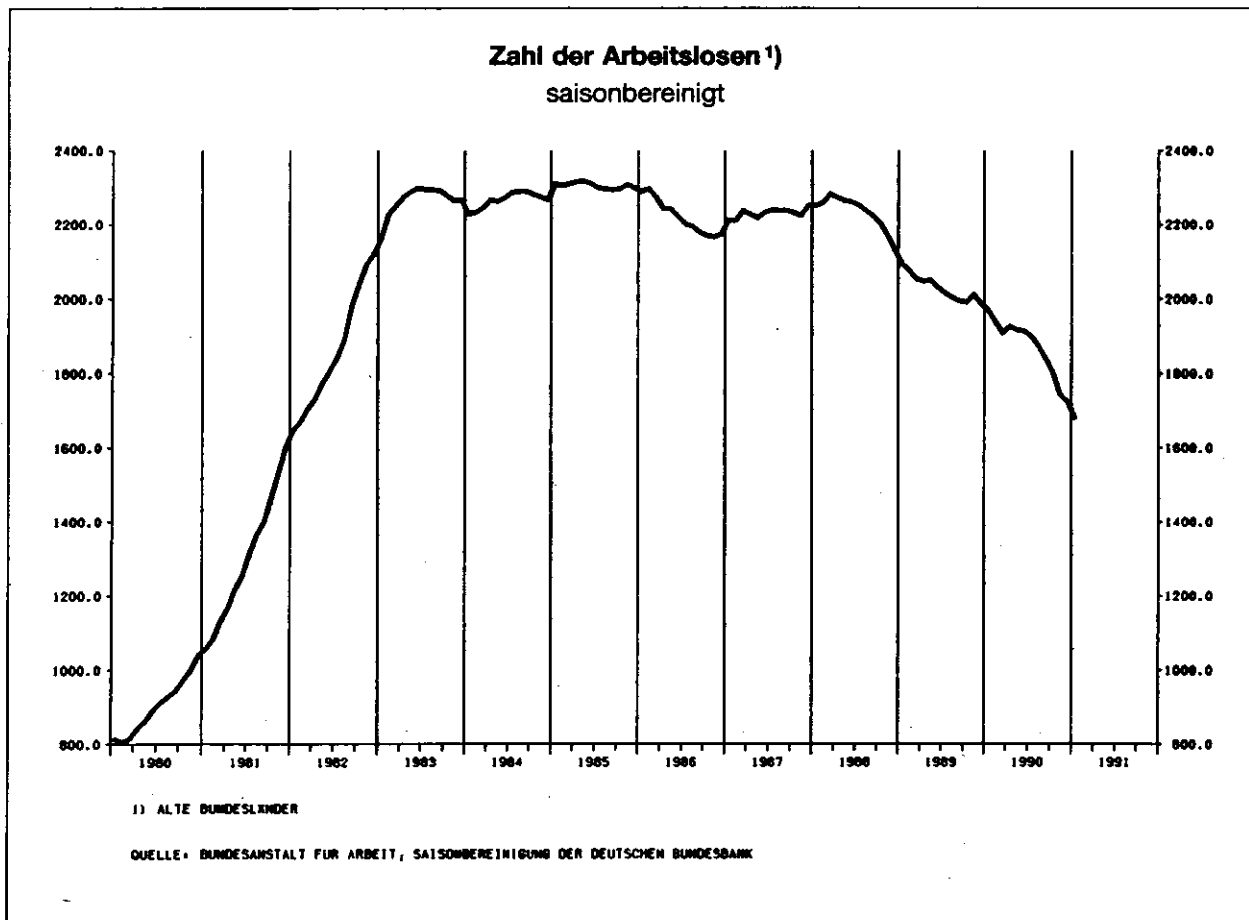
über, der zu einer beträchtlichen Produktions- und Beschäftigungsabnahme führt.

Zudem geht die Nachfrage aus den ehemaligen RGW-Ländern, vor allem der Sowjetunion, drastisch zurück, was in vielen Unternehmen, die bisher stark auf diese Ostexporte ausgerichtet waren, zu erheblichen weiteren Produktionseinschränkungen führen wird. Ursache hierfür sind zum einen die mit der Auflösung des RGW zusammengebrochenen bilateralen Lieferbeziehungen auf der Basis staatlicher Planungen, Devisenmangel sowie die gegenwärtige Unsicherheit über die weitere Entwicklung in diesen Staaten.

Ein weiterer Grund für den Beschäftigungsrückgang besteht darin, daß viele innerbetriebliche Tätigkeiten, die für eine unter planwirtschaftlichen Auflagen stehende, unter ständigen Beschaffungsproblemen leidende und auf weitgehende Selbstversorgung ausgerichtete Wirtschaft typisch waren, nun überflüssig geworden sind. Diese im alten System vorhandene verdeckte Arbeitslosigkeit, die nach Schätzung des Ifo-Instituts mit rd. 3 Mio. anzusetzen war, tritt nun offen zutage. Die damit bisher verbundenen Arbeitsplätze sind inzwischen nicht mehr zu halten.

6. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind infolgedessen in den neuen Bundesländern erheblich gestiegen. Im Februar 1991 gab es 787 Tsd. Personen, davon 430 Tsd. Frauen, die als arbeitslos registriert waren.

Schaubild 4



1,904 Mio. Menschen waren von Kurzarbeit betroffen, worin zu einem erheblichen Teil verdeckte Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt. Auf der anderen Seite entstehen aber auch neue Beschäftigungschancen; so haben nach einer Befragung von Infratest im Laufe des Jahres 1990 rd. 1 Mio. Personen eine neue Beschäftigung aufgenommen. Viele für eine moderne Industriegesellschaft charakteristische Arbeitsplätze – insbesondere im Dienstleistungssektor – müssen in den neuen Bundesländern erst noch geschaffen werden. So müssen heutigen Ansprüchen genügende Handels-, Bank-, Versicherungs-, Verkehrs-, Transport- und Kommunikationsdienstleistungen möglichst rasch aufgebaut werden. Ebenso wird sich die Beschäftigtenzahl in den Freien Berufen, im Hotel- und Gaststättengewerbe und im Handwerk ausweiten. Vor allem aber steht die Bauwirtschaft vor großen Wiederaufbau- und Ausbauaufgaben und kann viele neue Arbeitsplätze bereitstellen. In der schwierigen Übergangsphase können diese vielfältigen Tätigkeitsfelder allerdings nicht so rasch entstehen wie alte Strukturen zusammenbrechen. Geschäftliche Aktivitäten haben häufig zunächst in den neuen Bundesländern mit dem Aufbau von Vertriebssystemen begonnen; die Errichtung neuer Betriebsstätten beansprucht in vielen Fällen erhebliche Zeit. Zunächst muß daher mit noch weiter deutlich steigender Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

7. Der Übergang zur Marktwirtschaft hat in den neuen Bundesländern zu einer tiefgreifenden Veränderung der Preisstrukturen geführt. Auf der einen Seite ist es bei verschiedenen Gütern – insbesondere bei einigen Grundnahrungsmitteln – nach dem Wegfall umfangreicher Subventionen zu einer erheblichen Anpassung an das höhere Marktpreisniveau gekommen, auf der anderen Seite ist heute eine große Zahl von Industriegütern bei höherer Qualität wesentlich billiger als vor einem Jahr. Zudem sind alle Produkte – anders als früher – jederzeit in der gewünschten Menge verfügbar. Im Durchschnitt waren die Verbraucherpreise in den neuen Bundesländern Ende 1990 in D-Mark etwas niedriger als ein Jahr zuvor in Mark der DDR. Zu Jahresbeginn 1991 kam es jedoch zu erheblichen Preissteigerungen; ausschlaggebend hierfür waren insbesondere die kräftigen Preisanhebungen für Energieträger, nachdem Subventionen abgebaut worden sind.

8. In den westlichen Bundesländern ist die Wirtschaftsentwicklung durch einen lang anhaltenden und breit angelegten Wachstumsprozeß geprägt. Einkommen, Beschäftigung und Produktion nehmen kräftig zu. Das Bruttosozialprodukt ist 1990 real um 4,6 % gestiegen (1989: +3,9 %). Damit hat die Bundesrepublik Deutschland neben Japan das stärkste Wirtschaftswachstum unter den großen westlichen Industrieländern. Zum weitaus dynamischsten Element haben sich dabei die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen entwickelt, die die entscheidende Grundlage für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sind. Sie stiegen von 1989 auf 1990 im Jahresdurchschnitt dem Volumen nach um 12 %; das ist der größte Zuwachs seit 1970. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt hat damit den höchsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Eine weitere wichtige Wachstumsstütze bildet der Pri-

vate Verbrauch, der nicht nur von einer steigenden Bevölkerungszahl und einer kräftig zunehmenden Beschäftigung, sondern auch von höheren Löhnen und Renten sowie der neuerlichen Ermäßigung der Lohn- und Einkommensteuer am Beginn des letzten Jahres erhebliche Impulse erhielt. Daß es trotz der hohen Nachfrage und der weitgehenden Nutzung aller Produktionsmöglichkeiten bisher nicht zu preistreibenden Angebotsengpässen gekommen ist, ist auf eine höhere Flexibilität des Produktionspotentials sowie eine beträchtliche Ausdehnung der Einfuhren (real +11 %) zurückzuführen.

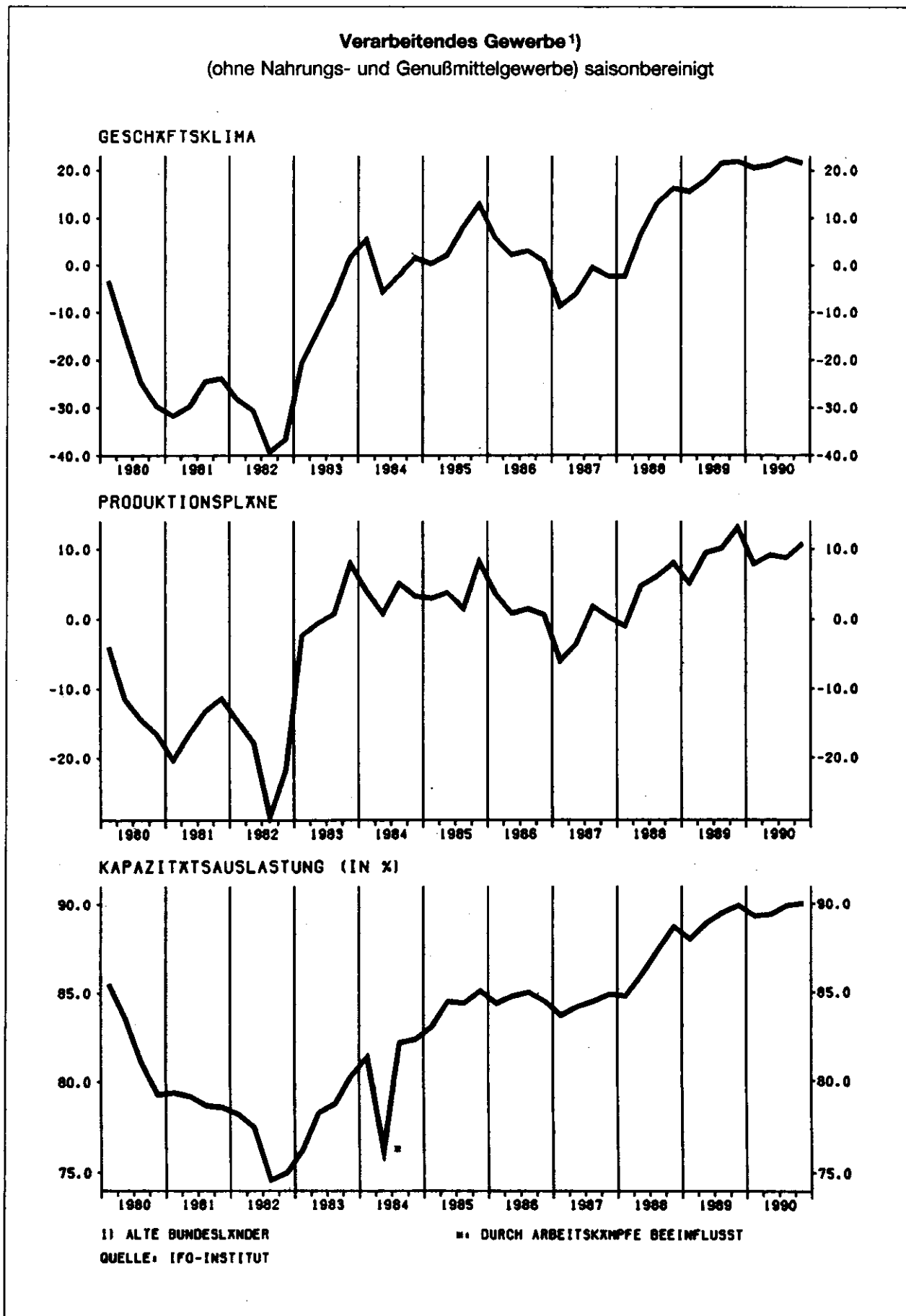
9. Die günstige wirtschaftliche Entwicklung in den alten Bundesländern hat zu einer weiteren bemerkenswerten Verbesserung der Beschäftigungssituation geführt. Die Zahl der Erwerbstätigen ist einschließlich der wachsenden Zahl von Pendlern aus den neuen Bundesländern allein in den letzten zwölf Monaten um 775 Tsd. gestiegen. Ein so ausgeprägter Zuwachs ist selbst in der stürmischen Wiederaufbauzeit der fünfziger Jahre selten registriert worden. Seit dem Frühjahr 1983 hat die Erwerbstätigenzahl damit um gut 2½ Mio. zugenommen und inzwischen den höchsten Stand der Nachkriegszeit erreicht.

Obwohl in letzter Zeit – vor allem infolge der Welle von Zuwanderungen in die bisherige Bundesrepublik – eine sehr hohe Zahl von Personen zusätzlich eine Berufstätigkeit ausüben möchte, führt der boomartige Zuwachs an Beschäftigungsmöglichkeiten zu einer erheblichen Abnahme der Arbeitslosigkeit. Seit dem Frühjahr 1988 ging die Zahl der Arbeitslosen um fast 600 Tsd. zurück, ein Rückgang, wie er zuvor nur in den fünfziger Jahren verzeichnet worden war.

10. Trotz der hohen konjunkturellen Dynamik und der Preissteigerungen bei Mineralölprodukten bewegen sich die Verbraucherpreise auch in den alten Bundesländern weiterhin in bemerkenswert ruhigen Bahnen. Der Preisindex des privaten Verbrauchs stieg 1990 im Jahresdurchschnitt nur um 2,5 % und damit spürbar weniger als ein Jahr zuvor. Die im Juli 1990 in Kraft getretene Wirtschafts- und Währungsunion mit der damaligen DDR war entgegen mancher Befürchtungen mit einem hohen Maß an Preisstabilität verbunden. Die Bundesrepublik Deutschland zählt derzeit zu den preisstabilsten aller westlichen Industrieländer.

11. Bei der Leistungsbilanz, in die ab Juli 1990 auch das Gebiet der ehemaligen DDR mit einbezogen ist, zeigt sich für die erweiterte Bundesrepublik Deutschland eine deutliche Tendenz zum Abbau des Überschusses, vor allem infolge einer starken Zunahme der Einfuhren und eines nur noch geringen Anstiegs der Ausfuhren. Dies bedeutete einen wichtigen Wachstumsimpuls vor allem für die europäischen Partnerländer der Bundesrepublik Deutschland. Der Leistungsbilanzüberschuß belief sich 1990 insgesamt auf 72 Mrd. DM. Zur gleichen Vorjahreszeit hatte die Leistungsbilanz in den alten Bundesländern noch ein Plus von 104 Mrd. DM verzeichnet. Dieser von den Handelspartnern der Bundesrepublik immer wieder geforderte Abbau unterstützt den internationalen Anpassungsprozeß; die damit einhergehende Verringerung der Kapitalausfuhren ermöglicht es, daß Kapital

Schaubild 5



für den Aufbau in den neuen Bundesländern bereitgestellt wird.

12. Angesichts der lebhaften Binnennachfrage sind die Lage der Wirtschaft und die Stimmung in den Unternehmen in Westdeutschland zu Beginn des Jahres 1991 so gut wie seit vielen Jahren nicht mehr. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie hat inzwischen

das höchste Niveau seit zwanzig Jahren erreicht, was zusammen mit hohen internen Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen für eine weitere kräftige Aufwärtsentwicklung der Investitionen spricht. Wann dagegen in den neuen Bundesländern die Auftriebskräfte die Oberhand gegenüber den unvermeidlichen Beschäftigungseinbußen gewinnen werden, läßt sich heute noch nicht abschätzen.

B. Herstellung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Einheit in Deutschland

I. Marktwirtschaftliche Wende in den neuen Bundesländern voranbringen

Mit dem Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost Solidarität bekunden

13. Nach über 45 Jahren deutscher Teilung gilt es, nach der politischen Einigung jetzt auch die innere Einheit auf wirtschaftlichem, sozialem und ökologischem Gebiet zu verwirklichen und auf die Angleichung der Lebensbedingungen hinzuwirken. Für diese Aufgabe gibt es in der Geschichte kein Vorbild; niemals zuvor ist versucht worden, eine sozialistische Kommandowirtschaft in eine Soziale Marktwirtschaft umzuwandeln.

14. Dieser Übergang ist für die Menschen in den neuen Bundesländern nicht leicht. Die früher verdeckte hohe Arbeitslosigkeit tritt jetzt immer offener zutage. Viele Arbeitsplätze müssen in so nicht mehr überlebensfähigen Betrieben und in überdimensionierten Verwaltungen aufgegeben oder angepaßt werden.

Um so dringlicher ist es jetzt, die für viele Menschen schwierige Phase des Übergangs zu wettbewerbsfähigen Strukturen zu unterstützen. Dazu bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung von Bund, Ländern, Gemeinden, Tarifparteien, Verbänden und aller gesellschaftlichen Gruppen.

Schlüssel für die wirtschaftliche Erholung in den neuen Bundesländern sind private und öffentliche Investitionen. Die Bundesregierung hat bereits vielfältige Hilfen und Anstöße gegeben, um einen Investitionsaufschwung in Gang zu setzen (vgl. Übersicht 3). Es gilt jedoch, die Zeit zu überbrücken, bis diese Maßnahmen breite Wirkung zeigen. Deshalb hat die Bundesregierung ein Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost beschlossen.

Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollen massiv erhöht und möglichst mit Existenzgründungen verbunden werden. Die berufliche Ausbildung für die jungen Menschen soll gesichert werden. Besonders solche Infrastruktur-, Wohnungs- und Umweltschutzinvestitionen sollen beschleunigt werden, die rasch eine hohe Beschäftigungswirkung versprechen. Für neue Arbeitsplätze in Gebieten mit hohen Arbeitskräftefreisetzungen soll nach dem Vorbild der regionalen Sonderprogramme in den alten Bundesländern eine zusätzliche regionale Flankierung erfolgen. Die steuerlichen Bedingungen für private Investitionen werden weiter verbessert. Schließlich gilt es, den angestrebten schnellen Beschäftigungsaufbau in den neuen Ländern tarifpolitisch so zu flankieren, daß die Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern wie auch die Unternehmer für sich klare Perspektiven erkennen können.

Mit dem Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost stellt der Bund Mittel zur Förderung von öffentlichen und privaten Investitionen und zur Sicherung der Beschäftigung mit einem Volumen von 24 Mrd. DM für 1991 und 1992 bereit – davon 12 Mrd. DM in diesem Jahr. Im Rahmen dieses Gemeinschaftswerks hat die Bundesregierung mit den neuen Ländern eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen, nach der sofort 5 Mrd. DM den Kommunen in den neuen Ländern als Investitionspauschale für Instandsetzungen insbesondere von Schulen, Krankenhäusern und Altersheimen zur Verfügung gestellt werden. Damit werden unverzüglich Aufträge an die Wirtschaft in den neuen Ländern vergeben. Für zusätzliche Investitionen sowie für weitere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden im Rahmen des Gemeinschaftswerks Aufschwung-Ost 1991 insgesamt 7 Mrd. DM bereitgestellt (vgl. Übersicht 2).

15. Die Lasten, die die Menschen in den neuen Bundesländern im Zuge der Umstellung zu tragen haben, sind gewaltig. Dazu brauchen sie das volle Verständnis und die Hilfe ihrer Mitbürger im Westen. Die deutsche Einheit bedeutet auch finanzielle Solidarität. Da die bisherige Finanzausstattung der neuen Länder und ihrer Gemeinden, gemessen an den Aufgaben, unzureichend war, hat der Bundeskanzler mit den Ministerpräsidenten der Länder am 28. Februar 1991 eine durchgreifende Verbesserung der Finanzausstattung für die Gebietskörperschaften in den neuen Ländern vereinbart. Anstelle der Stufenregelung des Einnahmevertrages werden die neuen Bundesländer sofort voll nach der Einwohnerzahl am Länderanteil an der Umsatzsteuer beteiligt. Dadurch stehen den neuen Ländern im Jahre 1991 4,8 Mrd. DM und bis 1994 rd. 17 Mrd. DM mehr zur Verfügung. Parallel dazu überläßt der Bund seinen 15%igen Anteil an den Leistungen des Fonds Deutsche Einheit in Höhe von 5,25 Mrd. DM im Jahre 1991 und insgesamt rd. 14 Mrd. DM bis 1994 den neuen Ländern. Er leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Länder und Kommunen. Insgesamt wird mit beiden Maßnahmen die Finanzausstattung der neuen Länder und ihrer Kommunen 1991 um rd. 10 Mrd. DM, bis 1994 um insgesamt rd. 31 Mrd. DM, deutlich verbessert. Der Bund geht davon aus, daß die neuen Länder diese Mittel auch zur Finanzausstattung ihrer Gemeinden einsetzen und daß diese damit in die Lage versetzt werden, ihren notwendigen Eigenanteil an den vorgesehenen investitionsfördernden Maßnahmen zu finanzieren.

Die freiheitliche Wirtschaftsordnung stärken

16. Der unvermeidliche Strukturwandel von der sozialistischen Planwirtschaft zu einer an Wettbewerb und Privateigentum ausgerichteten, freiheitlichen

Übersicht 2

Wirtschaftliche Fördermaßnahmen für die neuen Bundesländer im Rahmen des Gemeinschaftswerks Aufschwung-Ost

- Investitionspauschale für kommunale Investitionen; Zuschüsse insbesondere für Instandsetzung von Schulen, Krankenhäusern und Altersheimen; Haushaltsmittel 5 Mrd. DM für 1991
- Zusätzliche steuerliche Begünstigung privater Investitionen durch Verlängerung der 12%igen Investitionszulage bis zum 31. Dezember 1991 und der Ausschlußfrist für den Beginn der Investitionen bis zum 31. Dezember 1992; Möglichkeit, Investitionszulage und Sonderabschreibung zu kumulieren; Steuerausfall 1991 für den Bund 400 Mio. DM
- Zusätzliche Maßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik; zur Beschleunigung insbesondere von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zusätzliche Ausgaben 2,5 Mrd. DM für 1991 und 3 Mrd. DM Verpflichtungsermächtigungen für 1992
- Förderung der beschleunigten Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur - sowohl Schiene als auch Straße; Ausgaben 1,4 Mrd. DM 1991 und 4,2 Mrd. DM Verpflichtungsermächtigungen für 1992
- Städtebauförderung einschl. Denkmalschutz; Ausgaben 200 Mio. DM für 1991 und 200 Mio. DM Verpflichtungsermächtigungen für 1992
- Förderung der Modernisierung und Instandsetzung von vermieteten und selbstgenutzten Wohnungen einschl. Erneuerung und Verbesserung von Heizungsanlagen; Förderung des Aus-, Um- und Anbaus bei vorhandenen Gebäuden zur Schaffung zusätzlicher Mietwohnungen; Zuschüsse in Höhe von 20 % der Kosten; Ausgaben 700 Mio. DM für 1991 und 700 Mio. DM Verpflichtungsermächtigungen für 1992
- Förderung der Privatisierung kommunaler Wohnungen; Zuschüsse an die bisherigen Mieter in Höhe von 20 % des Kaufpreises, maximal 7 000 DM für das erste und 1 000 DM für jedes weitere Haushaltsmitglied; Ausgaben 200 Mio. DM für 1991 und 200 Mio. DM Verpflichtungsermächtigungen für 1992
- Verstärkung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) für Problemregionen; Ausgaben 600 Mio. DM für 1991 und 600 Mio. DM Verpflichtungsermächtigungen für 1992
- Hilfen für die Werften in den neuen Bundesländern; Ausgaben 130 Mio. DM für 1991 und 700 Mio. DM Verpflichtungsermächtigungen
- Umweltschutzsofortprogramm, durch das in Abstimmung mit den Ländern die Sanierung und der Ausbau von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen, dringende Maßnahmen zur Deponiesanierung sowie Sicherungsmaßnahmen bei besonders umweltgefährdenden Industrieanlagen gefördert werden; Ausgaben 400 Mio. DM für 1991 und 400 Mio. DM Verpflichtungsermächtigungen für 1992
- Instandsetzung von Hochschuleinrichtungen und Studentenwohnheimen; Ausgaben 200 Mio. DM für 1991 und 200 Mio. DM Verpflichtungsermächtigungen für 1992
- Instandsetzung im Gebäudebestand des Bundes; Ausgaben 270 Mio. DM für 1991 und 50 Mio. DM Verpflichtungsermächtigungen für 1992
- Außerdem stehen für Investitionen im Jahre 1992 weitere 1,4 Mrd. DM zur Verfügung.

Wirtschaftsordnung in den neuen Bundesländern läßt sich nur in einem dynamischen Aufholprozeß bewältigen. Wie sich künftig die Struktur der Wirtschaft dort im einzelnen verändern wird, ist unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen nicht vorhersehbar. Sie ergibt sich im Wettbewerb. Dem Sachverständigenrat ist aber insoweit zuzustimmen (Ziffer 87 JG), daß die Industrie, die in der Vergangenheit einen höheren Beschäftigungsanteil hatte als in vergleichbaren westlichen Industrieländern, relativ an Bedeutung verlieren wird und sich stärker spezialisieren muß. Dagegen werden besonders die Bauwirtschaft und die privaten Dienstleistungen, z. B. Banken und Versicherungen, Beratung und Planung, Werbung und Immobilienvermittlung, die in der DDR stark vernachlässigt worden waren, erheblich an Bedeutung gewinnen.

17. Zur Herstellung national und international attraktiver und wettbewerbsfähiger Standorte ist vor allem die volle Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern mit den dafür erforderlichen institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen notwendig. Die Bundesregierung verfolgt ein Gesamtkonzept umfassender, aufeinander abgestimmter Maßnahmen, deren wichtigstes Prinzip es ist, Vorrang für Investitionen und neue, produktive Arbeitsplätze zu schaffen. Mit einer solchen Gesamtstrategie, die das Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost einschließt, kann der Bevölkerung in den neuen Bundesländern eine Perspektive für die Zukunft gegeben werden, wie es den politischen Zielen der deutschen Einigung, den Fähigkeiten der Menschen dort und ihrem Willen zu Neubeginn und Wiederaufbau zukommt. Es wäre jedenfalls keine dauerhafte Lösung, wenn die Kaufkraft der Bevölkerung zwar durch öffentliche und private Transfers von West nach Ost gesichert würde, ihr eigener Beitrag zur Wertschöpfung aber deutlich dahinter zurückbliebe.

18. Das Gesamtkonzept der Bundesregierung hat zum Ziel, den strukturellen Umbruch in den neuen Bundesländern regional und sozial zu flankieren, neue Aktivitäten zu fördern, den Arbeitskräften neue Berufs- und Beschäftigungschancen zu verschaffen und die Eigeninitiative der Betroffenen zu stärken. Die Bundesregierung stimmt mit dem Sachverständigenrat überein (Ziffer 341 JG), daß dagegen die dauerhafte Erhaltung von unwirtschaftlich gewordenen Produktionsstätten durch finanzielle und andere Hilfe nur den notwendigen Strukturwandel behindern, den Wettbewerb stören und den Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft in den neuen Bundesländern wesentlich beeinträchtigen würde.

Die Bundesregierung begrüßt jede Initiative des westdeutschen Handels, Produkte der neuen Bundesländer verstärkt in sein Sortiment aufzunehmen und so in neue Märkte einzuführen.

Mit der Bereitstellung der finanziellen Mittel zum Aufbau der Verbraucherinformation und -beratung in den neuen Bundesländern trägt die Bundesregierung dazu bei, daß auch die Verbraucher in diesem Teil der Bundesrepublik die ihnen in einer Marktwirtschaft gebotenen Möglichkeiten wirksam wahrnehmen können.

19. In der früheren DDR hat der Staat die Preise in vielen Bereichen auf einem Niveau festgesetzt, das nicht die Kosten deckte. Dies hat zu schwerwiegenden Fehlentwicklungen geführt. Dort, wo die Verluste der Anbieter nicht durch — zum Teil extrem hohe — Subventionen ausgeglichen wurden, kam es zu Versorgungsengpässen oder drastischen Verschlechterungen der Qualität. Ein Beispiel hierfür ist der desolate Zustand der Bausubstanz. Auf der anderen Seite haben die künstlich niedrig gehaltenen Preise die Nachfrage aufgebläht. So wird aufgrund falscher Energiepreise Energie in großem Umfang verschwendet. Nachdem die staatliche Preiskontrolle und die Zahlung hoher allgemeiner Verbrauchssubventionen bereits Mitte letzten Jahres grundsätzlich eingestellt wurden, gilt es nun, auch in den bisher ausgesparten Bereichen schrittweise marktgerechte Preise einzuführen. Dies ist eine zwingende Voraussetzung für die notwendigen umfangreichen Investitionen, z. B. im Wohnungsbau und in der Energieversorgung und für ein umweltbewußtes Verhalten in den neuen Bundesländern.

Eine leistungsfähige Verwaltung aufbauen

20. Der Sachverständigenrat (Ziffer 546 JG) hebt zu Recht hervor, daß es zur vollen Verwirklichung der marktwirtschaftlichen Ordnung und zur Verbesserung der Investitionsbedingungen einer leistungsfähigen Verwaltung bedarf, die die Einhaltung und volle Wirksamkeit des rechtlichen Rahmens sicherstellt. Sie ist eine wichtige Voraussetzung, um der Wirtschaft und den Erwerbstätigen die notwendige Rechtssicherheit für ihre Entscheidungen zu geben. Da im sozialistischen System der ehemaligen DDR ein solcher Rahmen nicht gegeben war, ist jetzt der Aufbau einer funktionsfähigen Länder-, Gemeinde-, Arbeits- und Finanzverwaltung und der Gerichte vordringlich. Mit der Verbesserung der Haushaltssituation durch die Beschlüsse im Gespräch von Bundeskanzler und Ministerpräsidenten ist die Voraussetzung geschaffen, daß die neuen Länder und die Kommunen ihre Verantwortung dafür wahrnehmen. Darüber hinaus wird dies nur gelingen, wenn der Bund sowie die alten Länder und die Kommunen in der Übergangszeit deutlich mehr qualifizierte Mitarbeiter für den Aufbau in die neuen Länder und ihre Gemeinden entsenden und sie bezahlen. Die Bundesregierung hat deshalb die Bundeszuschüsse an die Gemeinden in den neuen Ländern für die Finanzierung von Mitarbeitern aus den alten Ländern von 50 Mio. DM auf 100 Mio. DM für 1991 erhöht.

Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern

21. „Die Achtung von Eigentumsrechten ist eine der unerläßlichen Voraussetzungen für eine funktionierende Marktwirtschaft“ (Ziffer 545 JG). So sehr dieser Grundsatz Beachtung verdient, muß doch sichergestellt werden, daß angesichts der schwierigen Beschäftigungsprobleme in den neuen Bundesländern

dringend notwendige Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen nicht unvertretbar behindert werden. Für die neuen Bundesländer ist entscheidend, daß Grundstücke in ausreichendem Umfang für neue Investitionen zur Verfügung stehen; daran müssen sich auch Bund, Länder und Gemeinden durch Freigabe von Grundstücken beteiligen, die ihnen gehören. Außerdem muß bestehenden Unternehmen durch Privatisierung und Reprivatisierung Kapital und Know-how zugeführt werden. Voraussetzung hierfür ist u. a. rasche Klärung der eigentumsrechtlichen Verhältnisse, weil Unklarheiten in diesem Bereich wie eine Verfügungssperre wirken. Es sind daher alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit beschäftigungswirksame Investitionen Vorrang vor einer Rückübertragung an die früheren Eigentümer erhalten.

Bei der zur Zeit anstehenden Überarbeitung des die Eigentumsproblematik betreffenden Rechts müssen die Voraussetzungen für private Initiative und beschleunigte Investitionen wesentlich verbessert werden. Dabei ist sicherzustellen, daß Investitionen und unternehmerisches Engagement durch Restitutionsansprüche möglichst wenig behindert werden.

Ein kritischer Bereich ist das Grundbuchwesen. Die Liegenschaftsämter sind auf ihre gewaltigen neuen Aufgaben nicht vorbereitet. Angesichts der auch bei Personalverstärkung zu erwartenden, längeren Bearbeitungszeiten ist die Möglichkeit, vor Eintragung des Eigentums im Grundbuch Kredite durch eine Bundesbürgschaft abzusichern, von besonderer Bedeutung. Auch können die neuen Länder die Möglichkeiten der Haftungsfreistellung für Umweltschäden und der vereinfachten Bauleitplanung nutzen.

Verwaltungsverfahren vereinfachen

22. In den neuen Bundesländern verzögern eine noch unzureichende Verwaltungsstruktur, eine noch bestehende Unkenntnis der neuen rechtsstaatlichen Bedingungen bei einem großen Mangel an rechtlicher Beratung sowie noch fehlende Gerichte Investitionen in vielen Bereichen.

Entscheidungen über Großinvestitionen, insbesondere im Verkehrsbereich, müssen aber schnell getroffen und umgesetzt werden, damit Wirtschaft und Beschäftigung in den neuen Bundesländern zügig aufgebaut werden können. Da dies mit den herkömmlichen Planungsverfahren nicht möglich ist, wird die Bundesregierung alle rechtlich möglichen Maßnahmen zur Straffung und Vereinfachung von Verfahrensabläufen ergreifen. Wo vertretbar, muß die Regelungsdichte zumindest zeitweise abgebaut werden. Die Bundesregierung wird vordringlich prüfen, bei welchen konkreten Einzelprojekten, insbesondere im Verkehrsbereich, es verfassungsrechtlich zulässig sein kann, die sonst vorgesehene behördliche Planungsentscheidung, die dann auch Enteignungen zuläßt, durch Maßnahmegesetze zu ersetzen. Hier sind schnelle Entscheidungen nötig.

Für den raschen Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur neue Wege beschreiten

23. Den Aufholprozeß in den neuen Bundesländern breit in Gang zu setzen, erfordert die schnelle Bereitstellung einer modernen Infrastruktur. Dringlich ist vor allem ein leistungsfähiges Telekommunikationsnetz, der reibungslose Anschluß an das Verkehrssystem in den alten Bundesländern sowie die erforderliche wirtschaftsnahe kommunale Infrastruktur. Damit den Städten, Gemeinden und Kreisen in den neuen Bundesländern die Möglichkeit gegeben wird, ihre Investitionsplanungen zügig zu verwirklichen, wird — neben der umgehenden Bereitstellung von 5 Mrd. DM für Instandsetzungen insbesondere von Schulen, Krankenhäusern und Altersheimen im Rahmen des Gemeinschaftswerks Aufschwung-Ost — das erfolgreiche Kreditprogramm zur Förderung kommunaler Investitionen von 10 auf 15 Mrd. DM erhöht. Außerdem unterstützt die Bundesregierung in den neuen Bundesländern eine professionelle Beratung bei der Aufstellung von regionalen Entwicklungskonzepten und einer wirksamen Wirtschaftsförderung.

Um die Infrastrukturinvestitionen in den neuen Bundesländern möglichst schnell auf den erforderlichen Stand zu bringen, wird verstärkt geprüft werden, ob und inwieweit Verlagerungen von Vorhaben von den westlichen in die östlichen Bundesländer möglich sind. In manchen Bereichen ist sicherlich ein zeitlicher Aufschub im Westen zugunsten des riesigen Aufbauproblems im Osten zumutbar. Darüber hinaus wird geprüft, ob und inwieweit Bund, Länder und Gemeinden für Infrastrukturprojekte im gesamten Bundesgebiet zusätzliche Finanzierungsquellen durch den verstärkten Einsatz privaten Kapitals erschließen können. Die Bundesregierung hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die rechtzeitig zum Kabinettsbeschuß über den Bundeshaushalt 1992 Möglichkeiten der privaten Finanzierung prüfen und gegebenenfalls konkrete Vorschläge machen soll. Dabei wird die Bundesregierung die langjährigen Erfahrungen berücksichtigen, die im Ausland mit privat finanzierten und betriebenen Infrastruktureinrichtungen gesammelt wurden. Vor allem im Verkehrs- und Umweltbereich werden Modelle geprüft, die zugleich die Beschleunigung des Aufbaus der Infrastruktur erlauben und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte beitragen.

24. Ein reibungsloser Verkehr ist für eine funktionierende Wirtschaft unerlässlich. Die Bundesregierung mißt angesichts der desolaten Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern deren möglichst schnellem Ausbau besondere Bedeutung zu.

Gegenwärtig wird ein Gesamtdeutscher Verkehrswegeplan als Nachfolgeplan des bisherigen Bundesverkehrswegeplans erarbeitet. Damit soll den veränderten Gegebenheiten — insbesondere im Ost-West-Verkehr — Rechnung getragen werden. Zu berücksichtigen bleibt gleichzeitig, daß mit weiter wachsenden Verkehrsströmen auch im Zuge des europäischen Binnenmarktes zu rechnen ist. Dabei kommt dem europäischen Schnellbahnnetz und der Verbesserung der Ost-West-Schienenverbindungen zum Schutz der Umwelt und zur Entlastung der Straße ein wachsendes Gewicht zu. Die Bundesregierung hat bereits ent-

schieden, die Strecke Hannover-Berlin auszubauen. Im Vorgriff auf den gesamtdeutschen Verkehrswegeplan sind ferner Verkehrswegeprojekte von herausragender Bedeutung in den neuen Bundesländern ausgewählt worden, für die eine Beschleunigung des Planungsverfahrens vorgesehen ist.

25. Die bestehende Telekommunikationsinfrastruktur in den neuen Bundesländern ist völlig unzureichend. Eine durchgreifende und möglichst rasche Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten ist daher für die wirtschaftliche Gesundung unerlässlich. Die Deutsche Bundespost TELEKOM ist bestrebt, einerseits Versorgungsengpässe zu überbrücken, andererseits mit einem mittelfristigen Investitionsprogramm von rd. 55 Mrd. DM bis 1997 eine moderne, leistungsfähige und bedarfsgerechte Telekommunikationsinfrastruktur zu schaffen. Zur Beschleunigung des Ausbaus und insbesondere zur Nutzung aller im privaten Bereich mobilisierbaren Planungskapazitäten wird der Deutschen Bundespost TELEKOM nahegelegt, von der schlüsselfertigen Vergabe des Ausbaus ganzer Ortsnetze an private Generalunternehmer im größtmöglichen Umfang Gebrauch zu machen. Über diese Maßnahmen hinaus wird die Bundesregierung in den neuen Bundesländern auch privaten Unternehmen die Möglichkeit eröffnen, im Wege der Vergabe von weiteren Lizenzen Mobil- und Satellitenfunknetze zu errichten und zu betreiben sowie über diese Netze freizügig sämtliche Telekommunikationsdienste (einschließlich des Telefondienstes) anzubieten.

Private Investitionen fördern

26. Private Unternehmer und Investoren sind sehr viel besser als der Staat geeignet, schnell und flexibel einen wirkungsvollen Umstrukturierungsprozeß in Gang zu setzen. Hierzu bedarf es eines positiven, allgemein wirkenden Investitionsumfeldes. Dafür wird es auf absehbare Zeit erforderlich sein, daß der Bund, die alten Bundesländer und ihre Kommunen den wirtschaftlichen Erneuerungsprozeß in den neuen Bundesländern tatkräftig unterstützen. Für die Belebung der Wirtschaft ist deshalb während einer längeren Übergangszeit ein ausreichendes Präferenzgefälle bei Fördermaßnahmen unerlässlich — so auch die Meinung des Sachverständigenrates (Ziffer 551 JG). Neben den Investitionszuschüssen im Rahmen der Regionalförderung ist dazu mit der Investitionszulage von 12 %, die bis zum 31. Dezember 1991 verlängert wurde und mit der 8 %igen Investitionszulage, deren Frist für den Beginn des Investitionsvorhabens bis zum 31. Dezember 1992 ausgedehnt wurde, ein geeignetes Instrument geschaffen worden (zu den Fördermaßnahmen vgl. Übersicht 3). Außerdem werden in den neuen Bundesländern zur besonderen Förderung der Investitionen und Arbeitsplätze auf die Erhebung der Gewerbesteuer- und der Vermögensteuer bereits ab 1. Januar 1991 verzichtet und bis zum Inkrafttreten der zweiten Stufe der Steuerreform die Möglichkeit von Sonderabschreibungen in dem Ausmaß der bisherigen Zonenrandförderung eingeräumt, die mit der Investitionszulage kumuliert werden kann. Schließlich ist ein mittelstandspolitisches Element in Form

einer nach der Höhe des Gewerbeertrags gestaffelten Steuermeßzahl bei der Gewerbesteuer und ein Freibetrag bei der Lohn- und Einkommensteuer in Höhe von 600 DM/1 200 DM jährlich vorgesehen.

Neben der schnellen Privatisierung bestehender Betriebe ist auch die Gründung neuer Unternehmen und Produktionsstätten unverzichtbar für die strukturelle Entwicklung, wie der Sachverständigenrat (Ziffer 538 JG) mit Recht feststellt. Ohne zusätzliche Investitionen auf der „grünen Wiese“ sind die Beschäftigungsprobleme in den fünf neuen Bundesländern nicht lösbar. Dort, wo Neues entsteht, werden zukunftssträchtige Arbeitsplätze geschaffen. Mittel der Regionalförderung und anderer Förderprogramme sollten daher auch für neue wettbewerbsfähige Unternehmen eingesetzt werden.

Die Bundesregierung fordert gleichzeitig die Wirtschaft auf, alles zu tun, damit möglichst viele Mitarbeiter aus dem Westen in Unternehmen in den neuen Ländern auf dem Weg in die Marktwirtschaft mit ihren Erfahrungen zur Seite stehen.

27. Die Bundesregierung unterstützt nachdrücklich die Treuhandanstalt bei der Erfüllung ihres Auftrages, in dessen Mittelpunkt die zügige Privatisierung der ehemals volkseigenen Betriebe steht. Sie muß, nachdem sie jetzt vom Aufbau und innerer Organisationsstruktur her handlungsfähig ist, die Privatisierungsaufgabe beschleunigen. Eine umfassende und zügige Privatisierung erleichtert die Aufgabe der neuen Bundesländer, mit adäquaten Rahmenbedingungen wettbewerbsfähig und gesamtwirtschaftlich effiziente Strukturen in der Wirtschaft zu fördern, die es ihr ermöglichen, dauerhaft in der nationalen und weltweiten Arbeitsteilung zu bestehen. Daneben kommt es darauf an, den sanierungsfähigen Unternehmen, die jetzt noch nicht privatisiert werden können, rasch eine kompetente Unternehmensführung zu geben und die notwendigen Strukturanpassungs- und Sanierungsmaßnahmen unverzüglich einzuleiten. Attentismus in den Unternehmen der neuen Bundesländer muß vermieden werden.

Bei Konzentration sozialer Probleme in bestimmten Regionen wird es darauf ankommen, daß die Landesregierungen frühzeitig die Initiative zur Bündelung adäquater Maßnahmen ergreifen, um im Zusammenwirken aller Beteiligten eine wirksame wirtschaftliche und soziale Flankierung zu erreichen.

28. Bei der Privatisierung soll die Treuhandanstalt insbesondere der zügigen Veräußerung Vorrang vor der Sanierung geben. Die Privatisierung soll mit möglichst breiter, auch internationaler Beteiligung im Wettbewerb erfolgen, flankiert durch ein transparentes, auf die Bedürfnisse der Treuhandanstalt zugeschnittenes Auslobungsverfahren. Dabei ist auch eine Veräußerung an das Management und/oder die Belegschaft möglich. Mittelfristig kommt auch eine Börseneinführung von Beteiligungsunternehmen der Treuhandanstalt in Betracht.

29. Die Bundesregierung stimmt mit dem Sachverständigenrat (Ziffer 506 JG) darin überein, daß Privatisierung zugleich der beste Weg zur erfolgreichen Sanierung ist. Soweit eine sofortige Privatisierung nicht möglich ist, führt die Treuhandanstalt auf der

Grundlage tragfähiger Umstrukturierungskonzepte Sanierungsmaßnahmen durch (insbesondere Bürgschaften, Sanierungskredite, Übernahme von Altschulden nach Einzelfallprüfung, Gewährung von Ausgleichsforderungen in Verbindung mit der Feststellung der DM-Eröffnungsbilanzen). Mit derartigen Maßnahmen werden die Voraussetzungen für eine möglichst baldige Privatisierung verbessert. Die Treuhandanstalt soll im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags (§ 2 Abs. 6 Treuhandgesetz) bei der zeitlichen Gestaltung ihrer Maßnahmen regional-, industrie- und handelspolitische Absichten und Entscheidungen staatlicher Instanzen berücksichtigen.

30. Um Unternehmenssanierungen durch Betriebsübergänge auf private Investoren zu erleichtern, soll § 613a BGB, demzufolge der neue Inhaber in die bestehenden Arbeitsverhältnisse eintreten muß und Kündigungen wegen der Veräußerung unwirksam sind, bis Ende 1992 für das Gebiet der früheren DDR ausgesetzt werden. Hierzu werden die Gespräche mit der Kommission geführt, um eine Änderung der entsprechenden EG-Richtlinie zu erreichen.

Fadenriß im Osthandel verhindern

31. Im Zusammenhang mit den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa ergeben sich auch für den Handel der ehemaligen DDR mit den Ländern des früheren RGW-Raums tiefgreifende Änderungen. Der Handel mit diesen Ländern wird sich in Zukunft auf einer neuen marktwirtschaftlichen Grundlage und in konvertibler Währung vollziehen. Um einen Anschluß an den Handel mit diesen Ländern unter neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen sicherzustellen, hat die Bundesregierung u. a. Sonderkonditionen beim Hermes-Kreditgarantie- und Bürgschaftsinstrumentarium bereitgestellt. Die sowjetische Seite hat daraufhin bereits Aufträge an Unternehmen in den neuen Bundesländern im Werte von rd. 9 Mrd. DM in Aussicht gestellt. Auch strebt die Bundesregierung an, daß der wesentliche Teil der Aufträge des Wohnungsbauprogramms für die aus Deutschland in die UdSSR zurückkehrenden sowjetischen Streitkräfte in Höhe von insgesamt 7,8 Mrd. DM an Unternehmen in den neuen Bundesländern vergeben wird.

Den Dialog über den Aufbau in den neuen Ländern vertiefen

32. Die öffentliche Hand, die Wirtschaft und die Tarifparteien tragen gemeinsam Verantwortung für eine schnelle Verbesserung der Lebensverhältnisse und vor allem der Beschäftigungslage in den neuen Bundesländern. Hier ist im hohen Maße praktische Solidarität gefordert, um den Menschen in den neuen Ländern eine ermutigende Zukunftsperspektive zu geben. Deshalb wird die Bundesregierung im Rahmen der Gesamtstrategie für den Aufschwung in den neuen Bundesländern mit den Gewerkschaften und Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft den Dialog über die notwendigen Voraussetzungen für

Wichtige wirtschaftliche Fördermaßnahmen in den neuen Bundesländern

- Investitionszulage zu Anschaffung und Herstellung von beweglichen Wirtschaftsgütern in den neuen Bundesländern, die mit den Sonderabschreibungen kumuliert werden kann; Zulage vom 1. 7. 1990 bis 31. 12. 1991: 12 %, vom 1. 1. 1992 bis 31. 12. 1992: 8 %.
- Einbeziehung der neuen Bundesländer in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“; Höchstsatz für private Investoren: 23 % (mögliche Überschreitung um max. 10 %-Punkte); Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur: Zuschüsse bis zu 90 % der Kosten
 - Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe insgesamt jährlich 3 Mrd. DM Haushaltsmittel (50 % Bund, 50 % Länder) für Neue Bundesländer
 - Zusätzlich Hilfen aus europäischem Strukturfonds 1991–1993, insgesamt 3 Mrd. ECU bzw. 6 Mrd. DM
- Zuschüsse für Regionen in den neuen Bundesländern für Beratung durch qualifizierte in- oder ausländische Unternehmen beim Aufbau wirtschaftsnaher Infrastrukturen und bei der Erstellung von regionalen Entwicklungskonzepten; Haushaltsmittel 1991 40 Mio. DM
- Förderung wirtschaftsnaher Infrastrukturvorhaben im Grenzgebiet der neuen Bundesländer, Haushaltsmittel 1990/91: 400 Mio. DM
- Zinsbegünstigtes Kreditprogramm zur Förderung kommunaler (wirtschaftsnaher Infrastruktur-) Investitionen in den neuen Bundesländern, Programmvolumen 15 Mrd. DM, 1990–1993
- Zinsbegünstigtes Wohnungsmodernisierungs- und Instandsetzungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Programmvolumen 10 Mrd. DM bis 1993
- Zinsbegünstigte ERP-Kredite für Existenzgründungen und Investitionen in den neuen Bundesländern, Kreditvolumen 6 Mrd. DM 1991
- Eigenkapitalhilfeprogramm zur Förderung selbständiger Existenzen in den neuen Bundesländern, Haushaltsmittel für Zinszuschüsse 167 Mio. DM 1991 sowie 1,5 Mrd. DM für zukünftige Haushaltsjahre
- Maßnahmen zur Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes und der Freien Berufe, insbesondere Förderung der Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie von Existenzgründern; Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften; Förderung überbetrieblicher Fort- und Weiterbildungseinrichtungen sowie von Technologietransferstellen; Haushaltsmittel insgesamt rd. 280 Mio. DM 1991
- Maßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen zur Stützung von Forschungs- und Entwicklungs-Potentialen; zur Förderung des Zuwachses an Forschungs- und Entwicklungspersonal, zur Förderung von jungen Technologieunternehmen, zur Förderung der Auftragsforschung und -entwicklung; zur Förderung des Technologietransfers und zur Förderung der sog. Aufholforschung im Rahmen der industriellen Gemeinschaftsforschung; Haushaltsmittel rd. 214 Mio. DM 1991
- Zinsgünstige Investitionskredite für den Mittelstand von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Deutschen Ausgleichsbank und der Berliner Industriebank
- Umschulungs-, Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit; Ausdehnung der Sonderregelungen bei Kurzarbeit und Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen
- Ansparförderung zur Bildung von Eigenmitteln (Existenzförderung): 20 v. H. der Sparleistungen, max. 10.000 DM, wird unter Einbeziehung der Freien Berufe fortgesetzt
- Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau an (noch) staatlichen Unternehmen, Volumen für 1990 und Folgejahre bis zu 10 Mrd. DM (ermöglicht durch weitere Kapitaleinzahlung bei der KfW in Höhe von 300 Mio. DM in 1991 und Folgejahren)
- Kreditermächtigungsrahmen (25 Mrd. DM) und Bürgschaftsermächtigungsrahmen der Treuhandanstalt zur Flankierung der Umstrukturierung und Privatisierung
- Kreditgarantiegemeinschaften (Bürgschaftsbanken) in neuen Bundesländern, Besicherung von Krediten bis etwa 1 Mio. DM für kleinen gewerblichen Mittelstand und Freie Berufe
- Ausfallbürgschaften der Berliner Industriebank (Kreditbesicherung für mittelständische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft) in den neuen Bundesländern zwischen 1 Mio. DM und 20 Mio. DM, 80 % Abdeckung des Ausfalls
- Bundesbürgschaften für Kredite ab etwa 20 Mio. DM (Bürgschaftsrahmen 30 Mrd. DM) für Projekte, an deren Durchführung ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse besteht von Unternehmen, die nicht oder nicht mehr zum Bereich der Treuhandanstalt gehören
- Darlehen und Bürgschaften durch die Europäische Investitionsbank: Finanzierung von Investitionsvorhaben in wirtschaftlich schwächeren Regionen der Gemeinschaft
- Außenwirtschaftsförderung im Rahmen von Exportkreditversicherungen (Hermes-Deckungen) und Auslandsmessepolitik
- Aufbau moderner Post/Telekommunikationsinfrastruktur Investitionen ca. 60 Mrd. DM bis 1997
- Mittel des Bundes im Entwurf des Haushaltsplans für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen 1991 in Höhe von mindestens 7 Mrd. DM
- Bundeszuschüsse an die Gemeinden in den neuen Ländern für die Gewinnung von Fachkräften aus den alten Ländern; Haushaltsmittel 100 Mio. DM 1991
- Bundeszuschüsse an die neuen Länder für die Entsendung von Richtern, Staatsanwälten und Rechtspflegern aus den alten Ländern; Haushaltsmittel 120 Mio. DM für 1991 bis 1993
- Hilfen für Umstrukturierungsberatungen von ehemaligen Kombinat
- Zahlreiche Sofortmaßnahmen im Umweltschutz werden 1991 fortgesetzt.
- Einbeziehung der neuen Bundesländer in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Regierungsentwurf 1991 sieht für neue Bundesländer 500 Mio. DM Haushaltsmittel und über 700 Mio. DM Verpflichtungsermächtigungen vor, mit Komplementärmitteln der Länder stünden bei Verabschiedung des Haushaltes 2 Mrd. DM zur Verfügung.
- Strukturmaßnahmen im Agrarbereich im einzelnen:
 - Für Förderung der Wiedereinrichtung bäuerlicher Familienbetriebe stehen Starthilfen (bis 23 500 DM), Zinsverbilligung (5 % für Kapitalmarktdarlehen bis 300 000 DM) und öffentliche Darlehen zur Verfügung.
 - Förderung der Umstrukturierung von landwirtschaftlichen Unternehmen in der Form juristischer Personen (Zinsverbilligung von 5 % für Kapitalmarktdarlehen bis zu 2,25 Mio. DM je Unternehmen)
 - Außerdem Förderung von Energieeinsparung und Energieträgerumstellung, Marktstrukturverbesserung, Flurbereinigung, Dorferneuerung, wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen, Anpassungshilfe für ältere Arbeitnehmer u. a. m.

Wichtige wirtschaftliche Fördermaßnahmen in den neuen Bundesländern

- Zur Kapazitätsanpassung Förderung von Flächenstilllegung (Haushaltsmittel von 312 Mio. DM für rd. 600 000 ha 1990/91) und Extensivierung
- Zur Flankierung des Anpassungsprozesses im Agrarbereich wurden im 2. Halbjahr 1990 Anpassungs- und Überbrückungshilfen in Höhe von rd. 3 Mrd. DM direkt

an die Landwirte gezahlt. Für 1991 sind weitere Anpassungshilfen in Höhe von insgesamt 1,2 Mrd. DM (einschl. standortgebundener Zuschläge) vorgesehen. Die Auszahlung soll teilweise noch im Frühjahr erfolgen.

einen Aufschwung im Osten der Bundesrepublik weiterführen. Durch einen engen Gedankenaustausch mit den Tarifvertragsparteien und der Wirtschaft soll ein Konsens über alle Fragen ermöglicht werden, die für die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung sowie die arbeitsmarktpolitische Flankierung des Anpassungsprozesses entscheidend sind. Die Bundesregierung wird hierbei ihre wirtschaftspolitischen Absichten für die Umstrukturierung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern – insbesondere auch die Maßnahmen zur Qualifizierung, Umschulung und Wiedereingliederung freigesetzter Arbeitnehmer – einbringen.

II. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der Bewährung

33. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind wichtige Elemente der Sozialen Marktwirtschaft. Im Vordergrund muß dabei die Verbesserung der Beschäftigungsentwicklung und die Flankierung des Umstellungsprozesses in den neuen Bundesländern stehen. Dies betrifft auch die Landwirtschaft, in der – anders als in den alten Bundesländern – überwiegend Arbeitnehmer beschäftigt sind. Für die arbeitsmarktpolitisch geht es darum, mit dazu beizutragen, den Strukturwandel zu fördern, die Qualifizierung sowie die Wiedereingliederung freigesetzter Arbeitnehmer zu ermöglichen und das Potential von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auszuschöpfen.

Tarifpolitik in der Verantwortung

34. Für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern tragen alle wirtschaftspolitisch Handelnden, insbesondere aber die Tarifpartner eine hohe Mitverantwortung. Obgleich eine schrittweise Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen an die der alten Bundesländer notwendig und erwünscht ist, darf andererseits nicht übersehen werden, daß Wachstum und Beschäftigung in den neuen Bundesländern in hohem Maße gefährdet wären, wenn die Lohnentwicklung zu schnell und zu pauschal voranschreiten würde. Hohe Lohnkosten würden gerade die Unternehmen zusätzlich im Wettbewerb belasten, die z. Zt. ohnehin einen schwierigen Strukturwandel durchmachen.

Dagegen ist eine stärkere Differenzierung der Einkommen vonnöten, die Qualifikation, Leistungsfähigkeit und -bereitschaft ausreichend Rechnung trägt. Auch ist jetzt nicht der Zeitpunkt, die Strukturanpassung in den neuen Bundesländern zusätzlich mit Arbeitszeitverkürzungen zu belasten.

Die Tarifparteien in den westlichen Bundesländern sind aufgerufen, bei ihren Tarifabschlüssen die besonderen Erfordernisse der gegenwärtigen Situation nicht aus den Augen zu verlieren und die Rückwirkungen auf die Einkommen in den neuen Ländern zu beachten.

Sie sollten deshalb jetzt auch Phantasie und Mut zu neuen Lösungen entwickeln, in denen durch eine stärkere Erfolgsbeteiligung und Vermögensbildung einerseits die Wettbewerbslage und die Liquidität der Unternehmen gewahrt bleibt, andererseits aber die relative Einkommensposition der Arbeitnehmer verbessert wird.

Qualifizierungschancen ausbauen

35. In der Sozialen Marktwirtschaft sind primär Arbeitgeber und Arbeitnehmer verantwortlich für die Anpassung der beruflichen Qualifikation an sich wandelnde Arbeitsbedingungen. In den neuen Bundesländern fehlt diese Erfahrung weithin noch. Die Bundesregierung stimmt mit dem Sachverständigenrat (Ziffer 512 JG) darin überein, daß es dort besonderer Anstrengungen der flankierenden staatlichen Arbeitsmarktpolitik bedarf. Bundesregierung und Arbeitsverwaltung geben in den neuen Bundesländern für qualifizierungsorientierte Aus- und Weiterbildung sowie Umschulung umfangreiche Hilfen:

- Für die Förderung der beruflichen Bildung, insbesondere der Fortbildung und Umschulung, stellt die Bundesanstalt für Arbeit 1991 6,8 Mrd. DM zur Verfügung;
- für die berufliche Weiterbildung sowie für Weiterbildungseinrichtungen sind in den Jahren 1990 bis 1993 erhebliche Mittel durch Sonderprogramme des Bundes (440 Mio. DM) vorgesehen;
- um Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten zu errichten, auszubauen und zu erneuern, können Mittel der Regionalpolitik (vgl. Ziffer 69) eingesetzt werden;

- für Beratungs-, Schulungs-, Bau- und Ausstattungsmaßnahmen zur Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen, zur Stärkung der Bereitschaft zur Existenzgründung sowie zur Förderung der beruflichen Qualifizierung ist bis 1995 ein Betrag von 1 Mrd. DM vorgesehen.

Angesichts des großen Qualifizierungsbedarfs kommt es entscheidend darauf an, daß vorhandene Ausbildungs- und Weiterbildungskapazitäten wegen der Umstrukturierung von Unternehmen nicht verloren gehen, ihre sachliche und personelle Ausstattung modernen Erfordernissen angepaßt wird und wo immer möglich und notwendig entsprechende Trägerschaften gegründet werden.

Differenzierte Strategie für Arbeitsmärkte in den neuen und alten Bundesländern erforderlich

36. Die Bundesregierung hat mit Blick auf die großen Herausforderungen, die sich aus der Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern ergeben, den Aufbau einer Arbeitsverwaltung mit aller Kraft vorangetrieben, das Arbeitsförderungs-gesetz eingeführt, die Anlauffinanzierung der Arbeitsmarktpolitik bereitgestellt und das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium für eine Übergangszeit auf die Erfordernisse in den neuen Bundesländern zugeschnitten. Die ursprünglich bis Mitte des Jahres vorgesehene Befristung für das besondere arbeitsmarktpolitische Instrumentarium (Kurzarbeitergeldregelung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) wird verlängert. Dabei soll bei höherem Arbeitsausfall Kurzarbeit stärker mit Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen verzahnt werden. Um das Eigeninteresse an aktiver Qualifizierung zu stärken, wird die Bundesregierung die Kurzarbeitergeld-Leistungen bei Nichtteilnahme an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen begrenzen.

Angesichts der großen Beschäftigungsprobleme in den neuen Bundesländern werden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nachhaltig verstärkt. Im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit sind dafür 2,7 Mrd. DM vorgesehen. Damit können 130 000 Personen gefördert werden. Im Rahmen des Gemeinschaftswerks Aufschwung-Ost werden weitere erhebliche Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einschließlich Sachkosten bereitgestellt (vgl. Ziffer 14). Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen können erfolgreich besonders dann greifen und die größtmögliche Wirkung erzielen, wenn durch die Träger vor Ort die zur Verfügung stehenden Instrumente der Arbeitsmarktpolitik mit investiven öffentlichen Fördermitteln effizient verzahnt und potentielle Träger initiativ werden. Dabei ist darauf zu achten, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen möglichst zur Erneuerung der notwendigen Infrastruktur eingesetzt werden. Frauen sollen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen an Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beteiligt werden.

37. Größe und Gewicht der arbeitsmarktpolitischen Aufgabe in den neuen Bundesländern bewirken, daß zunächst die Beitragseinnahmen hinter den erforder-

lichen Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit zurückbleiben. Zur Finanzierung des Fehlbetrages der Bundesanstalt für Arbeit von über 20 Mrd. DM ist es daher ein Gebot der Solidarität, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 2½ %-Punkte ab 1. April 1991 anzuheben; ab 1. Januar 1992 wird dieser dann wieder um ½ %-Punkt gesenkt. Zugleich werden zum 1. April 1991 die Beiträge zur Rentenversicherung um einen Prozentpunkt gesenkt. Das entspricht in etwa einer jahresdurchschnittlichen Beitragsanhebung in der Sozialversicherung um 1 %-Punkt, die je zur Hälfte von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern zu tragen ist. Die Veränderung der Beitragssätze soll bei der nächsten Besoldungsrunde für Beamte entsprechend berücksichtigt werden.

38. In den alten Bundesländern geht es trotz der großen beschäftigungspolitischen Erfolge darum, strukturellen Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt, nämlich einerseits einem Facharbeitermangel und andererseits der weiterhin großen Zahl von Arbeitsplatzzuschenden, vor allem auch der Arbeitslosigkeit der Problemgruppen, entgegenzuwirken. Neben dem vielfältigen Instrumentarium des Arbeitsförderungs-gesetzes hat die Bundesregierung zur weiteren Bekämpfung der immer noch zu hohen Langzeitarbeitslosigkeit beschlossen, die Sonderprogramme für Langzeitarbeitslose, nämlich die Lohnkostenzuschüsse und die besondere Förderung von schwerstvermittelbaren Langzeitarbeitslosen über 1991 hinaus zu verlängern.

Um für möglichst viele eine neue Beschäftigungschance zu schaffen, sollte die Leistungsfähigkeit der Arbeitsvermittlung voll ausgeschöpft werden. Es soll daher geprüft werden, wie die Möglichkeiten des § 23 Arbeitsförderungs-gesetz bei der Beauftragung von Einrichtungen und Personen mit Arbeitsvermittlung effektiver gestaltet werden können. Darüber hinaus wird bis Ende 1992 über die Frage der Zulassung gewerbsmäßiger privater Arbeitsvermittlung entschieden werden.

39. Für die Erwerbstätigkeit der Frauen ist die Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von besonderer Bedeutung. Für die Wirtschaft gewinnen Frauen als qualifizierte Fach- und Führungskräfte zunehmend an Gewicht. Das Sonderprogramm für die Wiedereingliederung von Frauen, die zuvor wegen der Familie ihre Berufsausübung unterbrochen haben, wird fortgesetzt. Bei Leistungen nach dem Arbeitsförderungs-gesetz soll die häusliche Pflegearbeit der Erziehungstätigkeit gleichgesetzt werden.

40. Es ist stets darauf zu achten, daß die Mittel der sozialen Sicherung nicht mißbräuchlich in Anspruch genommen werden, zumal sie von den Mitbürgern erarbeitet werden müssen. Daher wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Vorschläge vorlegen soll, wie dem Mißbrauch bestehender Hilfen durch eine nicht ausreichend an Arbeit interessierte Minderheit entgegen-gewirkt werden kann. Sie soll auch Anregungen geben, wie durch eine weitere Verbesserung der Arbeitsmarktstatistik die Transparenz auf dem Arbeitsmarkt erhöht werden kann.

Soziale Sicherung in ganz Deutschland festigen

41. Gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland anzustreben, heißt auch, die Menschen in den neuen Bundesländern schrittweise an das hohe Maß an sozialer Sicherheit in den bisherigen Ländern heranzuführen. Mit diesem Ziel wird das Rentenreformgesetz 1992 auf das Gebiet der neuen Bundesländer zum 1. Januar 1992 übertragen und ab 1992 die dortige Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in den bestehenden Finanzverbund einbezogen. Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen in den neuen Bundesländern werden überprüft und in die Rentenversicherung überführt. Zudem ist das Fremdretenrecht an die veränderten Verhältnisse zwischen West und Ost anzupassen.

III. Ökonomie und Ökologie versöhnen

42. Die Öffnung der Grenzen und die Vereinigung Deutschlands haben ein ökologisches Desaster in der ehemaligen DDR offengelegt. Diese Hinterlassenschaft der sozialistischen Planwirtschaft führt deutlich vor Augen, daß die Soziale Marktwirtschaft besser als andere Wirtschaftsordnungen geeignet ist, einen wirksamen Schutz der natürlichen Umwelt zu sichern und mit hohem wirtschaftlichen Wohlstand zu verbinden. Die Bundesregierung hat ihrer festen Überzeugung, daß zwischen Ökonomie und Ökologie kein Gegensatz besteht, frühzeitig (vgl. JWB 1984, Ziffer 46 und JWB 1985, Ziffer 59 ff.) und wiederholt (vgl. zuletzt JWB 1990, Ziffer 47 ff.) Ausdruck verliehen. Sie stimmt voll der Feststellung des Sachverständigenrates zu, daß der Schutz der natürlichen Umwelt integraler Bestandteil des Wachstumsziels ist. „Angemessenes wirtschaftliches Wachstum ist nicht nur an der quantitativen Ausweitung der Einkommen, der Produktion und der wirtschaftlichen Leistungskraft zu messen; dazu gehört auch die qualitative Verbesserung der natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen“ (Ziffer 315 JG).

Ökonomisch handeln in ökologischer Verantwortung

43. Die Bundesregierung wird der ökologischen Orientierung in der Sozialen Marktwirtschaft größere Geltung verschaffen. Auf der Grundlage des Verursacherprinzips gilt es, die Umweltverantwortung aller Bürger zu stärken und das Eigeninteresse der Betroffenen ins Spiel zu bringen, um die Umweltvorsorge umfassend zu gewährleisten. Marktwirtschaftlicher Wettbewerb ist dabei nicht nur der wirksamste Anreiz, um die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren voranzutreiben. Die innovativen Kräfte des Wettbewerbs können auch für fortschrittlichen Umweltschutz nutzbar gemacht werden.

44. Zur Durchsetzung der Umweltverträglichkeit in allen Phasen – von der Produktion über den Verbrauch bis hin zur Entsorgung – hat die Bundesregierung ein Konzept mit aufeinander abgestimmten Maßnahmen entwickelt. Alle Beteiligten müssen in

Zukunft mehr Mitverantwortung für die von ihnen hergestellten, in den Verkehr gebrachten oder genutzten Produkte über den gesamten Lebenszyklus hinweg übernehmen. Um den Umweltschutz in politischen und rechtlichen Abwägungsprozessen zu verstärken, will die Bundesregierung den Umweltschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankern. Dem Gesetzgeber soll die notwendige Ausgestaltung obliegen. Beim zu erarbeitenden energiepolitischen Gesamtkonzept (vgl. Ziffer 74 ff.) wird der Umweltschutz als integraler Bestandteil der Energiepolitik verstärkt. Die Umweltforschung muß dazu beitragen, die Folgen globaler und regionaler Umweltveränderungen besser zu verstehen und entsprechend handeln zu können.

Zur Erfassung und – soweit möglich – zur Bewertung der physischen Umweltbelastungen sowie der Kosten von Umweltschutzmaßnahmen hat das Statistische Bundesamt begonnen, ein umweltökonomisches Berichtssystem zu entwickeln. Erste Ergebnisse liegen bereits vor. Diese Arbeiten werden mit dem Ziel fortgeführt, baldmöglichst ein tragfähiges Gesamtkonzept vorzulegen.

Marktwirtschaftliche Instrumente verstärkt für den Umweltschutz einsetzen

45. Um die innovativen Kräfte des Wettbewerbs für fortschrittlichen Umweltschutz nutzbar zu machen, wird der bereits eingeschlagene Weg, marktwirtschaftliche Instrumente einzusetzen, konsequent fortgesetzt und verstärkt. In diesem Sinne wird die Bundesregierung das umweltpolitische Instrumentarium – unter Einbeziehung aller ökologisch wirksamen und ökonomisch effizienten Instrumente – weiterentwickeln:

- Das nunmehr in Kraft getretene Umwelthaftungsgesetz verstärkt über die verhaltenssteuernde Wirkung der Haftungsvorschriften die Umweltvorsorge.
- Die Information des Bürgers über umweltschonende Produkte und Verhaltensweisen wird verbessert, insbesondere durch das deutsche „Umweltzeichen“. Die Bundesregierung beteiligt sich derzeit intensiv bei der Diskussion über die EG-weite Einführung einer derartigen Produktkennzeichnung.
- Die Bundesregierung beabsichtigt die Einführung einer Deponieabgabe auf Sonderabfälle, die Einführung einer noch im einzelnen auszugestaltenden CO₂-Abgabe und die Umwandlung der Kfz-Steuer in eine Schadstoffsteuer mit starker Spreizung und CO₂-Komponente.
- Die Umweltverträglichkeitsprüfung wird unter anderem im Rahmen der Novelle zur 9. Bundesimmissionsschutzverordnung umgesetzt.
- Die Bundesregierung prüft Kompensationsregelungen im Abwasserbereich und im Rahmen einer Politik zur CO₂-Minderung.

Die Abgabenlösungen sind darauf gerichtet, die Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen verursacherge-

recht zu verteuern. Auf diese Weise werden Signale für eine ressourcenschonende Produktion gesetzt.

Ihre Grenze finden ökonomische Instrumente insbesondere dort, wo absolute Schutzziele (z. B. Gesundheitsschutz) verwirklicht werden sollen. Die Bundesregierung wird daher das Ordnungsrecht angemessen fortentwickeln. Hierzu gehören beispielsweise:

- Kennzeichnungspflichten insbesondere für schadstoffhaltige Produkte,
- die europaweite Durchsetzung der international strengsten Abgas- und Lärmgrenzwerte für den LKW,
- die EG-weite Zulassung von Pflanzenschutzmitteln nur noch dann, wenn sie sich in angemessener Zeit im Boden abbauen,
- die Einführung des Rechts auf freien Zugang zu Informationen über die Umwelt durch die Umsetzung der entsprechenden EG-Richtlinie.

Die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes wird für das Zusammenspiel von Naturschutz und Landwirtschaft neue Orientierungen setzen. Dabei soll ein positiver Akzent auf die Erbringung ökologischer Leistungen mit besonderer Beachtung der Land- und Forstwirtschaft gesetzt werden, die entsprechend zu honorieren sind. Eine finanzielle Ausgleichsregelung als Rechtsanspruch der Land- und Forstwirtschaft bei Nutzungsbeschränkungen soll in das Gesetz aufgenommen und die Finanzierung durch die Bundesländer abgesichert werden.

46. Die Bundesregierung setzt auch in der Umweltpolitik verstärkt auf private Initiative. Der enorme Investitionsbedarf in den neuen Bundesländern insbesondere im Bereich der Umweltinfrastruktur (z. B. Abwasser, Abfall) bietet die Chance, organisatorisch wie finanztechnisch neue Wege zu beschreiten, die Modellcharakter auch für das alte Bundesgebiet annehmen können.

Die Bundesregierung begrüßt den Aufbau privatwirtschaftlich organisierter Sammel- und Verwertungssysteme im Bereich der Abfallentsorgung. Sie hat in der Verpackungsverordnung die Möglichkeit für privatwirtschaftliche Lösungen ausdrücklich vorgesehen. Erzeuger und Handel können selbst Verpackungen einsammeln und insbesondere stofflich verwerten. Dadurch werden ökonomische Anreize zu einer abfallvermeidenden Verpackungsgestaltung sowie zur Herstellung und zum Kauf wiederverwertungsfreundlicher Produkte gegeben.

Weichen für eine gesunde Umwelt in den neuen Bundesländern stellen

47. Die dramatische Umweltbelastung in der ehemaligen DDR hat ihre Ursache darin, daß Umweltschutzinteressen hinter dem Zwang zu kurzfristiger materieller Planerfüllung zurücktreten mußten. Notwendige Investitionen in moderne, ressourcenschonende Produktionsanlagen und Infrastrukturen unterblieben deshalb. Hinzu trat das Autarkiestreben in der Rohstoffpolitik. Da die Betriebe nur für die Erfüllung

des Plans in die Verantwortung genommen wurden, hebelten so zentrale Planvorgaben für die Unternehmen auch das Verursacherprinzip aus. Die Einführung des Verursacherprinzips ist daher eine der wichtigsten Weichenstellungen zu einer Gesundung der Umwelt. Der sich jetzt vollziehende Strukturwandel bietet außerdem die Chance zu einer grundlegenden Verbesserung der Umwelt. Die Bundesregierung ist sich mit dem Sachverständigenrat darin einig, daß es nunmehr darauf ankommt, durch den raschen Abbau von Investitionshemmnissen nicht nur einen wirtschaftlichen Aufschwung zu beschleunigen, sondern damit auch eine Verbesserung der Umweltqualität zu erzielen (Ziffer 581 JG). Die umfangreichen Altlasten im Gebiet der ehemaligen DDR machen dabei Prioritätssetzungen zwingend erforderlich. Die Bundesregierung ist entschlossen, eine nationale Solidaritätsaktion „ökologischer Aufbau“ ins Leben zu rufen, an der Wirtschaft, Bund und Länder kooperativ mitwirken, um diese bedrückende Erblast abzutragen.

Umweltschutz weltweit zur Geltung bringen

48. Die Bundesregierung bekennt sich zu ihrer Verpflichtung, sich für eine Umweltqualität einzusetzen, die auch nachfolgenden Generationen ein Leben in einer intakten Umwelt erlaubt. Es liegt mit in der Verantwortung der entwickelten Länder, daß die ökonomische Entwicklung in den ärmeren Ländern auch ökologisch verträglich verläuft. Nicht zuletzt durch die gewaltige Bevölkerungszunahme wachsen die globalen Umweltprobleme und die Übernutzung der Natur.

Die Bundesregierung wird im internationalen Bereich auf geeignete Maßnahmen hinwirken, vor allem auf den Abschluß einer Weltklimakonvention, auf deren Grundlage die Spurengas-, insbesondere die CO₂-Emissionen, begrenzt und die Voraussetzungen für die Erhaltung der tropischen Regenwälder verbessert werden.

IV. Wettbewerbsfähigkeit im vereinten Deutschland stärken

49. Der westdeutschen Wirtschaft bescheinigt der Sachverständigenrat (Ziffer 311 ff JG) zu Beginn der 90er Jahre eine sehr gute Verfassung. Er hebt besonders den steileren Wachstumspfad hervor, den sie aufgrund verbesserter Angebotsbedingungen eingeschlagen hat. Über die aktuelle Lage hinaus eröffnet der Sachverständigenrat (Ziffer 309 JG) für ganz Deutschland eine optimistische Perspektive: „Die Chancen, daß die deutsche Volkswirtschaft im ganzen in den neunziger Jahren einen vergleichsweise steilen Wachstumspfad einhalten kann, sind von den Marktgegebenheiten her günstig“. Die Bundesregierung stimmt mit dem Sachverständigenrat voll darin überein, daß dies „eine stabilitätsgerechte und wachstumsfreundliche Wirtschaftspolitik“ voraussetzt. Sie trägt dafür Sorge, daß die Bundesrepublik Deutschland für inländische und ausländische Investoren attraktiv bleibt. Bestehende Standortvorteile müssen bewahrt und Standortnachteile soweit wie

möglich abgebaut werden. Diese Aufgabe stellt sich um so dringlicher, als im Zeichen einer zunehmenden Globalisierung und Internationalisierung der Märkte der Standortwettbewerb härter wird.

Vorrang für strenge Ausgabendisziplin in der Haushaltspolitik

50. Die historische Aufgabe der Deutschen Einheit erfordert einen beträchtlichen Finanzaufwand, auf den die öffentliche Hand durch die solide Haushaltspolitik der vergangenen Jahre gut vorbereitet ist. Trotz fundamental geänderter Rahmendaten bleibt die Haushaltspolitik unverändert darauf gerichtet, im Rahmen einer mittelfristigen Strategie strikter Ausgabendisziplin die öffentlichen Haushaltsdefizite eng zu begrenzen. Allerdings ist die anstehende Konsolidierungsaufgabe nur dann befriedigend zu erfüllen, wenn das Wachstumspotential in der Bundesrepublik erweitert wird.

Um das Vertrauen in eine gesunde Finanzpolitik zu erhalten, den Kapitalmarkt zu entlasten und eine Einengung des künftigen finanzpolitischen Handlungsspielraumes zu vermeiden, ist eine rasche Rückführung vorübergehend höherer öffentlicher Defizite erforderlich. Wie in den am 14. November 1990 verabschiedeten Eckwerten zum Bundeshaushalt 1991 vorgesehen, hat die Bundesregierung mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 1991 durch Haushaltsentlastungen von 35 Mrd. DM eine Nettokreditaufnahme des Bundes 1991 von etwa 70 Mrd. DM vorgesehen. Der nach dem Eckwertebeschluß vorgesehene mittelfristige Ausgabenanstieg bis 1994 von durchschnittlich 2 v. H. wird deutlich unterschritten. Der neue Finanzplan sieht von 1991 bis 1994 einen durchschnittlichen jährlichen Ausgabenanstieg von 1,7 v. H. vor; er liegt damit weit unter dem erwarteten Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts. Gleichzeitig müssen auch die westlichen Bundesländer und Gemeinden alle Anstrengungen unternehmen, um durch entsprechende Ausgabendisziplin ihren Beitrag zur Defizitbegrenzung zu erbringen.

51. Um dem — auch vom Sachverständigenrat (Ziffer 326, 359 ff. JG) geforderten — Einsparungszwang zu genügen, werden nicht nur Ausgabenzuwächse beschnitten, sondern auch bestehende Ausgabenpositionen einschließlich Finanzhilfen auf Notwendigkeit und Höhe überprüft. Insbesondere werden Ausgaben im Verteidigungsbereich eingespart und Investitionsmittel in die neuen Bundesländer umgelenkt. Zum mittelfristigen Konsolidierungskonzept gehört außerdem der stufenweise Abbau der Berlin- und Zonenrandförderung bis Ende 1994.

Über das bislang vorgelegte mittelfristige Konsolidierungskonzept, das u. a. den weiteren Abbau von Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderregelungen mit einem Gesamtvolumen von mindestens 5 Mrd. DM und von Finanzhilfen ansteigend bis 1994 in Höhe von 1,5 Mrd. DM vorsieht, sind angesichts der neuen wirtschaftlichen und finanziellen Anforderungen an die öffentlichen Haushalte größere Anstrengungen unumgänglich. Dies ist schon deshalb notwendig, um öffentliche Defizite und Steuererhöhun-

gen zu begrenzen und damit verbundene mögliche negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, die daraus resultierenden Steuereinnahmen und die Geldwertstabilität zu vermeiden. Die Bundesregierung hat deshalb beschlossen, zusätzlich zu dem vereinbarten Abbau von Steuervergünstigungen und Finanzhilfen Einsparungen in Höhe von weiteren rd. 4 Mrd. DM zu erzielen. Dadurch soll sich ab 1992 ein Subventionsabbauvolumen von rd. 10 Mrd. DM ergeben. Die Bundesregierung begrüßt, daß Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft sie beim notwendigen Abbau der Subventionen unterstützen.

Um die Ernsthaftigkeit der Konsolidierungsziele zu unterstreichen, ist ein zweijähriges Moratorium vorgesehen, das neue staatliche Leistungen und Leistungsverbesserungen aus dem Bundeshaushalt ausschließt. Bereits grundsätzlich in Aussicht genommene Maßnahmen dürfen nur verwirklicht werden, wenn die dafür erforderlichen Haushaltsmittel verfügbar sind.

52. Durch die aktuellen Veränderungen der weltpolitischen Lage und die gewachsene Verantwortung Deutschlands in der Welt sind weitere Belastungen auf den Bundeshaushalt zugekommen, die den bisherigen Finanzrahmen übersteigen. Auch bei äußerster Sparsamkeit sind Einnahmeverbesserungen unumgänglich gewesen. Die Bundesregierung hat deshalb beschlossen, ab 1. Juli 1991 die Mineralölsteuer für bleihaltiges Benzin um 25 Pf./l, für bleifreies Benzin um 22 Pf./l, für Diesel um 10 Pf./l und für Heizöl um 2,34 Pf./l anzuheben. Mit der Europäischen Gemeinschaft soll gesprochen werden, ob eine stärkere Anhebung der Mineralölsteuer auf Diesel möglich ist. Zum Ausgleich einer etwaigen geringen Mineralölsteuererhöhung bei Diesel im Vergleich zu Benzin wird die Kfz-Steuer bei Diesel-Pkw entsprechend angehoben. Die Erdgassteuer wird verlängert und vom 1. Juli 1991 um 1 Pf./10 kWh angehoben. Im Hinblick auf die Belastungen, die für Pendler durch die Erhöhung der Mineralölsteuer entstehen, wird die Kilometer-Pauschale von 50 Pf. um 15 Pf. auf 65 Pf. angehoben. Die Versicherungssteuer wird vom 1. Juli 1991 von 7 % um 3 %-Punkte auf 10 % und die Tabaksteuer ab 1992 um 1 Pf. pro Zigarette angehoben. Außerdem wird ein Solidaritätszuschlag zur Lohn-/Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Artikel 106 Abs. 1 Nr. 6 Grundgesetz erhoben. Der Solidaritätszuschlag soll in Höhe von 7,5 % der Steuerschuld beim Lohnsteuerabzug und bei den Einkommensteuer- und Körperschaftsteuervorauszahlungen vom 1. Juli 1991 bis zum 30. Juni 1992 (auf das Jahr gerechnet bei der Veranlagung also 3,75 %) erhoben werden. Dem Solidaritätszuschlag werden alle Einkommen ohne Ausnahmen linear unterworfen. Insgesamt führen diese Maßnahmen zu Mehreinnahmen des Bundes im Jahre 1991 von rd. 17,7 Mrd. DM und im Jahre 1992 von rd. 28 Mrd. DM.

Steuerpolitischen Reformkurs fortsetzen

53. Die Steuerpolitik der nächsten Jahre muß die Bedingungen für betriebliche Investitionen und Arbeitsplätze weiter verbessern. Dies ist — so der Sachverständigenrat (Ziffer 380 JG) — zur Sicherung des

Wachstums auf mittlere Sicht, vor allem auch für eine rasche Belebung der Investitionen und der Beschäftigung in den neuen Bundesländern sowie zur Sicherung der Standortattraktivität Gesamtdeutschlands geboten.

54. Die Bundesregierung wird in dieser Legislaturperiode die Steuerreform fortführen. Dabei wird sie die Vorschläge der von der Bundesregierung eingesetzten unabhängigen Sachverständigenkommission zur Reform der Unternehmensbesteuerung berücksichtigen. Das Gesetzgebungsverfahren zur Fortführung der Steuerreform wird bis zum 31. Dezember 1992, also rechtzeitig vor Beginn des Europäischen Binnenmarktes, abgeschlossen sein. Die einzelnen Entlastungsmaßnahmen werden – ggf. in Stufen – zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch bis zum 1. Januar 1995 in Kraft treten.

55. Neben einer weiteren Verbesserung des Familienlastenausgleichs und einer weiteren steuerlichen Entlastung des Existenzminimums werden für die Unternehmen vorrangig die Gewerbekapital- und Vermögensteuer abgeschafft. Die Gewerbesteuerbemessungszahl wird für mittelständische Personunternehmen nach der Höhe des Gewerbeertrags gestaffelt. Zur Finanzierung der Entlastungen für die Unternehmen werden Abschreibungsvergünstigungen abgebaut.

Geldwertstabilität im vereinten Deutschland bewahren

56. Für die Sicherung der Geldwertstabilität kommt der Geldpolitik der Deutschen Bundesbank entscheidende Bedeutung zu. Die Deutsche Bundesbank hat mit dem für 1991 beschlossenen Geldmengenziel für den gesamten deutschen Währungsraum gezeigt, daß sie ihre stabilitätsorientierte Politik auch unter den neuen Bedingungen des vereinigten Deutschland fortführen wird. Die Geldmengenausweitung soll auf eine Bandbreite von 4 % bis 6 % begrenzt werden. Die Bundesregierung begrüßt dieses stabilitätspolitisch wichtige Signal. Dieses Geldmengenziel ermöglicht zugleich eine für eine hohe Wachstumsdynamik ausreichende Liquiditätsausstattung der Wirtschaft und trägt der Ankerfunktion der D-Mark im Europäischen Währungssystem Rechnung.

Wettbewerb, Privatisierung und Deregulierung intensivieren

57. Ein von Verzerrungen freier, leistungsfähiger Wettbewerb, Deregulierung, Privatisierung, Marktöffnung und die Rücknahme des Staates auf den Kern seiner Aufgaben sind wichtige Grundlagen der Wachstums- und Beschäftigungspolitik der Bundesregierung. Eine angemessene Investitions- und Wachstumsdynamik bleibt unverzichtbar, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Für einen leistungsfähigen Wettbewerb bleibt eine vielfältige und ausgewogene Unternehmensgrößenstruktur einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen sowie der Freien Berufe notwendig.

58. Die Bundesregierung betrachtet es als Hauptaufgabe der Wettbewerbspolitik in den nächsten Jahren, noch regulierte Märkte verstärkt zu öffnen. Insbesondere in den neuen Bundesländern müssen Hindernisse, die der Herausbildung dezentraler wettbewerblicher Entscheidungsstrukturen entgegenstehen, so rasch wie möglich beseitigt und insgesamt der Wettbewerb nach innen und außen gestärkt werden. Dies kommt in besonderem Maße den Verbrauchern zugute.

59. Mit der Verabschiedung des Gesamtkonzeptes für die Privatisierungs- und Beteiligungspolitik des Bundes vom 28. November 1990 wird die Privatisierung von Bundesvermögen und von Dienstleistungen, die von der öffentlichen Hand erbracht werden, fortgesetzt. Das wichtige Bundesinteresse wird deshalb bei allen Bundesbeteiligungen unter Anlegung kritischer Maßstäbe erneut überprüft (zu den Privatisierungsvorhaben vgl. Übersicht 4).

Eine konsequente Privatisierung von Dienstleistungen insbesondere auf kommunaler Ebene kann gerade in den neuen Bundesländern weitere Felder für unternehmerische Tätigkeit eröffnen.

60. Die Bundesregierung wird – auch im Hinblick auf die Vollendung des EG-Binnenmarktes – die Politik des Abbaus marktwidriger Regelungen zur Stärkung der Marktkräfte fortführen und die Deregulierung weiter voranbringen. Sie wird hierzu die Vorschläge der Deregulierungskommission, die im Frühjahr 1991 ihren Schlußbericht vorlegen wird, sorgfältig prüfen. Sie wird sich dabei auf die konkreten Vorschläge stützen, die eine Koalitionsarbeitsgruppe hierzu machen wird.

Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Deutschland verbessern

61. In diesem Jahr werden sich erstmals die Abschaffung der Börsenumsatzsteuer, die Beseitigung des Genehmigungserfordernisses für Schuldverschreibungen, die Erweiterung der Geschäftsmöglichkeiten der Realkreditinstitute und der Bausparkassen sowie die Erweiterung der Anlagemöglichkeiten für die Versicherungsunternehmen zugunsten des deutschen Finanzplatzes auswirken. Die Bundesregierung wird eine Novelle des Kreditwesengesetzes vorschlagen, die die Eigenmittelanforderungen für deutsche Kreditinstitute an internationale Maßstäbe anpaßt. Außerdem wird sie das Vertrauen in den deutschen Finanzplatz durch ein Gesetz zum Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten sowie durch eine Regelung zur Verhinderung von Insidergeschäften im Rahmen einer vorgesehenen Börsengesetznovelle verstärken. Eine Vergrößerung der Zahl der Aktiengesellschaften und damit eine Verbreiterung des Angebots an den Börsen wird durch aktienrechtliche Erleichterungen für kleinere Unternehmen gefördert werden; diese sollen zum 1. Januar 1993 in Kraft treten. Zugleich wird geprüft, wie die Übertragbarkeit von GmbH-Anteilen verbessert werden kann.

Privatisierungsvorhaben des Bundes

Das wichtige Bundesinteresse ist bei allen Bundesbeteiligungen unter Anlegung kritischer Maßstäbe erneut zu prüfen.

In das Privatisierungskonzept sind u. a. folgende Beteiligungen des Bundes und der Sondervermögen einzubeziehen:

- Deutsche Pfandbrief- und Hypothekenbank AG
- Industrieverwaltungsgesellschaft AG
- Flughafen Frankfurt/Main AG
- Rhein-Main-Donau AG
- Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen mbH
(die Vorbereitungen für die bereits grundsätzlich beschlossene Teilprivatisierung sind bis Ende 1992 abzuschließen)
- Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH
(Privatisierung bis spätestens Mitte 1992)
- Deutsche Lufthansa AG¹⁾
- Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank AG
(Teilprivatisierung bis auf 50,1 %)
- Schenker & Co GmbH
(Teilprivatisierung bis auf 25,1 %)
- Deutsche Eisenbahnreklame GmbH
- DSG Deutsche Service Gesellschaft der Bahn mbH
- Touristik Beteiligungen
(ggf. in einer Holding zusammengefaßt)

Bei folgenden Beteiligungen des Bundes und der Sondervermögen sind die Privatisierungsmöglichkeiten zu prüfen:

- DSL-Bank
- Treuarbeit AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
- alle anderen Flughafengesellschaften
- alle Hafengesellschaften
- sonstige Wasserbau- und Wasserbaufinanzierungsgesellschaften
- alle Wohnungsbaugesellschaften
- verschiedene Siedlungsgesellschaften beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)
- DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH
- Beteiligungs-Holding der Deutschen Bundesbahn
- Beteiligungen der Deutschen Reichsbahn

Es ist zu prüfen, wann und an welche Private die Beteiligung an der Berliner Industriebank AG veräußert werden kann.

¹⁾ Für die Veräußerung ist ein Konzept zu entwickeln, mit dem die versorgungsrechtlichen Probleme (VBL) befriedigend gelöst und gleichzeitig die Interessen des Haushalts gewahrt werden.

Die mittelständische Wirtschaft für zusammenwachsende Märkte in Deutschland und Europa stärken

62. Auch in der neuen Legislaturperiode besteht eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik darin, die gesamtwirtschaftlichen und mittelstandsspezifischen

Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß sich kleine und mittlere Unternehmen sowie die Freien Berufe im Wettbewerb voll entfalten können. Eine ausgewogene Mischung zwischen kleinen, mittleren und großen Unternehmen ist eine wichtige Voraussetzung für eine günstige Entwicklung der Wirtschaft auch in den neuen Bundesländern. Kleine und mittlere Unternehmen können dabei aufgrund ihrer besonderen Anpassungsflexibilität und ihrer Innovationsbereitschaft häufig eine Pionierrolle übernehmen. Die Bundesregierung teilt die Einschätzung des Rates (Ziffer 555 JG), daß mit dem Aufbau kleinerer und mittlerer Unternehmen, der Gründung selbständiger Existenzen im Handwerk, Handel und anderen privaten Diensten in wesentlichem Umfang neue Arbeitsplätze entstehen. Den angelaufenen Förderprogrammen bescheinigt der Rat (Ziffer 340 JG), daß sie dem Grundsatz nach darauf angelegt sind, den notwendigen Wandel in der Unternehmensstruktur einschließlich der Existenzgründungen voranzubringen.

Mit günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und dem bewährten Instrumentarium der Mittelstandsförderung gestaltet die Bundesregierung das wirtschaftliche Umfeld in den neuen Bundesländern so, daß die kleinen und mittleren Unternehmen möglichst rasch und in der ganzen Breite der Wirtschaft ihre Rolle wahrnehmen, neue Unternehmen und freiberufliche Existenzen entstehen können. Im Vordergrund stehen Existenzgründungsförderung, Förderung von Modernisierungsinvestitionen sowie von Unternehmensberatungen, Informations- und Schulungsmaßnahmen.

63. Um den marktwirtschaftlichen Umstrukturierungsprozeß zu fördern und bestehende monopolistische Strukturen in der ehemaligen DDR zu beseitigen, müssen mittelständische Unternehmen auch bei der Privatisierung zum Zuge kommen.

Beim Handel ist der Vielfalt seiner Formen Rechnung zu tragen. Ermöglicht werden sollte eine rasche Entfaltung neuer Handelsunternehmen in Innenstädten und Außenlagen. Dies setzt neben zügiger Klärung der Eigentumsverhältnisse die Anwendung der vereinfachten Bauleitplanungen und eine möglichst liberale Anwendung des Baurechts voraus. Vor allem die Kommunen müssen jetzt das Ihre für die rasche Entwicklung des Handels, z. B. durch ein angemessenes Angebot von Gewerberäumen und -flächen, tun. Dabei geht es nicht zuletzt auch um die baldige Revitalisierung der Innenstädte.

Um die Basis für die Handwerkswirtschaft in den neuen Bundesländern zu verbreitern, muß qualifizierten und erfahrenen Kräften, wie vor allem den Meistern der ehemaligen volkseigenen Industrie, die keine handwerkliche Meisterprüfung abgelegt haben, großzügig eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden. Die Liste der verwandten Handwerke wird erweitert.

Die Bundesregierung legt in diesem Zusammenhang großen Wert auf die Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft.

64. Die positive Resonanz der mittelständischen Wirtschaft auf das EURO-FITNESS-Programm belegt, daß die dort vorgesehenen Maßnahmen einen wir-

kungsvollen Beitrag zur Vorbereitung des Mittelstandes auf den EG-Binnenmarkt leisten. Darüber hinaus hat die Bundesregierung das EURO-FITNESS-Programm an die Bedürfnisse der neuen Bundesländer angepaßt.

Die Initiativen der Europäischen Gemeinschaft zugunsten des Mittelstandes, insbesondere das Netz der EG-Beratungsstellen (EURO-INFO-CENTREN) und das Beratungsnetz für Unternehmenskooperationen der Europäischen Gemeinschaft, werden auf die neuen Bundesländer ausgeweitet. Darüber hinaus beabsichtigt die Europäische Gemeinschaft, mittelständische Unternehmen aus dem westlichen und östlichen Teil Europas Ende des Jahres zusammenzuführen, um vorhandene Kooperationspotentiale auszu-schöpfen.

65. Auf der Grundlage des neuen Berichts über die Lage der Freien Berufe (BT-Drucksache 12/21) wird die Bundesregierung ihre Politik für Freie Berufe fortsetzen und weiterentwickeln. So sollen die Freien Berufe stärker in die Mittelstandsförderung einbezogen werden. Um im europäischen Binnenmarkt den unternehmerischen Handlungsspielraum der Freien Berufen zu verbessern, prüft die Bundesregierung gemeinsam mit den Organisationen wirtschaftsnaher Freier Berufe die Bedingungen einer neuen Partnerschaftsrechtsform, auch um das Zusammenwirken verschiedener Freier Berufe zu verbessern.

Mit Forschungs- und Technologiepolitik innovative Perspektiven eröffnen

66. Die derzeit überragende Aufgabe der Forschungs- und Technologiepolitik ist die Stärkung der Innovationskraft der Wirtschaft in den neuen Bundesländern. Die Umstrukturierung von im Beitrittsgebiet vorhandenen Potentialen in leistungsfähige Forschungs- und Entwicklungskapazitäten (FuE) soll zukunftsichere Arbeitsplätze in der Industrie schaffen. Die technologische Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in den neuen Bundesländern soll durch eine breit angelegte Aufholstrategie erreicht werden, mit der ihr Forschungsniveau an westliche Standards herangeführt werden soll. Dabei wird der Aufbau eines leistungsfähigen innovativen Mittelstandes eine wichtige Rolle spielen.

Bei der Aufholstrategie für die neuen Bundesländer kommt es darauf an, rechtzeitig Maßnahmen zur marktorientierten Strukturanpassung von FuE-Einrichtungen, zur Förderung der FuE-Tätigkeiten in Unternehmen, zur Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie zum Aufbau einer leistungsfähigen Forschungsinfrastruktur zu ergreifen. Die FuE-Förderung der Wirtschaft versteht sich dabei als Hilfe zur Selbsthilfe.

67. Im Rahmen der Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung bildet neben der Grundlagen- und Vorsorgeforschung sowie der Wahrung langfristiger Optionen die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen einen Schwerpunkt (vgl. zu den Maßnahmen zur Forschungs- und Technologiepolitik die Darstellungen im Faktenbericht 1990 zum

Bundesbericht Forschung). Dabei wird es immer wichtiger, den Wissens- und Technologietransfer zu beschleunigen und zu verbreitern sowie bestehende Kenntnisse besser zu verwerten. Insbesondere kommt es darauf an, die breitenwirksame Einführung von Schlüsseltechnologien in innovativen Unternehmen des Mittelstandes zu unterstützen.

68. Auf den europäischen Binnenmarkt können sich transnational operierende Unternehmen wie bislang eher regional aktive kleine und mittlere Unternehmen u. a. auch über FuE-Kooperation mit Unternehmen aus anderen EG-Ländern, der Teilnahme an den spezifischen Programmen der EG oder der EUREKA-Initiative vorbereiten.

Die Bundesregierung hat es sich auf der dritten Europäischen Mittelstandskonferenz im Oktober 1990 gemeinsam mit der EG-Kommission zur Aufgabe gemacht, auf dem Weg nach Europa vor allem auch die Chancen der kleinen und mittleren Unternehmen zu verbessern. Hierbei kann auf bereits eingeleiteten Maßnahmen der Information über die EG-Programme und der Erleichterung des Zugangs zu den Programmen aufgebaut werden. Die in Deutschland gut etablierte industrielle Gemeinschaftsforschung soll auch auf die EG ausgedehnt werden, um es vor allem kleinen und mittleren Unternehmen zu ermöglichen, in Europa mit gemeinsamen Forschungszielen zusammenzuarbeiten.

Durch regionale Wirtschaftsförderung den Strukturwandel flankieren und beschleunigen

69. Mit dem Einigungsvertrag wurde die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auf die neuen Länder und Berlin (Ost) übergeleitet. Hiermit wurden die Voraussetzungen für die Förderung von Investitionen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und der wirtschaftsnahen Infrastruktur geschaffen. Für eine Übergangszeit von fünf Jahren ist das gesamte Gebiet der bisherigen DDR Fördergebiet der regionalen Wirtschaftsförderung. Ein Förderhöchstsatz von 23 % sichert zusammen mit der Investitionszulage von 12 bzw. 8 % und den vorgesehenen Sonderabschreibungen einen Präferenzvorsprung für Investitionen in den neuen Ländern. Insgesamt ist für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auf dem Gebiet der bisherigen DDR in den nächsten fünf Jahren ein Betrag von jährlich 3 Mrd. DM vorgesehen, ergänzt durch einen Beitrag von jährlich rd. 1 Mrd. DM für 1991 bis 1993 aus dem EG-Regionalfonds. Die Bundesregierung stimmt mit dem Sachverständigenrat (Ziffer 341 JG) überein, daß die regionale Strukturpolitik in den neuen Ländern dem Wachstumsziel Priorität vor dem Ausgleichsziel einräumen muß.

Für Regionen, die in besonderem Maße von Arbeitsplatzverlusten betroffen sind, hat die Bundesregierung im Rahmen des Gemeinschaftswerks Aufschwung-Ost darüber hinaus ein Sonderprogramm beschlossen. Durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel in Höhe von jeweils 600 Mio. DM für 1991 und 1992 soll die Schaffung von wettbewerbsfähigen

Dauerarbeitsplätzen und einer leistungsfähigen wirtschaftsnahen Infrastruktur beschleunigt werden.

Gerade die Überleitung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ hat gezeigt, wie leistungsfähig kooperativer Föderalismus sein kann. Hier wurde ein bewährtes Instrumentarium mit festgelegten Rahmenregelungen übertragen. Die Umsetzung in den neuen Ländern wird auch dadurch erleichtert, daß die alten Bundesländer erfahrene Fachbeamte entsandten und der Bund frühzeitig eine große Zahl von Förderreferenten für die neuen Länder ausbildete. Je eher die neuen Länder in ihre Verantwortung hineinwachsen, desto früher können sich Bund und alte Bundesländer aus den Fragen der Durchführung zurückziehen und diese entsprechend der grundgesetzlich festgelegten Aufgabenteilung den neuen Ländern überlassen.

70. Ein regionalwirtschaftlich konsistentes Gesamtkonzept für Deutschland erfordert auch ein Überdenken der Prioritäten in den westdeutschen Bundesländern, worauf der Sachverständigenrat zu Recht hinweist (Ziffer 344 JG). Hierzu gehört zum einen der Abbau der Berlin- und Zonenrandförderung. Für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ bedeutet dies, daß die strukturstarken ehemaligen Zonenrandregionen aus dem Fördergebiet ausscheiden. Gleichzeitig werden die Förderpräferenzen, die im ehemaligen Zonenrandgebiet bisher bis zu 23 % betragen konnten, auf bis zu 18 % abgesenkt. Die Haushaltsmittel, die für die Gemeinschaftsaufgabe in den westdeutschen Ländern zur Verfügung stehen, werden ab 1992 schrittweise gekürzt. Damit wird dem Investor in den neuen Ländern ein zusätzlicher Förderpräferenzvorsprung gewährt. Im Rahmen der Neuabgrenzung des Fördergebietes, bei der alle westdeutschen Regionen nach denselben Kriterien der Förderbedürftigkeit beurteilt werden, wird das Fördergebiet insgesamt um über ein Fünftel reduziert. Im Rahmen der Arbeiten an einem regionalpolitischen Gesamtkonzept wird auch geprüft, ob kleine und mittlere Unternehmen ausreichend berücksichtigt sind.

71. Ein weiterer Schwerpunkt für die Regionalpolitik zeichnet sich mit der Entwicklung und Umsetzung eines Konzepts zur Flankierung des Anpassungsprozesses bei Freisetzungen von Arbeitskräften infolge des Truppenabbaus ab. In diesem Konzept müssen die Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vor allem mit den Aktivitäten in den Bereichen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, aber auch mit einer Reihe anderer Maßnahmen koordiniert werden.

In der Wohnungspolitik marktgerecht Akzente setzen

72. Viele Wohnungsmärkte im Gebiet der alten Bundesländer stehen auch in diesem Jahr im Zeichen deutlichen Nachfragedrucks. Das Angebot konnte damit noch nicht Schritt halten, doch zeigt die Entwicklung bei den Baugenehmigungen, daß Entlastung in Sicht ist.

Für die weitere Entwicklung ist wichtig, daß die Länder und Gemeinden ihren Beitrag zur Ausweitung des Wohnungsbaus leisten und verstärkt Bauland ausweisen sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Der Bund wird die durch den Truppenabbau frei werdenden Grundstücke vor allem für den sozialen und studentischen Wohnungsbau preisgünstig zur Verfügung stellen.

Angesichts der gewachsenen Risiken bei Zinsen, Bau- und Baulandpreisen gilt es, vor allem die Bedingungen für die Bildung von Wohneigentum zu verbessern. Deshalb wird rückwirkend ab Anfang 1991 die steuerliche Förderung des Wohneigentums nach § 10e Einkommensteuergesetz verbessert und das Baukindergeld erhöht.

Die Bundesregierung wird ihre marktwirtschaftliche Wohnungspolitik mit wirksamer sozialer Flankierung fortsetzen. Dazu zählt die Fortführung des sozialen Wohnungsbaus, die Absicherung durch Wohngeld und ein verbessertes soziales Mietrecht ebenso wie die Ausweitung des Instruments der Fehlbelegungsabgabe.

73. Von besonderer Bedeutung sind die Aufgaben bei der Umgestaltung der wohnungspolitischen Rahmenbedingungen für die neuen Bundesländer. Der Rat erkennt die mit dem Einigungsvertrag verbundenen Weichenstellungen zugunsten von Neubau- und Modernisierungsinvestitionen an, mahnt jedoch auch zu einer zügigen Aufhebung der Preisbindung für die Bestandsmieten (Ziffer 576f. JG). Die Bundesregierung schafft dafür die Voraussetzungen, daß die Betriebskosten umgelegt und die Mieten um durchschnittlich 1 DM je qm angehoben werden können. Außerdem sollen besondere Anreize zur Instandsetzung der vielfach schlecht erhaltenen Mietwohnungsbestände dadurch gegeben werden, daß deren Kosten in bestimmtem Umfang wie Modernisierungskosten auf die Miete umgelegt werden können. Durch entsprechende Verbesserungen beim Wohngeld wird gewährleistet, daß diese Maßnahmen auch für einkommensschwächere Haushalte sozial vertretbar bleiben.

In den neuen Bundesländern müssen zusätzliche Schwerpunkte bei der Wohnungs- und Städtebauförderung gesetzt werden. Dazu zählt die Öffnung und Aufstockung der Programme, die Gewährung spezieller städtebaulicher Planungshilfen sowie eine zusätzliche Wohneigentumsförderung in Form besonderer Lastenzuschüsse. Zur Eigentumsbildung soll auch die Privatisierung und Veräußerung der früheren volkseigenen Wohnungen vorrangig an die Mieter beitragen.

In diesem Zusammenhang steht das Bemühen der Bundesregierung, entsprechend dem ersten Staatsvertrag eine sichere Rechtsgrundlage für die Einführung marktgerechter Zinsen bei den Wohnungsbaukrediten in den neuen Bundesländern zu schaffen. Die Bundesregierung wird vorübergehend für Eigenheimbesitzer und private Vermieter Ausgleichsmaßnahmen für die durch die Zinsanpassung entstandenen Härten vorsehen.

Für die Energiepolitik ein Gesamtkonzept schaffen

74. Die Energiepolitik steht vor der Aufgabe, mit der Integration der neuen Bundesländer ein energiepolitisches Gesamtkonzept für die neunziger Jahre vorzulegen, das die notwendigen wirtschafts- und energiepolitischen Rahmendaten neu setzt. Dabei müssen gleichzeitig die Ziele des Europäischen Binnenmarktes berücksichtigt werden. Die Bundesregierung strebt hierbei einen energiepolitischen Konsens zwischen Bund und Ländern sowie den Parteien des Deutschen Bundestages an.

Einen wichtigen Eckpunkt für das energiepolitische Gesamtkonzept wird eine Strategie zur Verminderung der energiebedingten CO₂-Emissionen darstellen, die dem Schutz der Erdatmosphäre dient. Die Bundesregierung verfolgt dabei das Ziel, bis zum Jahr 2005 eine Verringerung der CO₂-Emission um 25–30 % zu erreichen. Sie wird hierbei marktwirtschaftlichen Instrumenten Priorität einräumen. Entsprechend dem Kabinettsbeschluss vom 7. November 1990 wird die Bundesregierung ein Konzept vorlegen, für das die Ressorts Vorschläge für Maßnahmen insbesondere zur verstärkten Energieeinsparung und rationalen Energieverwendung sowie zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien ausarbeiten. Die im einzelnen noch festzulegende CO₂-Abgabe muß so bald wie möglich in eine europäische Konzeption für eine Klimaschutzsteuer/-abgabe eingebunden werden. Da allein mit einer nationalen CO₂-Reduktion keine ausreichende Wirkung zur Verminderung der globalen Klimagefährdung erreicht werden kann, wird die Bundesregierung intensiv an den inzwischen begonnenen Verhandlungen zum Abschluß einer weltweiten Klimaschutzkonvention mitwirken.

75. Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Sachverständigenrates (Ziffer 569 JG), daß in den neuen Bundesländern die rasche Einführung knappheitsgerechter Energiepreise von entscheidender Wichtigkeit für die Herausbildung einer neuen Struktur der Energiewirtschaft ist. Bereits zum 1. Juli 1990 ist die Freigabe aller Energiepreise außer der für private Haushalte erfolgt. Zum 1. Januar 1991 wurden die Energiepreise für Nicht-Heizzwecke für Tarifkunden (Haushalte, Gewerbe, Landwirtschaft) freigegeben bzw. nach Bundestarifordnung Elektrizität genehmigt. Die Preise für Heizenergien für private Haushalte sind bis Ende April 1991 festgesetzt. Die damit einhergehenden Preisstützungen sind aus den

Haushalten der neuen Bundesländer zu bestreiten. Dies gilt auch für den Fall, daß nach Preisfreigabe ab 1. Mai 1991 weitere Hilfen unter sozialen Gesichtspunkten für erforderlich gehalten werden.

Im Zusammenhang mit der notwendigen Sanierung der Energiewirtschaft in den neuen Bundesländern mißt die Bundesregierung der Privatisierung in den Bereichen Strom-, Gas- und Mineralölwirtschaft große Bedeutung bei.

76. Steinkohle und Braunkohle müssen auch in Zukunft im vereinigten Deutschland wesentlich zur Sicherheit der Energieversorgung beitragen. Die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission („Mikat-Kommission“) hat ihren Bericht zur Entwicklung einer konsensfähigen Anschlußregelung nach 1995 für die Verstromung deutscher Kohle vorgelegt. Der Bundesminister für Wirtschaft hat daraufhin bei den Unternehmen des Steinkohlenbergbaus Optimierungskonzepte zur Anpassung der Förderkapazität angefordert. Nach ihrer Erstellung wird die Bundesregierung schnell mit der EG-Kommission Klarheit über die Anschlußregelung für den Jahrhundertvertrag mit neuem Mengenrahmen ab 1996 schaffen. Die Verhandlungen mit der EG-Kommission über die Steinkohleverstromung bis 1995 wird sie auf der Basis von 40,9 Mio. Tonnen pro Jahr führen.

Der Einsatz heimischer Steinkohle in der Verstromung ist wirtschaftlich und ökologisch mit der weiteren Nutzung der Kernenergie verknüpft. Auf den Einsatz von Kernenergie kann insbesondere angesichts des befürchteten Treibhauseffektes auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden. Für den Einsatz der Kernenergie gilt dabei, daß Sicherheit Vorrang vor Wirtschaftlichkeit hat. Am hohen Sicherheitsniveau kann und wird es auch bei den Kernkraftwerksprojekten in den neuen Bundesländern keine Abstriche geben.

77. Wichtige Vorhaben im Bereich des Energierechts sind die Novellierung des Konzessionsabgabenrechts und des Energiewirtschaftsgesetzes. Ziel der Umgestaltung des Konzessionsabgabenrechts ist die Gleichbehandlung der Kommunen einschließlich der in den neuen Bundesländern bei gleichzeitiger Begrenzung des Volumens der Abgabe. Bei der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes sollen Umweltschutz und Ressourcenschonung gleichrangig in den Zielkatalog des Gesetzes aufgenommen und Möglichkeiten zur Deregulierung genutzt werden.

C. Europäische und weltwirtschaftliche Aufgaben

78. Die Bundesrepublik Deutschland tritt mit Nachdruck für die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, die parallele Verwirklichung der Politischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion in Europa, die Herstellung des europäischen Wirtschaftsraumes mit den Staaten der Europäischen Freihandelszone (EFTA) sowie für offene Weltmärkte ein. Sie wird daher ihre Politik der vertrauensvollen internationalen Zusammenarbeit in allen wichtigen Wirtschafts-, Handels- und Währungsfragen mit dem Ziel fortsetzen, in einem offenen und multilateralen Welt handels- und Weltwährungssystem dauerhaft stabile Wirtschaftsbeziehungen bei inflationsfreiem Wachstum zu bewahren.

I. Arbeiten zum EG-Binnenmarkt vollenden

79. Die Arbeiten zum Europäischen Binnenmarkt sind zügig vorangekommen. Die EG-Kommission hat die notwendigen Vorschläge vorgelegt. Der Ministerrat hat bei über 70 % von ihnen bereits Einigung erzielt. Für die Bundesregierung ist es wichtig, daß die noch ausstehenden Maßnahmen rechtzeitig beschlossen und die bereits verabschiedeten Maßnahmen in nationales Recht umgesetzt werden.

80. Für den Erfolg des Binnenmarktprogramms ist vor allem unabdingbar, daß die indirekten Steuern angeglichen, im Verkehrswesen die spezifischen Abgaben weiter harmonisiert und die Liberalisierung fortgesetzt, die Grenzkontrollen an den innergemeinschaftlichen Grenzen beseitigt sowie ein einheitlicher Markt für Dienstleistungen voll verwirklicht werden, damit die hemmenden Grenzen in Europa wirklich verschwinden.

Eine Wegbereiterrolle kommt dem Schengener Übereinkommen zu. Danach sollen bis Ende 1991 die Voraussetzungen für den Wegfall der Personenkontrollen und die Erleichterung der Warenkontrollen an den gemeinsamen Grenzen zwischen den Benelux-Ländern, Frankreich und Deutschland geschaffen werden. Italien hat Ende 1990 seinen Beitritt erklärt. Alle anderen EG-Mitgliedstaaten können dem Übereinkommen ebenfalls beitreten.

Die Harmonisierung der Abgabenbelastung im Straßengüterverkehr bleibt eine wichtige Aufgabe, für die eine gemeinschaftliche Lösung gefunden werden muß. Die von der EG-Kommission inzwischen vorgelegten Vorschläge sind hierfür ein geeigneter Ansatz.

Zum 1. Januar 1993 entfallen die Grenzkontrollen im Binnenmarkt. Es soll für die Umsatzsteuern ein vorübergehendes Kontrollsystem beschlossen werden, das die Besteuerung im Land des Endverbrauchers weiterhin ermöglicht.

81. Zu Recht weist der Sachverständigenrat darauf hin, daß die wirtschaftliche Dynamik des Binnenmarktes vor allem durch eine Intensivierung des Wettbewerbs verstärkt werden muß (Ziffer 467 JG). Dazu gehören auch nach außen offene Märkte für Waren, Dienstleistungen und Kapital. Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, daß die Europäische Gemeinschaft eine liberale Handelspolitik betreibt. Die Vollendung des Binnenmarktes und eine offene EG-Handelspolitik sowohl gegenüber den Industrieländern als auch den Entwicklungsländern gehören zusammen. Bei der Angleichung der Rechtsvorschriften zur Beseitigung technischer Handelshemmnisse wird die Bundesregierung auf Beibehaltung des hohen deutschen Verbraucherschutzniveaus achten.

82. Bei fortschreitender gegenseitiger Durchdringung der nationalen Volkswirtschaften und größer werdender Märkte wird eine wirkungsvolle Wettbewerbspolitik auf europäischer Ebene immer wichtiger. Die Bundesregierung setzt sich daher im Rahmen der Regierungskonferenz über eine EG-Vertragsrevision für die Errichtung eines Europäischen Kartellamtes ein. Ein von der Kommission organisatorisch getrenntes Europäisches Kartellamt wird nicht nur die Effizienz des Wettbewerbsschutzes verbessern, sondern bietet zugleich die Chance, wettbewerbsfremde Interessen aus der Wettbewerbskontrolle weitgehend herauszuhalten. Wichtig ist auch, daß die nationalen Kartellbehörden EG-Wettbewerbsrecht in stärkerem Maße als bisher anwenden. Dies setzt eine Beschränkung des Vollzugs durch die EG-Kommission auf Fälle von erheblichem Gemeinschaftsinteresse voraus. Eine solche Aufgabenteilung entspricht auch dem Subsidiaritätsprinzip.

Da sich mit fortschreitender Verwirklichung des Binnenmarktes die Auswirkungen staatlicher Beihilfen auf den Wettbewerb deutlicher bemerkbar machen, hält die Bundesregierung eine effektive Beihilfenkontrolle für erforderlich. Allerdings muß in den alten und neuen Bundesländern die Möglichkeit für eine angemessene regionalpolitische Flankierung in strukturschwachen Regionen oder in vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen erhalten bleiben. Das Subsidiaritätsprinzip gebietet, daß die Voraussetzungen für eine Anpassung der Regionen an die Erfordernisse eines Binnenmarktes primär durch die Mitgliedstaaten selbst zu schaffen sind.

83. Bei der Ausgestaltung der sozialen Dimension des Binnenmarktes geht es jetzt vorrangig darum, auch Mindestnormen zum sozialen Arbeitsschutz und zum Arbeitsrecht zu verankern. Dabei haben die Verankerung von Unterrichts- und Beratungsrechten von Arbeitnehmern in grenzüberschreitend tätigen Unternehmen sowie die einvernehmlich mit Gewerkschaften und Arbeitgebern formulierten Mindeststandards besondere Priorität.

II. Europäische Wirtschafts- und Währungsunion parallel mit Politischer Union voranbringen

84. Der Europäische Rat hat die stufenweise Verwirklichung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu einem zentralen politischen Anliegen gemacht. Gleichzeitig mit der Wirtschafts- und Währungsunion muß die Politische Union verwirklicht werden. Beide Vorhaben gehören unauflöslich zusammen.

In der jetzt begonnenen Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und Währungsunion wird sich die Bundesregierung für einen zügigen Fortgang der Verhandlungen einsetzen. Entscheidend ist für die Bundesregierung, daß sowohl der Übergang in die zweite Stufe als auch Ziele und Inhalt der Endstufe präzise festgelegt werden. Eine Übertragung von fundamentalen nationalen Souveränitätsrechten wie die Geld- und Währungspolitik auf Gemeinschaftseinrichtungen setzt voraus, daß der Gesamtprozeß der beiden Vorhaben Politische Union und Wirtschafts- und Währungsunion voll überschaubar ist und daß das angestrebte Endziel einer unabhängigen europäischen Notenbank und eines einheitlichen Währungsraums zuverlässig erreicht wird. Die marktwirtschaftliche Ordnung muß als beherrschendes Prinzip der Wirtschafts- und Währungsunion im Vertrag fest verankert sein. Die Mitgliedstaaten müssen sich zu einer Wirtschafts- und Finanzpolitik verpflichten, die die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer echten Stabilitätsgemeinschaft werden läßt. Voraussetzungen dafür sind:

- Die Parallelität von wirtschafts- und währungspolitischen Integrationsfortschritten muß gewährleistet sein;
- es muß ein hoher Grad an Konvergenz der Wirtschaftspolitik und ihrer Ergebnisse in der Gemeinschaft erreicht werden, bei der Spannungen in der Preisentwicklung zwischen den Mitgliedstaaten, auf den Finanzmärkten, in den öffentlichen Haushalten sowie hinsichtlich des Offenhaltens der Märkte dauerhaft vermieden werden;
- die Haushaltsdisziplin in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft muß durch vertraglich fixierte Verfahren und Grundsätze dauerhaft gesichert sein;
- ein unabhängiges Europäisches Zentralbanksystem muß in voller Autonomie eine einheitliche Geldpolitik für die gesamte Gemeinschaft verfolgen; es muß dabei vorrangig auf das Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet sein.

85. Die erste Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, in der die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit dem Ziel dauerhafter und stabilitätsgerechter Konvergenzfortschritte verstärkt werden soll, hat bereits am 1. Juli 1990 begonnen. Gemäß den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 27./28. Oktober 1990 wird die zweite Stufe am 1. Januar 1994 beginnen, nachdem insbesondere

- der Binnenmarkt vollendet ist,

- die Ratifizierungsverfahren für den geänderten EWG-Vertrag in allen Mitgliedstaaten abgeschlossen sind,
- die monetäre Finanzierung von Haushaltsdefiziten ausgeschlossen ist,
- jedwede Verantwortung der Gemeinschaft oder ihrer Mitgliedstaaten für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedstaates ausgeschlossen ist,
- die größtmögliche Zahl von Ländern am Wechselkursmechanismus teilnimmt und
- deutliche Fortschritte bei der Inflationsbekämpfung und der Sanierung öffentlicher Haushalte erzielt sind.

Nur bei deutlich höherer Preisniveaustabilität in allen Mitgliedstaaten werden in der als Übergangsstufe konzipierten zweiten Stufe die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Eintritt in die Endstufe mit der unwiderruflichen Festlegung der Wechselkurse geschaffen werden können. In der Übergangszeit steht das Instrument der Wechselkursanpassung weiter zur Verfügung.

Der Europäische Rat hat sich dafür ausgesprochen, zu Beginn der zweiten Stufe eine neue Institution der Gemeinschaft zu gründen, um u. a. die Koordinierung der Geldpolitiken zu verstärken. Gleichwohl muß in der zweiten Stufe die geldpolitische Verantwortung weiter ausschließlich in den Händen der nationalen Zentralbanken bleiben. Zum Zweck einer stärkeren Koordinierung der nationalen Geldpolitiken hat die Bundesregierung deshalb vorgeschlagen, mit Beginn der zweiten Stufe einen „Rat der Zentralbankpräsidenten“ zu gründen.

III. Freiheitliche Welthandels- und Wirtschaftsordnung stärken

86. Die Bundesregierung wird sich nachdrücklich für die Erhaltung und Stärkung des freien, multilateralen Welthandelssystems im Rahmen des GATT einsetzen. Der erfolgreiche Abschluß der Uruguay-Runde ist dazu unerlässlich. Die Bundesregierung ist wie der Europäische Rat der Auffassung, daß alles unternommen werden muß, um so bald wie möglich zu einem ausgewogenen Ergebnis bei allen Verhandlungsthemen der Uruguay-Runde zu gelangen. Die Bundesregierung begrüßt daher außerordentlich die am 26. Februar 1991 in Genf von den Verhandlungsteilnehmern beschlossene Wiederaufnahme der im Dezember 1990 unterbrochenen Verhandlungen. Es kommt jetzt darauf an, die Verhandlungen rasch und zielgerichtet in allen Themenbereichen fortzusetzen. Ziel aller Teilnehmer sollte es sein, die Runde bis Ende 1991 erfolgreich abzuschließen. Dafür sprechen politische und wirtschaftliche Gründe. Gerade in einer Zeit, wo die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa schwieriger wird, die Entwicklungsländer hoch verschuldet sind, sich bei einigen wichtigen Partnerländern rezessive Tendenzen abzeichnen und die Folgen des Golfkrieges zu bewältigen sind, müssen die Verhandlungen zügig geführt werden. Dabei sind Verhandlungserfolge in allen Themenbereichen erforderlich.

Schlüsselfragen mit zentraler Bedeutung für einen Gesamterfolg der Verhandlungen bleiben dabei Übereinkommen im Agrarbereich, bei Textil und Bekleidung, dem Dienstleistungshandel sowie dem Schutz geistiger Eigentumsrechte. Alle Beteiligten werden bei der Fortsetzung der Verhandlungen mehr Flexibilität aufbringen müssen als in der Vergangenheit, damit die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden können. Die Bundesregierung hält an ihrer Absicht fest, Einkommenseinbußen der Landwirtschaft als Ergebnis eines GATT-Abkommens auszugleichen.

Die Uruguay-Runde stellt bislang die umfassendste Verhandlungsrunde dar. Es muß dabei erreicht werden, daß neben Verhandlungsergebnissen bei den bereits genannten Themen weitere Zollsenkungen sowie der weitere Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse erfolgen und die GATT-Instrumente und -Regeln umfassend verbessert und von allen Mitgliedstaaten in Zukunft besser beachtet werden. Nur so kann die von allen GATT-Partnern angestrebte Stärkung des offenen multilateralen Handelssystems erreicht werden. Für die Zukunft wird es darauf ankommen, die in der Uruguay-Runde gewonnenen Ergebnisse umzusetzen, um der Liberalisierung der internationalen Märkte weiteren Vorschub zu leisten. Die Integration der mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten in die internationale Arbeitsteilung sowie die intensivere Teilhabe der Entwicklungsländer am internationalen Handel als wichtigste Maßnahme beim Abbau ihrer Verschuldungspositionen werden zu den wichtigsten Aufgaben zählen, die das GATT in den nächsten Jahren zu erfüllen hat.

Die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas – insbesondere die ärmsten Entwicklungsländer – benötigen weiterhin Unterstützung beim Kampf gegen Unterentwicklung und Armut. Die Bundesregierung wird diesen Ländern verstärkt wirtschaftspolitische und außenwirtschaftliche Beratung zur Lösung ihrer Entwicklungs- und Verschuldungsprobleme anbieten.

IV. Marktwirtschaftliche Reformen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa unterstützen

87. Es liegt im gemeinsamen Interesse der westlichen Länder, daß die politischen und ökonomischen Reformen in den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern nicht an den wirtschaftlichen Übergangsproblemen scheitern. Die westliche Solidarität ist deshalb gefordert. Die Bundesregierung wird sich gemeinsam mit ihren Partnern auch weiterhin nachdrücklich für eine Unterstützung der Reformprozesse in Mittel-, Ost- und Südosteuropa einsetzen. Im Rahmen der Gruppe der 24, die unter dem Vorsitz der EG-Kommission die Hilfe der OECD-Staaten koordiniert, wurde eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen (u. a. Zahlungsbilanzhilfen, Nahrungsmittelhilfen, landwirtschaftliche Umstrukturierung, verbesserter Zugang zu den Märkten, Gewährung von Zollpräferenzen, Förderung von Investitionen und berufliche Aus- und Weiterbildung) beschlossen, bei denen die Bundesregierung den größten finanziellen und wirt-

schaftlichen Beitrag leistet. Die Kommission ist vom Europäischen Rat aufgefordert worden, Vorschläge für die Schaffung eines konsistenten Rahmens der finanziellen Unterstützung durch die Gruppe der 24 zusammen mit den internationalen Finanzinstitutionen vorzulegen.

Die neuerrichtete Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung wird den wirtschaftlichen Fortschritt und Wiederaufbau der Staaten Mittel- und Osteuropas fördern, die ihre Volkswirtschaften nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen reformieren wollen. Der Übergang zur Marktwirtschaft soll vornehmlich durch Kreditvergabe und Gewährung technischer Hilfe im wettbewerbsorientierten privatwirtschaftlichen Sektor, insbesondere für kleine und mittlere Betriebe unterstützt werden.

Die Bundesregierung strebt die vertiefte Ost-West-Zusammenarbeit in der Energiewirtschaft an. Eine Grundlage dafür soll die für 1991 vom Europäischen Rat vorgeschlagene internationale Konferenz zur Ausarbeitung einer gesamteuropäischen Energiecharta bilden. Mit dem Ziel, den Ländern bei der Modernisierung der Volkswirtschaften und der Sanierung der Umwelt zu helfen, wird die Bundesregierung außerdem die bilaterale Zusammenarbeit im wissenschaftlich-technischen Bereich und auf dem Gebiet des Umweltschutzes mit den osteuropäischen Staaten weiter ausbauen.

88. Die Bundesregierung unterstützt ausdrücklich die eingeleiteten Assoziierungsverhandlungen der EG mit der CSFR, Polen und Ungarn. Sie tritt im Rahmen dieser Abkommen für ein größtmögliches Maß an gegenseitiger Freiheit für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen, wirtschaftliche, finanzielle und kulturelle Zusammenarbeit sowie die Institutionalisierung des politischen Dialogs ein. Gleichzeitig setzt sie sich unter Berücksichtigung der innenpolitischen Entwicklung für die Einbeziehung der Sowjetunion in diesen gesamteuropäischen Prozeß ein. Die Unterstützung des sowjetischen Reformprozesses ist allerdings eine weltweite Aufgabe, die weder von Deutschland noch von der EG allein geleistet werden kann.

89. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas hat die Bundesregierung Initiativen ergriffen, mit dem Ziel, die im COCOM vereinbarten Exportkontrollen auf strategisch wichtige Kernbereiche zu reduzieren.

V. Exportkontrollen verschärfen und international koordinieren

90. Bereits in den Jahren 1989/1990 waren das Außenwirtschafts- und das Kriegswaffenkontrollrecht, insbesondere im Bereich der Strafsanktionen erheblich verschärft worden. Ebenso wurde die Verwaltungspraxis stringenter gestaltet.

Weitere Verschärfungen haben sich als notwendig erwiesen. Die Bundesregierung hat daher am 6. Februar 1991 ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Exportkontrollen beschlossen. In dem Entwurf eines 7. Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgeset-

zes ist vorgesehen, die Strafvorschriften bei Verstößen gegen das Außenwirtschaftsrecht weiter zu verschärfen. Ausfuhrverstöße in den Bereichen Waffen, Nukleargüter sowie Chemie- und Biologie-Anlagen und -Stoffe werden regelmäßig als Straftat angesehen; die Möglichkeit der Ordnungswidrigkeit scheidet aus. Auch die Ausfuhr aufgrund einer durch falsche Angaben erschlichenen Ausfuhrgenehmigung wird regelmäßig als Straftat angesehen und der illegale Export über Strohmannen unter Strafe gestellt. Bei Verstößen gegen ein UN-Embargo, wie dasjenige gegen Irak, ist eine Mindeststrafe von einem Jahr vorgesehen, die Höchststrafe beträgt zehn Jahre.

Durch eine Ergänzung des Außenwirtschaftsgesetzes soll außerdem der Bundesminister für Wirtschaft die Möglichkeit erhalten, durch Verwaltungsakt im Einzelfall bei besonders gefährlichen Exporten die Ausfuhr sofort, ohne vorherige Rechtsverordnung, zu verhindern. Außerdem hat das Bundeskabinett als Teil des oben genannten Pakets am 6. Februar 1991 mit der 14. Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung eine Genehmigungspflicht für

Dienstleistungen bei Rüstungsprojekten in Nicht-OECD-Staaten eingeführt. Die Ausfuhr von „dual use“-Waren, die sowohl zivil als auch militärisch verwendet werden können, unterliegt ebenfalls der Genehmigungspflicht, sofern der Exporteur von einer militärischen Verwendung durch Einsatz in einem Rüstungsprojekt oder Einbau in eine Waffe Kenntnis hat.

Als administrative Verbesserung soll ein selbständiges Ausfuhramt mit entsprechender Stellenausstattung geschaffen werden. Die Zusammenarbeit mit den Gewerbeüberwachungsbehörden der Bundesländer soll verbessert werden. Große Bedeutung kommt auch dem Ausbau des Zollkriminalinstituts zu einer Bundesoberbehörde (Zollkriminalamt) mit weitgehenden Überwachungsmöglichkeiten zu.

Die Bundesregierung wird darauf drängen, daß die internationale Zusammenarbeit bei Exportkontrollen verbessert wird. Nur über eine internationale Koordination können die Ziele der Exportkontrollen mit der notwendigen Effizienz erfüllt werden.

D. Gesamtwirtschaftliche Perspektiven für 1991

Gespaltene Konjunktur in Deutschland

91. Die Wirtschaft im vereinigten Deutschland wird auch 1991 durch gänzlich unterschiedliche Entwicklungstendenzen gekennzeichnet sein. Im alten Bundesgebiet werden sich ein starkes Wirtschaftswachstum und der dynamische Beschäftigungsaufbau in einem allerdings zur konjunkturellen Abschwächung tendierenden internationalen Umfeld fortsetzen. In den neuen Bundesländern sind dagegen weitere Anpassungen bei Produktion und Beschäftigung unumgänglich.

Angesichts des Ausmaßes und der Einzigartigkeit der zu beobachtenden Strukturanpassung sowie auch aufgrund unzureichender statistischer Informationen sind ausreichend verlässliche quantitative Aussagen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern derzeit kaum möglich. Auch der Sachverständigenrat kommt in seinem jüngsten Gutachten zu diesem Urteil (Ziffern 74, 245 ff. JG). Die quantitative Jahresprojektion der Bundesregierung beschränkt sich daher diesmal noch auf das bisherige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß nach Beendigung der kriegesischen Auseinandersetzungen am Golf keine direkten Beeinträchtigungen von der Entwicklung auf den Ölmärkten auf die internationale und die deutsche Wirtschaft ausgehen. Bei ausreichendem Angebot wird sich die Preissituation bei Rohöl weiter entspannen. Die Bundesregierung stellt 1991 erhebliche Beträge zur Verfügung, um zusätzliche Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und für den verstärkten Einsatz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern in Gang zu bringen. Sie bringt diese Mittel zu einem Zeitpunkt auf, zu dem auch die internationalen finanziellen Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Golfkrieg und dem weitgehenden Zusammenbruch des RGW-Handels erheblich zugenommen haben. Die vor diesem Hintergrund notwendigen – überwiegend befristeten – Steuer- und Abgabenerhöhungen werden das Wachstum und die Beschäftigungsentwicklung in den alten Bundesländern vorübergehend dämpfen, obwohl die zusätzlichen Maßnahmen auf die westdeutsche Wirtschaft ausstrahlen werden.

Anhaltendes Wirtschaftswachstum in Westdeutschland

92. Von der Auslandsnachfrage wird die westdeutsche Wirtschaft 1991 kaum Impulse erhalten. Die Abschwächung des Welthandels und des Wirtschaftswachstums in den wichtigsten Partnerländern führt zusammen mit kapazitätsbedingten Lieferengpässen hierzulande und der verschlechterten internationalen Wettbewerbsposition aufgrund einer stärkeren

D-Mark zu einem allenfalls noch geringen Anstieg der Warenausfuhren. Die seit längerem zur Schwäche neigenden Auslandsorders sind ein Indiz hierfür. Dennoch wird für die westdeutschen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen insgesamt nochmals von einem kräftigen Anstieg ausgegangen (real $6\frac{1}{2}$ bis $7\frac{1}{2}\%$), da bei getrennter Betrachtung der beiden Teile Deutschlands die in Westdeutschland wirksam werdende Nachfrage aus den neuen Bundesländern nach den Regeln der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung hierin enthalten ist. Der weit überwiegende Teil des Ausfuhranstiegs dürfte 1991 hierauf entfallen. Zwar könnte sich im Zuge einer erwünschten Rückorientierung dieser Nachfrage auf eigene Produkte eine Verlangsamung dieses Nachfrageanstiegs ergeben. Auf's Jahr gesehen dürfte die zusätzliche auf die Unternehmen in den alten Bundesländern zukommende Nachfrage aber nochmals erheblich zunehmen.

93. Starke Wachstumsimpulse auf die westdeutsche Wirtschaft gehen 1991 weiterhin von den Investitionen aus. Die Erwartung eines Anstiegs der Unternehmensinvestitionen um real 7 bis 8 % gründet sich vor allem auf die nochmals deutlich verbesserte Gewinnlage und die günstigen Absatzperspektiven bei gleichzeitig immer geringer werdenden Kapazitätsspielräumen. Der um 16 Millionen Einwohner vergrößerte deutsche Binnenmarkt erfordert im Westen Deutschlands erhebliche Kapazitätserweiterungen, auch wenn westdeutsche Firmen sich mit ihren Investitionsaktivitäten verstärkt in den neuen Bundesländern engagieren wollen. Das derzeit relativ hohe Zinsniveau dürfte die Investitionsbereitschaft der Unternehmen unter Kostengesichtspunkten kaum hemmen, da die eigenen Finanzierungsmöglichkeiten aufgrund hoher Liquidität sehr groß sind.

Kräftige Wachstumsimpulse sind auch in diesem Jahr von der Wohnungsbautätigkeit zu erwarten. Allerdings dürfte die Dynamik im Vergleich zu 1990 wegen des gestiegenen Zinsniveaus und der im Vergleich zu den Vorjahren ungünstigeren Witterung zu Jahresbeginn etwas nachlassen. Die notwendige Prioritätensetzung zugunsten der Infrastruktur in den neuen Bundesländern läßt dagegen erwarten, daß die öffentlichen Investitionen in Westdeutschland real abnehmen.

Aufgrund des – nach der Steuersenkung im Vorjahr – wieder normal wirkenden Steuerzugriffs auf das Einkommenswachstum und der höheren Belastung mit Sozialabgaben sowie Steuererhöhungen wird das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte schwächer als 1990 zunehmen und damit auch die reale Ausweitung des Privaten Verbrauchs, die auf real etwa 2 % veranschlagt wird, maßgeblich mitbestimmen.

94. Insgesamt könnte unter diesen Bedingungen das Bruttosozialprodukt Westdeutschlands 1991 real um 2½ bis 3 % wachsen. Das Bruttoinlandsprodukt könnte mit 3 bis 3½ % um rund ½ %-Punkt stärker als die volkswirtschaftliche Einkommensgröße Bruttosozialprodukt steigen. Hierin kommt die zunehmende Zahl von Einpendlern aus den neuen Bundesländern zum Ausdruck, die zum Produktionsergebnis in den westlichen Bundesländern beitragen; das daraus erzielte Einkommen wird nach dem Sozialproduktkonzept ihren Wohnsitzländern zugerechnet.

Strukturbedingter Einbruch in den neuen Bundesländern

95. Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern wird 1991 einem fortgesetzten Anpassungsprozeß an marktwirtschaftliche Bedingungen ausgesetzt sein. Noch sind die Produktivitäts-, Rentabilitäts- und Wettbewerbsdefizite des sozialistischen Erbes groß. Als Konsequenz erscheinen weitere Produktions- und Beschäftigungseinbußen unvermeidlich. Hinzu kommt, daß die Umstellung des Osthandels auf konvertible Währung und die Umstrukturierungskrisen in Osteuropa die Exporttätigkeit grundlegend beeinträchtigt, zumal kurzfristig aufgrund noch mangelnder Wettbewerbsfähigkeit dafür kein Ausgleich in den westlichen Ländern und in Westdeutschland gefunden werden kann. Zwar entstehen, vor allem im Dienstleistungsbereich, neue Betätigungsfelder. Auch deuten Umfrageergebnisse auf deutlich verstärkte Investitionsengagements westdeutscher Firmen hin. Allerdings dürfte der größte Teil des daraus resultierenden unmittelbaren Produktionseffekts aus westdeutscher Produktion stammen. Zu berücksichtigen ist auch, daß die Abwicklung dieser Investitionen naturgemäß meistens längere Zeit beansprucht. Da auch vom Privaten Verbrauch 1991 in den neuen Bundesländern allenfalls geringe Impulse ausgehen dürften, ist für den Jahresdurchschnitt nochmals mit einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu rechnen. Angebotsausweitungen in vielen Dienstleistungsbereichen und in der Bauwirtschaft können die zunächst negativen Auswirkungen der industriellen Strukturanpassung noch nicht ausgleichen.

Die Bundesregierung erwartet aber, daß die wirtschaftlichen Auftriebskräfte im weiteren Verlauf dieses Jahres auf niedrigem Niveau und bei stark gehäндter Produktionsstruktur allmählich die Oberhand gewinnen werden. Wann die Talsohle überwunden sein wird, läßt sich jedoch nicht vorhersagen. Voraussetzung für eine Trendwende sind fühlbare Fortschritte in der Überwindung der gravierendsten Investitionshemmnisse in Form mangelnder Infrastruktur, ungeklärter Eigentumsverhältnisse und nicht voll funktionsfähiger öffentlicher Verwaltung. Dies erfordert u. a. eine nachhaltige Verbesserung der Finanzausstattung der Gebietskörperschaften, eine Vereinfachung von Rechtsvorschriften zur Beschleunigung von Investitionsvorhaben und verstärkte Hilfen der westdeutschen Bundesländer beim Aufbau der Verwaltungen. Darüber hinaus trägt auch die Lohnpolitik eine besondere Mitverantwortung für ein rasches In-

gangsetzen des Aufholprozesses. Hier gilt es zwischen den Einkommenswünschen der Arbeitnehmer und den Rentabilitätsanforderungen der Unternehmen einen Ausgleich zu finden. Dieser könnte in einer stärkeren Lohndifferenzierung liegen.

Divergierende Beschäftigungsentwicklung

96. Die für das laufende Jahr zu erwartende kräftige Steigerung des wirtschaftlichen Aktivitätsniveaus wird im Westen Deutschlands die Fortdauer des Beschäftigungsanstiegs sichern. An diesem wird ein zunehmender Anteil von Bürgern aus den neuen Bundesländern, einschl. Berufspendlern, teilhaben. Dadurch wird der Arbeitsmarkt dort deutlich entlastet. Dieser Pendlerstrom kann sich bei Verbesserung der Wirtschaftsaussichten in den neuen Ländern wieder zurückbilden, zumal mehr und mehr auch westdeutsche Bewohner einer Berufstätigkeit in den neuen Bundesländern nachgehen. Insgesamt könnte die Zahl der Erwerbstätigen in den alten Bundesländern 1991 einschl. der Pendler um 500 bis 550 Tsd. zunehmen. Trotz Erhöhung des Arbeitskräfteangebots aufgrund weiterhin starker Zuwanderung aus Osteuropa und den neuen Bundesländern bestehen in den bisherigen Bundesländern gute Aussichten für eine weitere Reduzierung der Arbeitslosigkeit.

97. Ganz anders wird die Beschäftigungsentwicklung in den neuen Ländern verlaufen. Hier werden unproduktive und nicht wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zunehmend aufgegeben werden. Die künstliche Erhaltung solcher Arbeitsplätze durch Subventionen würde die notwendige strukturelle Erneuerung der Wirtschaft verzögern und die Aussichten auf eine baldige dynamische Aufwärtsentwicklung erheblich verschlechtern. Viele Betriebe werden nur dann im Wettbewerb bestehen können, wenn sie durch Abbau von Über- bzw. Scheinbeschäftigung Produktivitätsfortschritte realisieren. Dies gilt umso mehr, je stärker sich die Lohnentwicklung von den echten Produktivitätsgewinnen löst. Per Saldo ist wegen der bestehenden Produktivitätsreserven trotz neu entstehender Erwerbsmöglichkeiten auch dann noch nicht mit einem Ende des Beschäftigungsabbaus zu rechnen, wenn sich die Produktionstätigkeit im Jahresverlauf erholen sollte. Freilich wird sich diese notwendige Beschäftigungsanpassung nicht in einem entsprechenden Anstieg der Arbeitslosigkeit niederschlagen. Die Maßnahmen im Rahmen des Gemeinschaftswerks Aufschwung-Ost, Umschulungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die Inanspruchnahme von Vorruhestands- und Altersüberbrückungsregelungen, die Wahrnehmung von Beschäftigungsmöglichkeiten in den alten Bundesländern und nicht zuletzt das Instrument der Kurzarbeit werden den unvermeidlich erscheinenden Anstieg der Arbeitslosigkeit bremsen. Diese könnte im Jahresdurchschnitt auf ein Ausmaß von etwa 1,1 bis 1,4 Millionen begrenzt werden; dennoch könnte diese Zahl am Jahresende um etwa eine halbe Million höher ausfallen. Dem Hinweis des Sachverständigenrates ist zuzustimmen, daß angesichts der immer stärker zusammenwachsenden Arbeitsmärkte Ost- und Westdeutschlands die Veränderungen bei den Arbeitslosenzahlen in beiden Tei-

len Deutschlands kaum zuverlässig vorausgeschätzt werden können (Ziffer 286 JG).

Moderate Preisentwicklung

98. Bislang war die boomartige Wirtschaftsentwicklung in den alten Bundesländern – von der Beschleunigung der Baupreise abgesehen – weitgehend von inflatorischen Verspannungen frei. Dies ist im wesentlichen das Ergebnis einer auf Geldwertstabilität ausgerichteten Wirtschaftspolitik einschließlich dazu passender Verhaltensweisen der Tarifvertragsparteien. Eine über lange Zeit günstige Einfuhrpreisentwicklung tat ein übriges. Allerdings weist der Sachverständigenrat zu Recht darauf hin, daß bei zunehmender Kapazitätsauslastung und wachsendem Kostendruck die weitere Preisentwicklung mit Risiken behaftet ist (Ziffer 291 JG). Angesichts der volkswirtschaftlichen Kostenproportionen tragen die Tarifpartner eine große Verantwortung für die Erhaltung der Geldwertstabilität. Die Verteilungsspielräume sind 1991 geringer als in den Vorjahren. Auf steigende Belastungen mit öffentlichen Abgaben zurückzuführende Preiswirkungen sollten bei verteilungspolitischen Überlegungen außer Acht bleiben. Andererseits bedeutet eine höhere Kostenbelastung nicht automatisch eine Verstärkung der sich am Markt herausbildenden Preisentwicklung. Eine nachlassende Nachfragedynamik bei fester Geldpolitik wird die Überwälzungsmöglichkeiten dämpfen und dazu führen, daß ein Teil des absehbaren Kostenanstiegs zu Lasten der in den letzten Jahren ausgeweiteten Ertragsmargen gehen könnte.

Auch unter Einrechnung der auf die Preise überwälzten Verbrauchsteuererhöhungen wäre unter den geschilderten Bedingungen für das lohn- und preispolitische Verhalten sowie der unterstellten Ölpreisentwicklung in Westdeutschland eine Begrenzung des Verbraucherpreisanstiegs auf rund 3½ % im Jahresdurchschnitt 1991 durchaus erreichbar. Diese Zahl verdeckt die nach wie vor günstige grundlegende Verbraucherpreissituation. Im ersten Halbjahr könnte der Anstieg weniger als 3 % betragen; in der zweiten Jahreshälfte ist mit einer merklich höheren Rate aufgrund der Verbrauchsteuererhöhungen zu rechnen. Diese dürften das Verbraucherpreisniveau mit etwa einem Prozentpunkt belasten, was sich im Jahresdurchschnitt mit rund ½ %-Punkt niederschlagen würde. Dieser Effekt darf bei verteilungspolitischen Überlegungen freilich keine Rolle spielen.

99. In den neuen Bundesländern dürfte im Verlauf dieses Jahres die Anhebung des Preisniveaus stärker ausfallen als im alten Bundesgebiet. Dies ist eine Folge des schrittweisen Subventionsabbaus im Bereich der Mieten, Energiepreise, Verkehrstarife und der Preise für öffentliche Dienstleistungen. Für einkommensschwache Personen besteht zum Ausgleich die Möglichkeit einer Unterstützung, insbesondere im Rahmen des Wohngeldes. Gebremst wird der Preisanstieg durch den zunehmenden Wettbewerb, nachdem bisher das Verhältnis von Preis und Leistung vielfach

noch verzerrt war. Insgesamt wird das Verbraucherpreisniveau trotz des absehbaren Anstiegs noch deutlich unter dem der alten Bundesländer liegen, solange die Preissubventionen noch nicht vollständig abgebaut sind. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß das Preisniveau im vergangenen Jahr aufgrund der marktorientierten Preisbildung für Industriegüter unter Beibehaltung von Subventionen für wichtige Teilbereiche – entgegen weitverbreiteter Auffassung – gesunken ist. Der Rat weist völlig zu Recht daraufhin, daß Preisanhebungen in diesem und -senkungen im letzten Jahr im Zusammenhang gesehen werden müssen; sie seien Ausdruck von – zeitlich gestreckten – Veränderungen der Preisstruktur (Ziffer 293 JG).

Beitrag zum internationalen Zahlungsbilanzgleichgewicht

100. Die bereits im letzten Jahr gebremste Aufwärtsentwicklung der Weltwirtschaft wird sich wahrscheinlich weiter verlangsamen. Dies kann an der deutschen Exportwirtschaft, die ganz besonders auf die Lieferung von Investitionsgütern ausgerichtet ist, nicht spurlos vorübergehen. Dies gilt umso mehr, als sie hoch ausgelastet ist und sich wechselkursbedingt einem zunehmenden Preiswettbewerb gegenüber sieht. Deshalb dürften die Lieferungen ins Ausland gegenüber dem schon erheblich abgeflachten Ergebnis des Vorjahres kaum noch steigen. Diese Entwicklung ist gesamtwirtschaftlich jedoch insofern nicht negativ zu werten, als sie vielen exportorientierten Unternehmen und ihren Zulieferern, die an den Grenzen ihrer Produktionsmöglichkeiten produzieren, eine Atempause verschafft. Inflatorischen Spannungen wird somit entgegengewirkt. Zum anderen werden dadurch die Spielräume für notwendige Engagements westdeutscher Unternehmen auf den Märkten der östlichen Bundesländer größer.

Die entgegengesetzte Tendenz ist bei den Einfuhren zu beobachten. Der kräftige Nachfrageanstieg in Westdeutschland und die Nachfrageverlagerung in den neuen Bundesländern haben einen regelrechten Importsog bewirkt, der sich auch im laufenden Jahr fortsetzen wird. Die außenwirtschaftlichen Überschüsse werden deshalb weiter erheblich abgebaut. Im Zahlungsbilanzzusammenhang bedeutet dies gleichzeitig wesentlich geringere Kapitalexporte ins Ausland als bisher. Dies erleichtert die Finanzierung des für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in den neuen Bundesländern erforderlichen Ressourcetransfers von West- nach Ostdeutschland.

Auch die Handelspartner der alten Bundesrepublik profitieren vom deutschen Einigungsprozeß; denn der daraus resultierende steigende Importbedarf bedeutet für deren mittlerweile abflauende Konjunktoren starke Wachstumsimpulse. Den verminderten außenwirtschaftlichen Überschüssen Deutschlands stehen Verbesserungen der Leistungsbilanzen der Partnerländer gegenüber.

A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1990¹⁾ sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung

1. Der Rückblick auf die Jahresprojektion 1990 hat dieses Mal nur eine begrenzte Aussage; denn zu Beginn des Jahres war die rasche Herstellung der Deutschen Einheit noch nicht absehbar. Der Vergleich der tatsächlichen Entwicklung mit der vor einem Jahr erstellten Projektion zeigt aber, daß die Dynamik der Wirtschaft in den alten Bundesländern — auch im internationalen Vergleich — sehr stark ist und dabei beträchtliche Impulse aus dem Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands gekommen sind und weiterhin kommen.

Es ist gegenwärtig noch nicht möglich, einen einigermaßen verlässlichen statistischen Gesamtüberblick über die Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern und erst recht einen Vergleich mit früheren Perioden in diesem Gebiet zu erstellen. Die Statistik in der ehemaligen DDR diente anderen Zwecken und tendierte klar dazu, das Bild zu günstig darzustellen. Sie war damit auch Werkzeug der sozialistischen Kommandowirtschaft für die Propaganda nach innen und nach außen. Das Statistische Bundesamt ist in Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Statistischen Amt der neuen Bundesländer darum bemüht, verlässliche, dem Standard in der westlichen Welt entsprechende statistische Grundlagen zu schaffen. Es beabsichtigt, erstmals im April dieses Jahres für das Gebiet der neuen Bundesländer eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nach den in der EG und der UNO vereinbarten Grundsätzen für das 2. Halbjahr 1990 in D-Mark vorzulegen.

2. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den alten Bundesländern ist 1990 bei fundamental veränderten deutschlandpolitischen Verhältnissen erheblich günstiger verlaufen, als vor Jahresfrist von allen Beobachtern erwartet worden war. Das Prognosespektrum für das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts reichte damals von 3 bis 3½ %. Auch die Jahresprojektion der Bundesregierung bewegte sich mit „3 % oder mehr“ in dieser Spanne. Alle Schätzungen erwarteten damals zu Recht wichtige Wachstumsimpulse infolge der Steuerreform vom Privaten Verbrauch sowie von den Ausrüstungsinvestitionen, die aber noch deutlich übertroffen wurden.

Tatsächlich stieg das Bruttosozialprodukt im Jahresdurchschnitt 1990 nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes real um 4,6 %. Ein entscheidender Grund für diese starke Abweichung zwischen projiziertem und tatsächlichem Wachstum dürfte in dem unvorhersehbaren Tempo der politischen Veränderungen in Deutschland und der daraus folgenden Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung liegen. Die direkten Effekte der Vereinigung Deutschlands auf das Wachstum in den alten Bundesländern können auf 1 bis 1½ % des Bruttosozialprodukts veranschlagt werden.

Neben den direkten Effekten, wie sie in einer sprunghaften Ausweitung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zwischen alten und neuen Bundesländern zum Ausdruck kommen, gingen davon zusätzliche starke Impulse auf Einkommen, Beschäftigung, Verbrauch und Investitionen in den alten Bundesländern aus.

Die *Inlandsnachfrage*, deren reale Zunahme im Jahreswirtschaftsbericht auf 3 bis 3½ % geschätzt wurde, nahm im Jahresdurchschnitt 1990 um 4,9 % zu. Dabei haben sich alle Endnachfragekomponenten günstiger entwickelt. Die reale Zunahme des *Privaten Verbrauchs* betrug im Jahresdurchschnitt 1990 4,4 % (Jahresprojektion: +3 bis 4 %). Dies wurde durch einen mit 8,1 % kräftigeren Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ermöglicht (Jahresprojektion +6½ % bis +7 %). Hierzu trugen vor allem eine deutlichere Zunahme der Beschäftigung sowie ein höherer Effektivlohnzuwachs bei. Der kräftigere Einkommenszuwachs ging allerdings auch mit einer höheren Spartätigkeit einher (Sparquote 13,4 % statt 12½ % bis 13 %). Der Verbraucherpreisanstieg entsprach mit 2½ % der Vorausschätzung. Auch der *Staatsverbrauch* expandierte mit real 2,9 % erheblich stärker als erwartet (Jahresprojektion: +½ bis +1 %).

Von allen Verwendungskomponenten am kräftigsten übertroffen wurden die Erwartungen für die *Ausrüstungsinvestitionen*. Während in der Jahresprojektion ihr realer Anstieg mit 7 bis 8 % ohnehin schon recht hoch veranschlagt worden war (das Prognosespektrum der übrigen Schätzungen belief sich seinerzeit auf 5½ bis 7½ %), erreichten sie nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit 12,1 % den höchsten Zuwachs seit 1970. Unterschätzt wurde auch, insbesondere wegen des abermals unerwartet warmen Winterwetters, der Anstieg der *Bauinvestitionen*, deren reales Wachstum mit 5,0 % deutlich höher ausgefallen ist, als von allen Prognostikern erwartet (Jahresprojektion: 2½ bis 3½ %). Der Wachstumseffekt der Vorratsinvestitionen blieb dagegen neutral und entsprach in etwa den damaligen Ansätzen (Jahreswirtschaftsbericht: „... werden von der Vorratsveränderung keine Wachstumsimpulse erwartet“).

Aufgrund des verglichen mit den Ausfuhren kräftigeren Anstiegs des Einfuhrvolumens ergab sich 1990 für die alten Bundesländer ein gegenüber 1989 geringfügiger realer Rückgang des *Außenbeitrags*; ein solcher leicht negativer Wachstumsimpuls des Außenbeitrags auf das Bruttosozialprodukt war auch in der Jahresprojektion unterstellt worden. Diese Ergebnisse täuschen allerdings eine Schätzgenauigkeit vor, die so im Detail nicht gegeben ist.

Mit 9,5 % übertraf die reale Zunahme der *Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen*, hier einschließlich der Lieferungen in die neuen Bundesländer, die Annahmen der Projektion (5 bis 6 %) erheblich, wobei sich hinter dieser Zahl eine stark divergierende Entwicklung verbirgt. Zum einen war in der Projektion vor einem Jahr ein erheblich geringerer Anstieg der

¹⁾ Jahreswirtschaftsbericht 1990 der Bundesregierung (Drucksache 11/8472)

Lieferungen in die Gebiete der ehemaligen DDR unterstellt worden, als er tatsächlich eingetreten ist. Zum anderen war für die Exporte von Waren und Dienstleistungen in das Ausland, die nach den derzeitigen Informationen real nur um ca. 3 % zugenommen haben dürften, ein stärkeres Wachstum erwartet worden. Eine wichtige Ursache für diese relativ geringe Zunahme dürfte die Konjunkturabschwächung in einigen wichtigen Partnerländern wie den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Italien oder Schweden sowie die reale Höherbewertung der D-Mark gewesen sein. Hinzu kommt das starke Engagement der westdeutschen Unternehmen in den neuen Bundesländern. Sie dürften daher bei hoher Kapazitätsauslastung Marktanteile im Auslandsgeschäft zusätzlich eingebüßt haben. Die Öffnung des Marktes in der ehemaligen DDR und die beschleunigte Gesamtnachfrage (real +6,2 %) führten zu einer unerwartet starken Ausweitung der *Einfuhr von Waren und Dienstleistungen* um 10,9 % (Jahresprojektion: +6 bis +7 %).

3. Der Anstieg der Produktivität, hier ausgedrückt als Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, lag mit 1,9 % im Rahmen der Projektionserwartungen (+1½ bis +2 %). Das höhere Wirtschaftswachstum schlug sich somit voll in einer entsprechend kräftigeren Ausweitung der Beschäftigung nieder. Die jahresdurchschnittliche Zunahme der Zahl der *Erwerbstätigen im Inland*, d. h. unter Einschluß der Einpendler, belief sich auf 775 Tsd. Personen bzw. 2,8 % (Jahresprojektion: rd. 1 %). Dies war die stärkste Zunahme in einem Jahr seit Mitte der 50er Jahre. Ein großer Teil der seit 1989 in verstärktem Maße auf den Arbeitsmarkt drängenden Aussiedler, Übersiedler bzw. Einpendler aus den neuen Bundesländern konnte so Beschäftigung finden. Aber auch die Zahl der *Arbeitslosen* ging trotz der starken Zunahme des Erwerbspersonenangebots um 155 Tsd. zurück.

4. Der Anstieg der *Verbraucherpreise* entsprach mit 2,5 % dem seinerzeit als ehrgeizig angesehenen Ansatz der Jahresprojektion (+ rd. 2½ %). Der Anstieg des Preisindex des Bruttosozialprodukts – dieser mißt die Verteuerung der inländischen Wertschöpfung – fiel dagegen mit 3,5 % höher als erwartet aus (Jahresprojektion: +2½ %). Hierin drücken sich sowohl höhere Ertragsmargen als auch stärker als erwartet gestiegene Lohnstückkosten aus.

5. Ein deutlich stärkeres reales Wachstum und ein höherer gesamtwirtschaftlicher Preisanstieg führten im Ergebnis dazu, daß die *nominale Zunahme des Bruttosozialprodukts* mit 8,2 % beträchtlich über dem in der Jahresprojektion unterstellten Zuwachs (5½ bis 6 %) hinausging. Dies gilt für die Inlandsnachfrage, die nominal um 8,0 % (Jahresprojektion: 5½ bis 6½ %) zunahm, wie für den Außenbeitrag.

Der *nominale Außenbeitrag*, für den eine Zunahme um bis zu 5 Mrd. DM erwartet worden war, erhöhte sich um 16,5 Mrd. DM. Gegenüber dem Ausland allerdings ergibt sich hierbei unter Berücksichtigung einer erheblichen Zunahme des Außenbeitrags gegenüber der ehemaligen DDR, der sich allerdings nur mit weiten Unsicherheitsmargen schätzen läßt, ein beträchtlicher Rückgang. Dies führte dazu, daß der *Leistungsbilanzüberschuß*, in dem – anders als im Außenbeitrag gemäß der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – der Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr gegenüber der ehemaligen DDR nicht berücksichtigt ist, sich dementsprechend kräftig verringerte (von 104,1 Mrd. DM 1989 für das alte Bundesgebiet auf rd. 72 Mrd. DM im Jahre 1990 für Gesamtdeutschland).

6. Mit der wesentlich stärkeren Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts ergab sich auch für das *Volkseinkommen* mit 8,2 % ein deutlich kräftigerer Zuwachs als vorausgeschätzt (Jahresprojektion: 5½ bis 6 %). Dabei übertraf die Steigerung der *Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer* mit 4,7 % den Ansatz der Jahresprojektion (3½ bis 4 %) aufgrund höherer als unterstellter Tariflohnvereinbarungen um rd. 1 %-Punkt. Unter Berücksichtigung des kräftigeren Beschäftigungsanstiegs ergibt sich für die *Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit* daher mit 7,5 % ein deutlich stärkerer Zuwachs als seinerzeit erwartet (4½ bis 5½ %). Auch die *Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen* stiegen mit 9,7 % (Jahresprojektion: 7 bis 8 %) schneller als unterstellt.

7. Für die Ausweitung der *Ausgaben von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung* war in der Jahresprojektion für 1990 eine Rate von 3 bis 4 % angesetzt worden. Tatsächlich belief sich der Anstieg – insbesondere bedingt durch hohe Übertragungen an die neuen Bundesländer von netto etwa 45 Mrd. DM – auf 9,8 %. Auch der *nominale Staatsverbrauch* nahm mit 6,7 % stärker zu (Jahresprojektion: 2½ bis 3½ %), als seinerzeit veranschlagt. Dies gilt auch für die *öffentlichen Investitionen*, die nominal um 7,1 % ausgeweitet wurden. (Jahresprojektion: 3½ bis 4½ %).

Andererseits sind aufgrund des kräftigen Wirtschaftswachstums trotz der erheblichen Steuersenkungen zu Beginn des Jahres 1990 auch die *Einnahmen* mit 4,2 % deutlich stärker gestiegen als in der Jahresprojektion unterstellt (1½ bis 2½ %). Dabei übertrafen sowohl die *Steuereinnahmen* (+2,3 %; Jahresprojektion: +0) als auch die *Sozialbeiträge* (+6,9 %; Jahresprojektion: 4 bis 4½ %) aufgrund der dynamischeren Entwicklung der Bemessungsgrundlagen die Ansätze der Jahresprojektion. Der Zuwachs der *sonstigen Einnahmen* entsprach mit 5,1 % den Erwartungen (4 bis 6 %).

Das *Finanzierungsdefizit* der öffentlichen Haushalte (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) betrug 1990 wegen der Scherenentwicklung zwischen Einnahmen und Ausgaben aufgrund der Auswirkungen der deutschen Vereinigung 50,6 Mrd. DM oder 2,1 % des Bruttosozialprodukts (Defizit der Gebietskörperschaften 71,3 Mrd. DM, Überschuß der Sozialversicherung 20,6 Mrd. DM). In der Jahresprojektion war dagegen unter anderen Voraussetzungen von einem Finanzierungsdefizit für den Gesamtstaat von insgesamt 10 bis 14 Mrd. DM oder rd. ½ % des Bruttosozialprodukts ausgegangen worden.

8. Dieser beträchtlich höheren *Finanzierungslücke des Staates* stand eine – wenn auch nicht in gleichem Maße – stärker gestiegene Geldvermögensbildung der privaten Haushalte gegenüber. Die *Sparquote* erreichte mit 13,4 % einen Stand, der um 1 %-Punkt

über dem Durchschnitt der Sparquote der letzten 15 Jahre lag. Der *Fremdmittelbedarf des Unternehmenssektors* (einschließlich Wohnungswirtschaft) hat trotz stark gestiegener Investitionen bei nochmals verbesserten Selbstfinanzierungsbedingungen 1990 geringfügig abgenommen. Dies war zwar auch in der Jahresprojektion unterstellt worden, insgesamt war

jedoch der inländische Überschuß der Geldvermögensbildung über die Investitionen geringer als erwartet. Andererseits kam es zu einem deutlich schwächeren Forderungsaufbau gegenüber dem Ausland, was in dem gesunkenen Leistungsbilanzüberschuß und schwächeren Kapitalexporten seinen Niederschlag fand.

Internationaler Vergleich ausgewählter Wirtschaftsdaten

	1986	1987	1988	1989	1990 ⁴⁾	1986	1987	1988	1989	1990 ⁴⁾
	Wirtschaftswachstum ¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					Preisentwicklung ²⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Bundesrepublik Deutschland ⁵⁾	+ 2,3	+ 1,6	+ 3,7	+ 3,9	+ 4,6	- 0,5	+ 0,6	+ 1,2	+ 3,2	+ 2,5
USA	+ 2,7	+ 3,4	+ 4,5	+ 2,5	+ 1,0	+ 2,4	+ 4,6	+ 3,9	+ 4,5	+ 5,4
Japan	+ 2,5	+ 4,6	+ 5,7	+ 4,9	+ 6,1	+ 0,6	- 0,2	- 0,1	+ 1,7	+ 2,4
Frankreich	+ 2,5	+ 2,2	+ 3,8	+ 3,6	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,4
Großbritannien	+ 3,9	+ 4,7	+ 4,6	+ 2,2	+ 1,6	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,9	+ 5,9	+ 4,6
Italien	+ 2,5	+ 3,0	+ 4,2	+ 3,2	+ 2,6	+ 5,8	+ 5,0	+ 5,2	+ 6,0	+ 6,3
Kanada	+ 3,3	+ 4,0	+ 4,4	+ 3,0	+ 1,1	+ 3,8	+ 3,9	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,1
Spanien	+ 3,3	+ 5,5	+ 5,2	+ 5,1	+ 3,5	+ 8,7	+ 5,4	+ 5,1	+ 6,7	+ 6,8
Niederlande	+ 2,7	+ 0,4	+ 2,7	+ 4,1	+ 3,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,6	+ 1,5	+ 2,4
Schweden	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,1	+ 0,9	+ 4,6	+ 5,3	+ 6,3	+ 6,5	+10,2
Schweiz	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,5	+ 0,3	+ 1,5	+ 2,3	+ 3,6	+ 5,5
Belgien	+ 1,6	+ 2,3	+ 4,6	+ 4,0	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 3,4	+ 3,5
Österreich	+ 1,2	+ 2,0	+ 3,9	+ 4,0	+ 4,5	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,6	+ 2,7	+ 3,3
Dänemark	+ 3,6	- 0,6	- 0,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 2,9	+ 4,8	+ 4,0	+ 5,0	+ 2,8
Finnland	+ 2,1	+ 4,0	+ 5,4	+ 5,2	+ 1,7	+ 3,1	+ 3,8	+ 4,6	+ 4,8	+ 6,2
Norwegen	+ 4,3	+ 2,9	+ 1,2	+ 5,0	+ 3,0	+ 7,6	+ 7,9	+ 6,2	+ 4,4	+ 4,1
OECD-Länder insgesamt	+ 2,7	+ 3,4	+ 4,4	+ 3,4	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,4	+ 4,8
	Arbeitslose ³⁾ in % aller Erwerbspersonen					Leistungsbilanz in % des BSP bzw. BIP				
Bundesrepublik Deutschland ⁵⁾	7,9	7,9	7,7	7,1	6,4	4,4	4,1	4,2	4,6	rd. 3
USA	7,0	6,2	5,5	5,3	5,5	- 3,4	- 3,6	- 2,6	- 2,1	- 1,9
Japan	2,8	2,9	2,5	2,3	2,1	4,4	3,6	2,8	2,0	1,3
Frankreich	10,4	10,5	10,0	9,4	8,9	0,3	- 0,5	- 0,4	- 0,4	- 0,7
Großbritannien	11,8	10,4	8,2	6,2	5,8	0	- 1,0	- 3,2	- 3,7	- 3,1
Italien	11,2	12,1	12,1	12,1	11,1	0,4	- 0,2	- 0,7	- 1,2	- 1,2
Kanada	9,5	8,8	7,8	7,5	8,1	- 2,0	- 1,7	- 1,7	- 2,6	- 2,5
Spanien	21,0	20,5	19,3	17,1	16,2	1,7	0	- 1,1	- 2,9	- 3,4
Niederlande	9,2	8,7	8,3	7,4	6,4	2,8	1,4	2,4	3,6	3,4
Schweden	2,2	1,9	1,6	1,4	1,6	0,5	0	- 0,4	- 1,7	- 2,6
Schweiz	0,7	0,6	0,7	0,6	0,6	5,1	4,4	4,9	4,3	3,5
Belgien	11,6	11,3	10,3	9,3	8,7	2,7	1,9	2,3	2,2	1,7
Österreich	3,1	3,8	3,6	3,2	3,3	0,3	- 0,2	- 0,3	0,1	0
Dänemark	7,8	7,8	8,6	9,3	9,6	- 5,4	- 2,9	- 1,6	- 1,3	0,4
Finnland	5,4	5,1	4,6	3,5	3,4	- 1,1	- 2,0	- 2,6	- 4,4	- 4,7
Norwegen	2,0	2,1	3,2	5,1	5,3	- 6,5	- 4,8	- 4,0	0,3	2,5
OECD-Länder insgesamt	7,9	7,4	6,9	6,4	6,2	- 0,2	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,7

¹⁾ Bruttosozialprodukt bzw. Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen

²⁾ Deflator des Privaten Verbrauchs

³⁾ Nationale Definition der Arbeitslosen

⁴⁾ Schätzungen der OECD, für Bundesrepublik Deutschland amtliche Angaben bzw. eigene Berechnungen

⁵⁾ Gebietsstand vor Beitritt der fünf neuen Bundesländer

Quellen: OECD, für Bundesrepublik Deutschland nationale Quellen

**Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1990
mit der Jahresprojektion der Bundesregierung
(alte Bundesländer)**

	Jahresprojektion	tatsächliche Entwicklung ⁵⁾
	– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % –	
Entstehung des Sozialprodukts		
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 (BIP)	+ rd. 3	+ 4,7
Erwerbstätige	+ rd. 1	+ 2,8
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	– ½ bis – 1	– 1,0
BIP je Erwerbstätigen	+ 1½ bis + 2	+ 1,9
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ rd. 2½	+ 2,9
nachrichtlich:		
Arbeitslosenquote in % A ¹⁾	(rd. 8)	(7,2)
B ²⁾	(rd. 7)	(6,4)
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen		
Privater Verbrauch	+ 5½ bis + 6½	+ 7,0
Staatsverbrauch	+ 2½ bis + 3½	+ 6,7
Bruttoanlageinvestitionen	+ 8 bis + 9	+ 12,4
Vorratsveränderung (Mrd DM)	(+28 bis + 32) ⁴⁾	(+ 29,1)
Inlandsnachfrage	+ 5½ bis + 6½	+ 8,0
Außenbeitrag (Mrd DM)	(+143 bis + 149) ⁴⁾	(+159,9)
(in % des BSP)	(+ rd. 6 ⁴⁾	(+ 6,5)
Bruttosozialprodukt	+ 5½ bis + 6	+ 8,2
In Preisen von 1980		
Privater Verbrauch	+ 3 bis + 4	+ 4,4
Staatsverbrauch	+ ½ bis + 1	+ 2,9
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4½ bis + 5½	+ 8,2
Ausrüstungen	+ 7 bis + 8	+ 12,1
Bauten	+ 2½ bis + 3½	+ 5,0
Inlandsnachfrage	+ 3 bis + 3½	+ 4,9
Ausfuhren	+ 5 bis + 6	+ 9,5
Einfuhren	+ 6 bis + 7	+ 10,9
Außenbeitrag (in % des BSP)	(+ rd. 4) ⁴⁾	(+ 3,9)
Bruttosozialprodukt	+(rd. 3	+ 4,6
Preisentwicklung		
Privater Verbrauch	+ rd. 2½	+ 2,5
Inlandsnachfrage	+ rd. 2½	+ 3,0
Bruttosozialprodukt	+ rd. 2½	+ 3,5
Verteilung des Volkseinkommens		
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 4½ bis + 5½	+ 7,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 7 bis + 8	+ 9,7
Volkseinkommen	+ 5½ bis + 6	+ 8,2
nachrichtlich:		
Bruttolöhne- und -gehälter je beschäftigtem Arbeitnehmer ...	+ 3½ bis + 4	+ 4,7
Beschäftigte Arbeitnehmer	+ 1 bis + 1½	+ 2,9
Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte ³⁾	+ 6½ bis + 7	+ 8,1
Sparquote in %	(+12½ bis + 13)	(13,4)

¹⁾ Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen

²⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen

³⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

⁴⁾ Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes für 1989

⁵⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1991

**Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors
im Jahre 1990**

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnung)

(alte Bundesländer)

	Jahres- projektion der Bundes- regierung	Tatsäch- liche Entwick- lung ³⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Einnahmen		
Steuern	rd. 0	+ 2,3
Sozialbeiträge ¹⁾	+ 4 bis + 4½	+ 6,9
Sonstige Einnahmen ...	+ 4 bis + 6	+ 5,1
Einnahmen insgesamt ..	+ 1½ bis + 2½	+ 4,2
Ausgaben		
Staatsverbrauch	+ 2½ bis + 3½	+ 6,7
Einkommens- und Vermögens- übertragungen ²⁾	+ 3½ bis + 4½	+ 12,4
Investitionen	+ 3½ bis + 4½	+ 7,1
Ausgaben insgesamt ..	+ 3 bis + 4	+ 9,8
Finanzierungssaldo		
Mrd DM	-10 bis -14	-50,6
(in % des BSP)	(- rd. ½)	(- 2,1)

¹⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

²⁾ Einschließlich Zinsen

³⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes;
Stand: Januar 1991

B. Jahresprojektion 1991

9. Eine quantitative Vorausschau für die gesamtdeutsche Wirtschaft kann derzeit noch nicht erstellt werden. Wie in Ziffer 1 der Anlage bereits erwähnt, liegt eine ausreichend fundierte Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Basis jeder gesamtwirtschaftlichen Prognose, für die neuen Bundesländer und damit auch für Gesamtdeutschland noch nicht vor. Die Angleichung an das westdeutsche statistische System hat gerade erst begonnen, viele Wirtschaftsindikatoren stehen noch nicht zur Verfügung oder sind in ihrer Aussagefähigkeit nicht mit den gewohnten Daten vergleichbar (Ziffer 245 JG).

Die im folgenden beschriebene Jahresprojektion beschränkt sich daher noch auf die bisherigen Bundesländer und hat insofern eine eingeschränkte Aussagekraft.

Allerdings ergeben sich auch hier mit der Vereinigung und dem Zusammenwachsen der Märkte im Vergleich zu früher erhebliche statistische Unsicherheiten. Eine saubere Trennung in Inlands- bzw. Inländerkonzept ist für viele Einkommen-, Nachfrage- sowie öffentliche Einnahmen- und Ausgabenströme statistisch nicht mehr möglich und kann teilweise nur mit groben Schätzungen erfolgen. Die Grenzen zwischen Bruttoinlands- und Bruttosozialprodukt werden fließend, wenn z. B. Pendler ihren Wohnsitz in die alten Bundesländer, d. h. in das betrachtete „Inland“, verlegen. Bei der Interpretation gesamtwirtschaftlicher Größen ist zu beachten, daß bei Beschränkung der Betrachtung auf das alte Bundesgebiet z. B. Lieferungen in die neuen Länder oder Direktkäufe der Bewohner der ehemaligen DDR im westlichen Teil des Bundesgebietes weiterhin als „Exporte“ in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verbucht werden. Für eine solche methodisch notwendige Trennung ist das statistische Material aber sehr lückenhaft und muß auch im Rückblick weitgehend geschätzt werden.

Die Ermittlung des Sozialprodukts für eine Teilregion innerhalb eines einheitlichen Währungsgebiets läßt sich einigermaßen verlässlich nur von der Entstehungsseite, also von den Wertschöpfungsbeiträgen der einzelnen Wirtschaftsbereiche her berechnen. Von den Nachfrage- und Einkommensströmen, wie sie normalerweise im Mittelpunkt jeder gesamtwirtschaftlichen Analyse und Prognose stehen, ist dies wegen des Zusammenwachsens und der Verschmelzung der Märkte nur in sehr begrenztem Umfang und in sehr breiten Unsicherheitsmargen möglich. Das Problem bestand freilich auch schon früher, als Westberlin und das Saarland statistisch noch nicht in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit den anderen alten Bundesländern zusammengefaßt waren.

10. Die derzeit vorliegenden Prognosen anderer Institutionen, durchweg vor Beginn der Kampfhandlungen in der Golfregion und der Beschlüsse der Bundesregierung zur Verbesserung der öffentlichen Einnahmen erstellt, zeichnen sich durch eine weitgehende Übereinstimmung in der Einschätzung des Wirtschaftswachstums aus. Alle Beobachter gehen von einer Fortsetzung der gespaltenen Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland aus. Während für die neuen Bundesländer allgemein eine

Trendwende frühestens für Mitte 1991 vorausgesagt wird, wird hinsichtlich der alten Bundesländer für das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts mit 2½ bis 3% eine Fortsetzung der günstigen Wirtschaftsentwicklung erwartet. Für das Bruttoinlandsprodukt wird wegen des erwarteten Zustroms von Berufspendlern aus den neuen Bundesländern allgemein mit einem um bis zu ½ %-Punkt höheren Wachstum gerechnet, d. h. die Produktionstätigkeit im Inland wird stärker zunehmen als die reale Einkommensgröße Bruttosozialprodukt im Westen Deutschlands. In den neuen Bundesländern ist es umgekehrt: Die Erwerbsbeinkommen entwickeln sich dort erheblich günstiger als die Produktionstätigkeit.

Die geringe Spanne des Prognosespektrums für die westdeutsche Wirtschaft täuscht allerdings eine Sicherheit in den Erwartungen vor, die so nicht gegeben ist. Die möglichen Auswirkungen der jüngsten politischen Entwicklungen in der Welt, insbesondere im Nahen Osten und in Osteuropa, können derzeit nicht abgeschätzt werden, auch wenn von keiner unmittelbaren Beeinträchtigung der Angebots- und Preissituation auf den Ölmärkten nach Beendigung des Golfkonflikts ausgegangen wird. Das abgelaufene Jahr hat wieder deutlich veranschaulicht, wie stark gesamtwirtschaftliche Ergebnisse nicht nur von heimischen Geschehnissen, sondern auch von äußeren politischen Bedingungen beeinflusst werden können. Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen, die wie die Jahresprojektion bedingte Prognosen sind, müssen diese Bedingungen vorwegnehmen und ihren Rechenwerken zugrundelegen. Ändern sich eine oder gar mehrere solcher Bestimmungsgrößen, dann werden in der Regel auch die Ergebnisse von Vorausschätzungen nicht zutreffen.

Die Jahresprojektion geht im übrigen von folgenden Annahmen aus:

- Das weltwirtschaftliche Wachstum und der Welt-handel schwächen sich unter dem Einfluß rezessiver Erscheinungen in einigen westlichen Ländern und der gravierenden Umbruchsituation in Osteuropa merklich ab.
- Angesichts der Konjunkturabschwächung gehen von der Finanzpolitik in den meisten Ländern zumindest keine restriktiven Wirkungen aus. In Deutschland wirkt die Finanzpolitik wegen des hohen Finanzbedarfs in den neuen Bundesländern stark expansiv. Dies gilt auch unter Berücksichtigung der Beschlüsse zur Verbesserung der öffentlichen Einnahmen, die aufgrund des Golfkonflikts und der gewachsenen internationalen und nationalen Verpflichtungen Deutschlands notwendig geworden sind.
- Der geldpolitische Kurs wird weltweit gelockert; der dadurch ausgelöste Druck auf die Zinsen läßt auch in Deutschland das Niveau der Kapitalmarktzinsen zumindest stabil bleiben; das Geldmengenziel wird eingehalten.
- Die Wechselkurse im EWS bleiben unverändert; der US-Dollar dürfte im Jahresdurchschnitt eher unter als über 1,50 DM liegen. Dies würde insgesamt eine weitere reale Aufwertung der D-Mark bedeuten.

- Für Rohöl wird nach Beendigung der Kampfhandlungen ein Druck auf die Preise unterstellt, so daß der gegenwärtige Barrelpreis von unter 20 \$ noch unterschritten werden könnte. Die übrigen Rohstoffpreise werden insgesamt aufgrund der Nachfrageabschwächung vorerst eine fallende Tendenz aufweisen.
- Die Lohntarifabschlüsse fallen ähnlich hoch wie im Vorjahr aus; es kommt zu keinen Arbeitskämpfen.

11. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den meisten Industrieländern ist derzeit durch deutliche Abschwächungstendenzen gekennzeichnet, die auch nach Einschätzung internationaler Organisationen 1991 zunächst weiter anhalten dürften. Auch die zu erwartenden ungünstigen Wirtschaftsergebnisse in Mittel-, und Ost- und Südosteuropa beeinträchtigen das Wachstum der Weltwirtschaft.

Die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten wird seit Herbst letzten Jahres durch deutlich rezessive Tendenzen gekennzeichnet; Wohnungsbau und Unternehmensinvestitionen sind besonders betroffen. Vieles deutet daraufhin, daß sich die Wachstumsabschwächung dieses Jahr zunächst fortsetzen wird. In Japan wird aller Voraussicht nach auch 1991 die konjunkturelle Dynamik weitgehend erhalten bleiben, wenngleich der starke Sozialproduktsanstieg des Vorjahres wohl nicht mehr erreicht werden dürfte. Auch in Westeuropa muß insgesamt mit einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums gerechnet werden. Dies gilt nicht nur für Großbritannien und einige skandinavische Länder, auch in Kontinentaleuropa zeigt in mehreren Ländern die Wirtschaft eine geringere Dynamik.

Für die Industrieländer insgesamt rechnet die OECD unter Annahme einer Wiederbelebung der Wachstumskräfte in der 2. Jahreshälfte für 1991 mit einem realen Wachstum von rd. 2%.

Als Folge des weltweit gedämpfteren Wachstums ist mit einer schwächeren Zunahme des Welthandels zu rechnen. Der Sachverständigenrat weist in seinem jüngsten Jahresgutachten darauf hin, daß vor allem die nachlassende Dynamik bei der Investitionstätigkeit den Welthandel beeinträchtigt, da die internationale Arbeitsteilung vor allem bei Investitionsgütern besonders fortgeschritten ist (Ziffer 257 JG). Insofern könnten die Schätzungen internationaler Organisationen für die Expansion des Welthandels, die für 1991 in einer Bandbreite von real 4½ bis 5½% rangieren, eher zu optimistisch sein.

Das verringerte Welthandelwachstum dürfte die westdeutsche Ausfuhrleistung gegenüber dem ohnehin schon abgeschwächten Ergebnis des letzten Jahres nochmals dämpfen. Hinzu kommt, daß die D-Mark im Verlauf des vergangenen Jahres — insbesondere gegenüber dem US-Dollar — deutlich an Wert gewonnen hat. Dafür dürfte u. a. das jetzt im Vergleich zu den Vereinigten Staaten höhere deutsche Zinsniveau ursächlich sein. Die Anzeichen sprechen dafür, daß diese Zinsdifferenz 1991 wohl bestehen bleibt, so daß mit einer auch weiterhin starken D-Mark gerechnet werden kann. Angesichts der hohen Kapazitätsauslastung und der geringeren Investitionsgüternachfrage

aus wichtigen Partnerländern dürften daher per Saldo von der Auslandsnachfrage 1991 kaum Wachstumsimpulse ausgehen.

Wenn in der Jahresprojektion dennoch mit einem insgesamt kräftigen Ausfuhranstieg Westdeutschlands gerechnet wird, so ist dies auf die voraussichtlich anhaltend starken Lieferungen in die neuen Bundesländer zurückzuführen, die nach den Regeln der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aus Sicht der alten Bundesrepublik als „Export“ anzusehen sind. Noch stärker als im Vorjahr, als etwa zwei Drittel des ausgewiesenen Exportzuwachses auf Nachfrageeffekte aus den neuen Bundesländern zurückzuführen waren, dürfte der „Exportzuwachs“ 1991 hierdurch bestimmt werden. Allerdings ist zu beachten, daß aufgrund lückenhafter statistischer Informationen die Quantifizierung des innerdeutschen Waren- und Dienstleistungsverkehrs und damit der gesamten Ausfuhr mit großen Schätzunsicherheiten behaftet ist.

Unter Zugrundelegung dieser Annahmen bezüglich Marktwachstum, Marktanteilsentwicklung sowie der Hypothesen über den innerdeutschen Handel wird — bei etwas anziehenden Ausfuhrpreisen — in der Jahresprojektion eine

nominale Zunahme der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen von 9 bis 10 %

unterstellt (1990: +10,3%). Real entspräche dies einem Anstieg um 6½ bis 7½% (1990: 9,5%).

12. Die wirtschaftlichen Auftriebskräfte in Westdeutschland dürften infolgedessen neben der starken Nachfrageentfaltung aus Ostdeutschland weiterhin von der Entwicklung der Binnennachfrage bestimmt werden.

Ein wichtiger Beitrag zum Wachstum des Bruttosozialprodukts dürfte dabei wiederum von den Anlageinvestitionen ausgehen. Im letzten Jahrfünft haben die Unternehmensinvestitionen (ohne Wohnungsbau) real um 6,7% p. a. zugenommen und sich insbesondere 1990 stark beschleunigt. In der Jahresprojektion wird unterstellt, daß sich 1991 der reale Zuwachs der Unternehmensinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr zwar etwas verlangsamen könnte, aber mit etwa 7 bis 8% weiterhin beträchtlich ausfallen dürfte. Für eine solche Entwicklung sprechen nicht nur die gegenwärtig hohe Kapazitätsauslastung und die günstige Ertragslage. Trotz sich abschwächender Auslandsnachfrage zeichnen sich in den meisten Wirtschaftsbereichen — nicht zuletzt wegen der Entwicklung in den neuen Bundesländern — auch für die nächsten Jahre gute Absatz- und Gewinnaussichten ab. Die vom Ifo-Institut erfragten Investitionspläne der Industrie lassen ebenfalls erwarten, daß sich das Wachstum des Sachkapitalbestandes relativ kräftig fortsetzt. Zusammen mit der Modernisierung des Produktionsapparates ist die damit einhergehende Ausweitung der Kapazitäten eine wichtige Voraussetzung für auch in Zukunft hohe Wachstumsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Dabei kann bei hoher Investitionstätigkeit davon ausgegangen werden, daß mehr und mehr davon auch die neuen Bundesländer erfaßt werden. Das Ifo-Institut rechnet aufgrund von Befragungen damit, daß allein Unterneh-

men aus dem bisherigen Bundesgebiet 1991 rd. 25 Mrd. DM im Beitrittsgebiet investieren werden.

Auch für die *Wohnungsbauinvestitionen* ist 1991 mit einer weiteren Zunahme zu rechnen. Der Wohnungsbau profitiert auch in diesem Jahr noch von Förderungsprogrammen, positiven Einkommensperspektiven und günstiger gewordenen Rendite- und Wertsteigerungsaussichten. Die starke Zunahme der Wohnbevölkerung infolge der Zuwanderung von Aus- und Übersiedlern seit dem Jahre 1989 hat die Wohnungsnachfrage zusätzlich gesteigert. Leerstehende Wohnungen, wie sie vor wenigen Jahren bei rückläufiger Wohnbevölkerung noch zu beobachten waren, brauchen die Vermieter auf absehbare Zeit nicht zu befürchten. Nachfragedämpfend könnten sich dagegen die hohen Zinsen auswirken. In der Jahresprojektion wird ein Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen von real 4½ bis 5½ % (nach 7,9 % im Vorjahr) unterstellt.

Erheblich schwächer dürften sich dagegen wegen des eingeschränkten Finanzierungsspielraums der Gebietskörperschaften in den alten Bundesländern die *öffentlichen Investitionen* entwickeln. Hierbei spielt auch eine Rolle, daß zur raschen Verbesserung der Infrastruktur in den neuen Bundesländern öffentliche Mittel nach dort umgeleitet werden. In der Jahresprojektion wurde daher angenommen, daß die Ausgaben für öffentliche Investitionen kaum zunehmen; preisbereinigt dürften sie einen Rückgang aufweisen.

Hinsichtlich der *gesamten Bauinvestitionen der westlichen Bundesländer* erscheint danach ein Anstieg von real 3 bis 3½ % erreichbar zu sein, obwohl zu Jahresbeginn wegen der wesentlich ungünstigeren Witterungsbedingungen von der Angebotsseite her einer Ausdehnung der Bauproduktion engere Grenzen gesetzt sind als in den Vorjahren. Insgesamt ergibt sich nach den Annahmen der Jahresprojektion unter Berücksichtigung eines gegenüber 1990 höheren Preisanstiegs, insbesondere für die Bauinvestitionen, eine

nominale Zunahme der Anlageinvestitionen um 10 bis 12 %

(nach 12,4 % im Vorjahr). Real würde dies einem Wachstum um 5 bis 6 % entsprechen (1990: 8,2 %). Von den *Vorratsinvestitionen* werden bei hoher Endnachfrage und stark ausgelasteten Kapazitäten eher leicht kontraktive Impulse auf das Wirtschaftswachstum erwartet.

13. Der *Private Verbrauch* wird 1991 voraussichtlich erheblich weniger dynamisch verlaufen als 1990. Ursache hierfür ist der deutlich geringere Anstieg der verfügbaren Einkommen, die 1990 auch als Folge der Steuersenkung stark beschleunigt zugenommen hatten. Für die reale Entwicklung ist zusätzlich ein etwas höherer Preisanstieg zu berücksichtigen.

In den *westlichen Bundesländern* könnte nach den Annahmen der Jahresprojektion der Anstieg der *Bruttolohn- und -gehaltssumme* 6½ bis 7 % betragen (Vorjahr 7,7 %). Zwar dürfte der Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten mit 5 bis 5½ % leicht höher als 1990 ausfallen; die Beschäftigung wird jedoch voraussichtlich wachstumsbedingt nicht

mehr ganz so stark wie im letzten Jahr expandieren (vgl. Ziffer 17); dies gilt vor allem in der hier zugrundeliegenden Abgrenzung nach dem „Inländerkonzept“. Während 1990 die Steuerreform zu einem Rückgang der Lohnsteuer und somit zu einer überproportionalen Zunahme der Nettolohn- und -gehaltssumme (10,9 %) führte, ist 1991 infolge der Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge, der wieder normal wirkenden Steuerprogression sowie des ab der Jahresmitte erhobenen befristeten Zuschlags zur Lohn- und Einkommensteuer für die Nettolohn- und -gehaltssumme nur noch mit einem Zuwachs um etwa 3½ % zu rechnen. Bei den sozialen Leistungen des Staates an die privaten Haushalte wird unter Berücksichtigung der noch nachwirkenden Leistungsverbesserungen u. a. beim Kinder- und Erziehungsgeld sowie der stärkeren Rentenanpassung zur Jahresmitte eine Zunahme um 4½ bis 5 % erwartet. Gebremst wird der Anstieg der öffentlichen Transfereinkommen aufgrund der verbesserten Arbeitsmarktlage im Westen Deutschlands. Unter Einrechnung der Zinseinkommen aller Bevölkerungsgruppen und der von Selbständigenhaushalten für private Zwecke entnommenen Gewinne könnte dann der Zuwachs der *verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte* auf ca. 5 % geschätzt werden (Vorjahr 8,1 %). Andererseits kann wegen der Verlangsamung des Einkommenswachstums wieder mit einer Normalisierung der Sparneigung gerechnet werden, die 1990 kräftig angestiegen war. In der Jahresprojektion wird allerdings unterstellt, daß die Sparquote 1991 mit 12½ bis 13 % immer noch relativ hoch bleibt (1990: 13,4 %). Unter diesen Annahmen könnte der

nominale Private Verbrauch um 5 bis 6 % zunehmen

(nach 7,0 % im Vorjahr). Real würde dies einem Zuwachs um 1½ bis 2½ % (nach 4,4 % im Vorjahr) entsprechen.

14. Nach den jetzt absehbaren Haushaltsplanungen der Gebietskörperschaften und den Ausgabentendenzen im Sozialversicherungsbereich sowie unter Berücksichtigung der in den Koalitionsverhandlungen getroffenen Vereinbarungen dürfte 1991 der Anstieg der Personal- und Sachausgaben der öffentlichen Haushalte im früheren Bundesgebiet schwächer als im Vorjahr ausfallen. Dabei ist zu beachten, daß sich die Ausgaben des Bundes auch auf die neuen Bundesländer beziehen, wobei eine Aufteilung seiner Ausgaben auf einen West- und einen Ostteil aus statistisch-methodischen Gründen zum Teil kaum möglich ist.

Wichtige Voraussetzung für die Erreichung des Ausgabenziels ist vor allem, daß die anstehenden Tariflohnvereinbarungen im öffentlichen Dienst sowie die Festlegungen im Besoldungsbereich diesen Rahmen nicht sprengen. Die beabsichtigten Kürzungen im Verteidigungshaushalt werden deutlich zur Dämpfung des Sachausgabenanstiegs beitragen. Dem wirkt bei den Personalausgaben die Übernahme von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der ehemaligen DDR beim Bund entgegen. Die Sachleistungen im Sozialversicherungsbereich dürften ähnlich stark wie 1990 expandieren.

In der Jahresprojektion wird unter diesen Bedingungen für den

Staatsverbrauch eine nominale Zunahme von 4½ bis 5½ %

(nach 6,7 % im Vorjahr) unterstellt. Real entspräche dies einem Anstieg von etwa ½ bis 1½ % (1990: 2,9 %).

15. Unter diesen Annahmen für eine gegenüber 1990 verlangsamte Entwicklung der Inlandsnachfrage und der Ausfuhren ergibt sich eine nominale Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Endnachfrage von 7 bis 7½ % (1990: 8,6 %). Der reale Zuwachs für die gesamte Güterverwendung würde sich auf 3½ bis 4 % (1990: 6,2 %) belaufen. Diese weiterhin dynamische Entwicklung der Gesamtnachfrage wird bei kapazitätsbedingt eher weiter steigender Importelastizität auch wieder zu einem deutlichen realen Einfuhranstieg von 6½ bis 7½ % (1990: 10,9 %) führen. Bei anziehenden Importpreisen wird mit einer nominalen Zunahme der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen um 9½ bis 10½ % gerechnet (1990: 10,1 %).

Daraus ergibt sich insgesamt ein

nominaler Außenbeitrag von +170 bis +175 Mrd. DM

(nach knapp +160 Mrd. DM im Vorjahr). Hinter diesem nochmals steigenden Außenbeitrag verbirgt sich ein abermals erheblich steigender Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit den neuen Bundesländern. Gegenüber dem Ausland werden die außenwirtschaftlichen Überschüsse dagegen nochmals kräftig abgebaut. Der stark kontraktive Effekt des Außenbeitrags gegenüber dem Ausland auf das reale BSP-Wachstum wird überkompensiert durch den Wachstumsimpuls aus Ostdeutschland, der unter Berücksichtigung induzierter Importe ca. 1 %-Punkt des Bruttosozialprodukts betragen könnte.

Die Annahmen der Jahresprojektion bezüglich Inlandsnachfrage und Außenbeitrag ergeben zusammen für 1991 einen

Anstieg des nominalen Sozialprodukts von rd. 6½ %

(nach 8,2 % im Vorjahr).

16. Mit Ausnahme der Baupreise ist die Preisentwicklung bisher — trotz boomhafter Wirtschaftsentwicklung — in eher ruhigen Bahnen verlaufen. Die Befürchtungen vieler Beobachter im Zusammenhang mit der Einführung der D-Mark zur Jahresmitte 1990 in der ehemaligen DDR haben sich weder für die neuen noch für die alten Bundesländer bestätigt.

Von großer Bedeutung für die Preisentwicklung ist der weitere Verlauf der Ölpreise nach Beendigung des Golfkrieges. In der Projektion wird unterstellt, daß es aufgrund der Angebotsituation zu einem deutlichen Ölpreisrückgang kommt, der sich entsprechend stabilisierend auch bei den Verbraucherpreisen bemerkbar macht.

Eine Gefährdung der Preisstabilität wäre dann gegeben, wenn sich die Tariflohnentwicklung bei geringer werdenden Produktivitätsspielräumen stärker be-

schleunigen sollte oder wenn die Unternehmen bei hoher Kapazitätsauslastung trotz des sich verstärkenden Wettbewerbs aus dem Ausland Preisanhebungen vorzunehmen suchen. Das insgesamt nachlassende Tempo des Nachfrageanstiegs und eine feste Geldpolitik könnten hier bremsend wirken. Bei einer solchen lohn- und preispolitischen Zurückhaltung bestehen gute Chancen, daß auch 1991 die bisherige Preisstabilität von den Kosten- und Nachfragebedingungen her weitgehend gewahrt werden kann. Die notwendig gewordenen Verbrauchsteuererhöhungen aufgrund des deutlich gestiegenen Finanzbedarfs dürften sich allerdings in den Verbraucherpreisen im Jahresdurchschnitt 1991 mit rd. ½ %-Punkt niederschlagen. Unter Einschluß dieses Einmaleffekts könnte sich der

Anstieg der Verbraucherpreise auf rd. 3½ %

belaufen (1990: 2,5 %). Bei tarifpolitischen Überlegungen darf dieser Teil des Preisanstiegs freilich keine Rolle spielen.

Für den Deflator des Bruttosozialprodukts, in dem neben der Entwicklung der Lohnstückkosten und der Gewinnspannen auch die Erhöhung indirekter Steuern enthalten ist, wird mit einem Anstieg um 3½ bis 4 % gerechnet. Bei gegenüber 1990 anziehenden Lohnstückkosten würde dies bei Überwälzung der Verbrauchsteuererhöhungen bedeuten, daß von den Ertragsmargen 1991 kein Einfluß auf den Preisanstieg ausgeht.

17. Aus diesen Annahmen der Jahresprojektion für die nominale Entwicklung des Bruttosozialprodukts und seiner Preiskomponenten ergibt sich für den Jahresdurchschnitt 1991 ein

reales Wachstum des Bruttosozialprodukts von 2½ bis 3 %.

Die insgesamt weiterhin günstigen Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen in den alten und die nach wie vor erheblichen Anpassungsprobleme in den neuen Bundesländern könnten zu einer Ausweitung der Berufspendlerzahlen von Ost nach West führen. Das nach dem Inlandskonzept ermittelte *Bruttoinlandsprodukt* dürfte daher 1991 mit 3 bis 3½ % stärker zunehmen als das nach dem Inländerkonzept berechnete Bruttosozialprodukt. Für die Arbeitsproduktivität, d. h. das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, dürfte im Einklang mit bisherigen zyklischen Erfahrungen und angesichts des inzwischen erreichten hohen Auslastungsgrades des Produktionspotentials mit 1 bis 1½ % ein schwächerer Zuwachs als 1990 (1,9 %) zu erwarten sein. Die *Zahl der Erwerbstätigen im Inland*, d. h. einschließlich der Einpendler aus den östlichen Bundesländern, könnte dann 1991 um rd. 2 % oder 500 bis 550 Tsd. zunehmen. Die Zahl der Einpendler wird dabei — wie schon 1990 — steigen. Für den Jahresdurchschnitt könnte die Zahl der innerdeutschen Einpendler 250 Tsd. Personen erreichen. Die Zahl der Auspendler in die neuen Bundesländer dürfte zwar ebenfalls spürbar zunehmen, aber deutlich weniger dynamisch als die Zahl der Einpendler. Für die *erwerbstätigen Inländer* könnte sich dementsprechend eine Zunahme von 300 bis 350 Tsd. ergeben.

Aufgrund des Arbeitskräfteangebots aus den neuen Bundesländern einerseits und wegen der Zuwanderung von Deutschen aus Osteuropa sowie des Zuzugs von Ausländern andererseits dürfte sich auch 1991 das *Erwerbspersonenpotential* in den alten Bundesländern beträchtlich erhöhen. Damit verringert sich zumindest in Teilbereichen der Wirtschaft die Gefahr, daß sich Arbeit als limitierender Faktor für die zu erwartende weitere Produktionsausweitung erweisen könnte. Die Zahl der *Arbeitslosen* dürfte im Jahresdurchschnitt wiederum kräftig zurückgehen. In der Jahresprojektion wird angenommen, daß in den alten Bundesländern

die Arbeitslosenquote bei rd. 5½ % aller Erwerbspersonen

liegen könnte.

18. Das *Volkseinkommen* wird gemäß den Annahmen der Jahresprojektion in *den alten Bundesländern* mit 5½ bis 6 % langsamer als das nominale Bruttosozialprodukt zunehmen. Geht man davon aus, daß die Tarifvertragsparteien Abschlüsse tätigen, die neben dem geringeren Verteilungsspielraum auch dem Zusammenwachsen der Arbeitsmärkte Deutschlands Rechnung tragen, könnte unter Berücksichtigung der bereits getroffenen Vereinbarungen, der weit darüber hinausgehenden Forderungen und der konjunkturellen Situation der Anstieg der effektiv gezahlten Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten etwa 5 bis 5½ % betragen. Unter Berücksichtigung des unterstellten Beschäftigungsanstiegs um ca. 1½ % (Inländerkonzept) und unter Einbeziehung der ab 1. April per Saldo erhöhten Beitragssätze zur Sozialversicherung dürfte das

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um 6½ bis 7½ %

zunehmen (nach 7,5 % im Vorjahr). Dann ergäbe sich für das

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ein Anstieg von 3 bis 4 %.

Der Anteil der Lohneinkommen am Volkseinkommen würde damit erstmals nach längerer Zeit wieder zunehmen. An der nachhaltigen Verbesserung der in den 80er Jahren erreichten Ertragsposition der Unternehmen würde sich aber damit nichts ändern.

19. Aussagen über die künftige Entwicklung der öffentlichen Haushalte Westdeutschlands sind heute mit wesentlich größeren Unsicherheiten behaftet als früher. Geprägt wird die Ausgabenentwicklung von der Notwendigkeit, den wirtschaftlichen Umgestaltungsprozeß in Ostdeutschland sozial zu flankieren und durch vielfältige Investitionshilfen zu fördern sowie darüber hinaus durch die finanzielle Beteiligung an den Kosten des Golfkrieges und Hilfen für Ost- und Mitteleuropa.

Nach den derzeitigen Ausgabenplanungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung sowie unter Berücksichtigung der Koalitionsbeschlüsse und des aus heutiger Sicht nur sehr grob abschätzbaren Finanzierungsbeitrags wegen der gewachsenen internationalen Verantwortung Deutschlands dürften

die *Ausgaben* der öffentlichen Haushalte 1991 in Westdeutschland um 12 bis 14 % steigen (Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung). Staatsverbrauch (+4½ bis +5½ %) und öffentliche Investitionen (+2 bis +3 %) werden daran nur unterproportional beteiligt sein. Dahinter stehen u. a. Einsparungen im Verteidigungsetat und die Umlenkung öffentlicher Mittel aus den alten in die neuen Bundesländer in den Bereichen Bahn, Fernstraßenbau und im sozialen Wohnungsbau. Haushaltsentlastungen sind außerdem geplant durch Rückführung der Berlin- und Zonenrandförderung sowie Maßnahmen zum Subventionsabbau.

Die insgesamt starken Mehrbelastungen machten auch Einnahmenverbesserungen durch die Anhebung des Beitragssatzes zur Bundesanstalt für Arbeit um 2,5 %-Punkte bei gleichzeitiger Absenkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um 1 %-Punkt zum 1. April 1991 sowie Verbrauchsteuererhöhungen und die Erhebung eines auf ein Jahr befristeten Zuschlags zur Einkommen- und Körperschaftsteuer zum 1. Juli 1991 notwendig. Die Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen werden daher überproportional zur Entwicklung der Bemessungsgrundlagen zunehmen. Für das Steueraufkommen im alten Bundesgebiet dürfte sich angesichts der auch weiterhin günstigen Wirtschaftsentwicklung im laufenden Jahr – unter Einschluß der erwähnten Steuererhöhungen – eine deutliche Ausweitung von 10 bis 11 % ergeben. Die *Gesamteinnahmen* könnten unter Einschluß sonstiger Einnahmen unter diesen Bedingungen um 9½ bis 10½ % steigen.

Aufgrund des stärkeren Anstiegs der Gesamtausgaben als der Gesamteinnahmen wird der *staatliche Finanzierungsbedarf* (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) voraussichtlich auf 85 bis 95 Mrd. DM steigen (nach rd. 50 Mrd. DM 1990); das entspräche rd. 3½ % des Bruttosozialprodukts (nach 2,1 % im Vorjahr). Dabei wird es im Bereich der Sozialversicherungen zu einer Abnahme des Finanzierungsüberschusses auf eine Größenordnung von 10 bis 15 Mrd. DM (nach rd. 20 Mrd. DM im Vorjahr) und zunehmenden Defiziten bei den Gebietskörperschaften kommen.

20. Dieser stark zunehmende Finanzierungsbedarf des Staates trifft auch 1991 auf eine steigende Geldkapitalbildung der privaten Haushalte. Allerdings wird dieser Anstieg wegen des zu erwartenden Rückgangs der Sparneigung (vgl. hierzu Ziff. 13) weniger kräftig ausfallen als 1990. Der Fremdmittelbedarf im Unternehmenssektor – einschließlich der Wohnungswirtschaft – dürfte sich angesichts einer verlangsamten Ertragsentwicklung bei kräftig steigenden Investitionen 1991 erhöhen, wenn auch die Selbstfinanzierungsquote hoch bleiben dürfte. Dieser höheren Mittelbeanspruchung der inländischen Wirtschaftssektoren, die den größten Teil der privaten Geldkapitalbildung absorbieren dürfte, steht gleichzeitig eine erhebliche Verminderung des Forderungsaufbaus gegenüber dem Ausland in Gestalt von Kapitalexporten gegenüber. Der Leistungsbilanzüberschuß wird erneut beträchtlich zurückgeführt.

**Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1987 bis 1990
und Eckwerte der Jahresprojektion 1991**
(alte Bundesländer)

	1987	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾	1990 ⁵⁾	1991 ⁶⁾
	– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % –				
Entstehung des Sozialprodukts					
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 (BIP)	+ 1,7	+ 3,7	+ 3,3	+ 4,7	+ 3 bis + 3½
Erwerbstätige	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,4	+ 2,8	+ rd. 2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	– 0,9	– 0,3	– 0,8	– 1,0	– rd. 1
BIP je Erwerbstätigen	+ 1,0	+ 2,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1 bis + 1½
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ 1,9	+ 3,2	+ 2,7	+ 2,9	+ 2 bis + 2½
nachrichtlich:					
Arbeitslosenquote in % A ¹⁾	(8,9)	(8,7)	(7,9)	(7,2)	(rd. 6½)
B ²⁾	(7,9)	(7,7)	(7,1)	(6,4)	(rd. 5½)
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen					
Privater Verbrauch	+ 3,9	+ 4,0	+ 4,9	+ 7,0	+ 5 bis + 6
Staatsverbrauch	+ 3,9	+ 3,8	+ 1,5	+ 6,7	+ 4½ bis + 5½
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3,3	+ 6,7	+10,2	+12,4	+ 10 bis + 12
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	(+ 4,4)	(+18,1)	(+29,2)	(+29,1)	(+ 24 bis + 28)
Inlandsnachfrage	+ 3,9	+ 5,2	+ 5,8	+ 8,0	+ 6 bis + 7
Außenbeitrag (Mrd. DM)	(+113,4)	(+122,2)	(+143,5)	(+159,9)	(+170 bis +175)
(in % des BSP)	(+ 5,6)	(+ 5,8)	(+ 6,3)	(+ 6,5)	(+ rd. 6½)
Bruttosozialprodukt	+ 3,6	+ 5,3	+ 6,5	+ 8,2	+ rd. 6½
In Preisen von 1980					
Privater Verbrauch	+ 3,3	+ 2,7	+ 1,7	+ 4,4	+ 1½ bis + 2½
Staatsverbrauch	+ 1,6	+ 2,3	– 0,9	+ 2,9	+ ½ bis + 1½
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,2	+ 5,1	+ 7,1	+ 8,2	+ 5 bis + 6
Ausrüstungen	+ 5,6	+ 7,5	+ 9,7	+12,1	+ 8 bis + 9
Bauten	– 0,3	+ 3,3	+ 5,1	+ 5,0	+ 3 bis + 3½
Inlandsnachfrage	+ 2,8	+ 3,7	+ 2,7	+ 4,9	+ rd. 2½
Ausfuhren	+ 0,9	+ 5,7	+11,5	+ 9,5	+ 6½ bis + 7½
Einfuhren	+ 4,8	+ 6,0	+ 8,8	+10,9	+ 6½ bis + 7½
Außenbeitrag (in % des BSP)	(+ 3,1)	(+ 3,1)	(+ 4,1)	(+ 3,9)	(+ rd. 4)
Bruttosozialprodukt	+ 1,6	+ 3,7	+ 3,9	+ 4,6	+ 2½ bis + 3
Preisentwicklung					
Privater Verbrauch	+ 0,6	+ 1,2	+ 3,2	+ 2,5	+ rd. 3½
Inlandsnachfrage	+ 1,1	+ 1,4	+ 3,0	+ 3,0	+ rd. 4
Bruttosozialprodukt	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,6	+ 3,5	+ 3½ bis + 4
Verteilung des Volkseinkommens					
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 4,0	+ 3,9	+ 4,5	+ 7,5	+ 6½ bis + 7½
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 2,9	+ 9,4	+ 9,1	+ 9,7	+ 3 bis + 4
Volkseinkommen	+ 3,7	+ 5,6	+ 6,0	+ 8,2	+ 5½ bis + 6
nachrichtlich:					
Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 4,7	+ 5 bis + 5½
Beschäftigte Arbeitnehmer	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,6	+ 2,9	+ rd. 1½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ³⁾	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,5	+ 8,1	+ rd. 5
Sparquote in %	(12,6)	(12,8)	(12,5)	(13,4)	(12½ bis 13)

¹⁾ Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen

²⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen

³⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes

⁵⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1991

⁶⁾ Jahresprojektion

155/81

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors
(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)
(alte Bundesländer)

	1987	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾	1990 ²⁾	1991 ³⁾
	– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % –				
Einnahmen					
Steuern	+ 3,8	+ 4,3	+ 9,2	+ 2,3	+10 bis +11
Sozialbeiträge ⁴⁾	+ 3,9	+ 4,6	+ 4,6	+ 6,9	+ 8½ bis + 9½
Sonstige Einnahmen	– 8,3	– 4,7	+16,5	+ 5,1	+ 9 bis +10
Einnahmen insgesamt	+ 2,8	+ 3,7	+ 7,9	+ 4,2	+ 9½ bis +10½
Ausgaben					
Staatsverbrauch	+ 3,9	+ 3,8	+ 1,5	+ 6,7	+ 4½ bis + 5½
Einkommens- und Vermögens- übertragungen ⁵⁾	+ 4,5	+ 5,0	+ 2,7	+12,4	+18 bis +20
Investitionen	+ 2,4	+ 1,8	+ 7,5	+ 7,1	+ 2 bis + 3
Ausgaben insgesamt	+ 4,1	+ 4,3	+ 2,5	+ 9,8	+12 bis +14
Finanzierungssaldo in Mrd DM	–38,0	–45,3	+ 5,5	–50,6	–85 bis –95
(in % des BSP)	(– 1,9)	(– 2,1)	(+ 0,2)	(– 2,1)	(– rd. 3½)

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes

²⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1991

³⁾ Jahresprojektion

⁴⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

⁵⁾ Einschließlich Zinsen

26.04.91

Beschluß

des Bundesrates

zum

Jahresgutachten 1990/91 des Sachverständigenrates zur Begutach-
tung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

und zum

Jahreswirtschaftsbericht 1991 der Bundesregierung

Der Bundesrat hat in seiner 629. Sitzung am 26. April 1991 beschlossen, zu dem Jahresgutachten 1990/91 und zu dem Jahreswirtschaftsbericht 1991 wie aus der Anlage ersichtlich Stellung zu nehmen.

Anlage

S t e l l u n g n a h m e

zum

Jahresgutachten 1990/91 des Sachverständigenrates
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

und

Jahreswirtschaftsbericht 1991 der Bundesregierung

1. Der Bundesrat nimmt das Jahresgutachten 1990/1991 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie den Jahreswirtschaftsbericht 1991 der Bundesregierung zur Kenntnis.
2. Der Bundesrat bedauert, daß vor Verabschiedung des Jahreswirtschaftsberichts 1991 durch die Bundesregierung für die Länder und Gemeinden keine Gelegenheit bestand, im Konjunkturrat über die Eckpunkte des Berichtes zu beraten. Er erwartet von der Bundesregierung, daß zukünftig der Konjunkturrat rechtzeitig Gelegenheit erhält, die Grundlagen des Jahreswirtschaftsberichts zu beraten.
3. Der Bundesrat zeigt sich befriedigt über die dynamische Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in den westdeutschen Ländern im abgelaufenen Jahr.

Er erwartet, daß sich der konjunkturelle Aufschwung trotz dämpfender Faktoren (schwächere Welthandelsentwicklung, Erhöhung der Sozialabgaben und Steuern, Zinsen u. a.) auch 1991, wenngleich mit geringerem Tempo, fortsetzt.

4. In Ostdeutschland ist der Höhepunkt der Anpassungskrise ungeachtet erster Neuinvestitionen und einer großen Zahl von Gewerbeanmeldungen noch nicht erreicht.

Der Bundesrat sieht in der Schaffung leistungsfähiger, mittelständischer Strukturen eine der Grundvoraussetzungen für die marktwirtschaftliche Wende zum Besseren.

Er spricht sich dafür aus, daß sich die Treuhandanstalt in enger Zusammenarbeit mit den Regierungen der neuen Länder gezielt um eine Sanierung nicht sofort privatisierbarer, aber prinzipiell überlebensfähiger Unternehmen bemüht, soweit dies mit vertretbarem finanziellen Aufwand möglich ist. Weiterhin müssen bei der Beurteilung von Sanierungsentscheidungen die regional- und strukturpolitischen Belange der Länder verstärkt Berücksichtigung finden. Eine Konsultationspflicht der Treuhandanstalt gegenüber den betroffenen Ländern ist anzustreben.

Mit Blick auf die massive Förderung und die nunmehr eindeutigen "Vorfahrtsregelungen" für Investitionen appelliert der Bundesrat an die in- und ausländische Wirtschaft, ihre Investitionspläne zugunsten der neuen Länder zügig zu verwirklichen.

Gleichzeitig fordert er die öffentliche Hand in den neuen Ländern auf, die von Bund und alten Ländern für den "Aufschwung Ost" bereitgestellten Investitionsmittel rasch in Aufträge für die ostdeutsche Wirtschaft, vor allem auch für Mittelstand und Handwerk, umzusetzen. Beim Einsatz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und bei der Tätigkeit von Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften ist darauf zu achten, daß sie nicht in Konkurrenz zur Geschäftstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen treten.

Die Länder werden auf den Abbau noch bestehender administrativer Investitionshemmnisse (z. B. Personalausstattung der Landes- und Kommunalbehörden, Planungsverfahren für Infrastrukturmaßnahmen) nachdrücklich hinwirken.

Die Länder bitten die Bundesregierung in Abstimmung mit der EG-Kommission dafür Sorge zu tragen, daß durch eine zeitlich befristete, rechtlich eindeutige Regelung ein wesentlicher Teil der öffentlichen Auftragsvergabe in den neuen Ländern anfällt.

5. Wegen des härter werdenden Wettbewerbs im Europäischen Binnenmarkt und auf den Weltmärkten bekräftigen die Länder ihre Forderung nach einer konsequenten weiteren Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in ganz Deutschland.

Unumgängliche Ausgabeneinsparungen in den kommenden Jahren dürfen nicht zu Lasten notwendiger, den Standort Bundesrepublik verbessernder Investitionen und damit zu Lasten der wirtschaftlichen Zukunftssicherung gehen.

Dies gilt auch für Maßnahmen zum Aufbau und zur Sicherung mittelständischer Strukturen sowie zur Gründung selbständiger Existenzen.

In diesem Zusammenhang tritt der Bundesrat Überlegungen der Bundesregierung, das Eigenkapitalhilfe-Programm in den westdeutschen Ländern ersatzlos zu streichen, mit Nachdruck entgegen. Er verweist dabei auf den Beschluß der Wirtschaftsministerkonferenz vom 20./21. März 1991, der die Fortführung dieses wichtigen Programms zur Förderung von Existenzgründungen in sämtlichen Ländern bis zum 31. Dezember 1993 als notwendig bezeichnet hat.

6. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, in den Regierungskonferenzen zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und zur Politischen Union mit noch größerem Nachdruck als dies bisher geschehen ist, für die eindeutige Verankerung des Subsidiaritätsprinzips in den Römischen Verträgen einzutreten.

Aufgaben, die die Mitgliedstaaten bzw. Länder und Regionen prinzipiell aus eigener Kraft bewältigen können, müssen auch künftig in deren Kompetenzbereich verbleiben. Der Koordinierungsbedarf im Bereich der Wirtschaftspolitik darf nicht zu einer "Vergemeinschaftung" dieser Politik führen.

Nur ein "Europa der Regionen" bietet die Gewähr für Vielfalt bei größtmöglicher politischer Gemeinsamkeit und wirtschaftlicher Prosperität und Stabilität.

7. Die Länder fordern die Bundesregierung auf, sich mit Nachdruck für einen erfolgreichen Abschluß der laufenden GATT-Verhandlungen einzusetzen.
8. Die notwendige Verschärfung der Rüstungsexportkontrollen muß möglichst rasch und wirkungsvoll sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene erfolgen.
9. Die Länder bekräftigen ihren Willen, den marktwirtschaftlichen Reformprozeß in den osteuropäischen Staaten durch eine breite Zusammenarbeit zu unterstützen.